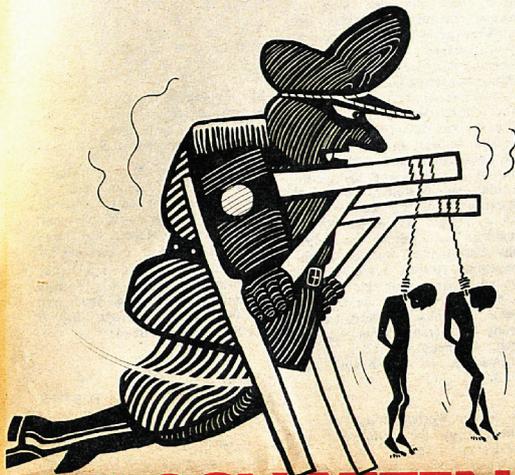




EIN JAHR MILITÄRDIKTATUR!



IM SCHATTEN DER GALGEN DAS GEPLANTE VERBRECHEN AN 2000 MENSCHEN

AN 10 SCHON VOLLZOGEN

„... In den Strafgesetzen jedes Landes sind Artikel über die Todesstrafe zu finden. Dies gibt es auch in unserem Strafgesetz. Niemand hat das Recht, uns danach zu fragen. Todesstrafen gibt es sogar in unserer Religion. Hinrichtungen gibt es auch in anderen Religionen, sowie im Christentum ...“
K. Evren am 1. Mai 1981

INHALT

2. Folter und kein Ende
3. Über die Schwierigkeiten bei Aktionbündnissen
5. Türk-Is im Abseits
5. Lügen haben kurze Beine
6. Politische Prozesse
7. Die Situation der Anwälte
8. Hungerstreik im Militärgefängnis Mamak
9. Ein Brief aus Mamak
10. Interview mit einem Rechtsanwalt
12. Aktivität der Faschisten in der BRD
13. Model Brasilien für die Türkei?
14. Der IWF und die Sanierung
15. Kurznachrichten-Wirtschaft
16. Demokratisierung=Institutionalisierung des Faschismus

Nein! Das sind nicht nur Wörter aus dem Munde eines kalblütigen Mörders, der sein grausames Vorhaben zu rechtfertigen versucht. Es sind auch nicht nur Wörter eines mittelalterlichen Kaisers, der seinen nicht gestillten Durst nach Menschenblut im 20. Jahrhundert zum Ausdruck zu bringen versucht.

Mehr noch stecken hinter diesen "unerschrockenen" Wörtern Obergeneral Kenan Evrens die maßlose Panik und die blinde Wut der Herrschenden eines verfallenen, zugrundegehenden Regimes. Und diese Schwäche, die Angst vor dem Untergang ließ ihnen die grausamsten Unterdrückungsmitteln und -methoden jener Zeiten ergreifen und kaltblütig ein Verbrechen an tausenden von Menschen planen. Die Rettung ihrer blutigen Herrschaft oder mit Evrens Worten, "Die Rettung ihrer blutigen Herrschaft oder mit Evrens Worten, "Die Rettung der Nation und des Vaterlandes" vor dem Widerstand eines ganzen Volkes, heiligt ihnen jede unmenschliche Grausamkeit, Folter und Morde...

"Niemand habe das Recht sie danach zu fragen!". Doch! Jeder, der sich als Mensch bezeichnet, jeder, der davon überzeugt ist, daß das Menschenleben einen Wert über die Grenzen eines in der Kaserne erzogenen Juristenkopfes hinaus besitzt, hat selbstverständlich das Recht die Herren Generale in der Türkei danach zu fragen, mit welchem Recht und aus welchen Gründen sie mehr als 2000 Menschen das Leben nehmen wollen. Etwa mit dem Recht, das sie am 12.9.1980 für nichtig erklärten.

Seit der Machtübernahme der Junta haben alle linken Gruppen Teile ihrer Mitglieder verloren, teils durch Verhaftungen, teils durch offene Exekutionen bei sogenannten "Operationen" der Militärs und Polizei. Die politischen Führungen der linken Organisationen wurden gelähmt. Der Unterdrückungsmechanismus der Junta ist mit allen möglichen Kräften existiert. Allein nur gegen Devrimci Yol in Ankara setzte die Junta 600 geschulte Personen umfassende Teams aus Militärs und Polizei ein. (Zum Vergleich: Die Untersuchungen gegen die Grauen Wölfe in der gesamten Türkei wurden von nur 24 Polizisten geleitet.)

Laut offiziellen Zahlen töteten die neuen Machthaber innerhalb von 10 Monaten 460 Menschen bei Schießereien. Ein Bürgerkrieg "kleinen Formats" findet im täglichen Leben der Bevölkerung statt. Dies widerlegt die Behauptung der Junta, sie hätten den Bürgerkrieg beendet.

Ein Augenzeugenbericht kommt aus Fatsa. Die Stadt an der Schwarzmeerküste machte zuletzt anderthalb Monate vor dem Putsch Schlagzeilen. Damals wurde vom Generalstabschef Evren (dem jetzigen Juntachef) gegen die selbstverwaltete Stadt Fatsa die größte Militäroperation in der Geschichte der Türkei geführt. Außer dem Bürgermeister Fikri Sönmez wurden ca. 1.500 Personen festgenommen.

Den Tag des Putsches in Fatsa sowie die darauf folgende Entwicklung schildert ein Soldat folgendermaßen:

(siehe Kasten)

Trotz dieser massiven Repression gelang es Genossen, den vergangenen Winter auf den Bergen zu überleben. Obwohl die Juntakräfte die Gebirgsgebiete entlang der Schwarzmeerküste und in Ostanatolien (türkisch Kurdistan) durchkämmten und sogar Brandbomben (Napalm-Phosphorbomben) eingesetzt haben.

Zum 30. März, dem Jahrestag des Widerstandes in Kizildere und am 1. Mai wurden in verschiedenen Städten Flugblätter und Handzettel verteilt.

Im Monat Juni ist es in Giresun-Espiyne an der Schwarzmeerküste zu einer bewaffneten Auseinandersetzung zwischen den Linken und Militärs gekommen. Bei dieser Auseinandersetzung in den Bergen von Espiyne haben die Revolutionäre 7 Genossen verloren. Das einzige namentlich identifizierte Opfer ist Mehmet Gilmis aus Ugarca. Über die Verluste der Militärs war nichts genaueres zu

EIN SOLDAT BESCHREIBT DIE OPERATION IN FATSa

Wir machten uns in der Nacht vom 11. auf den 12. September auf den Weg. Gegen Morgen kamen wir an den Ortseingang von Fatsa. Mit uns zusammen waren die Divisionen von Agri-Sarikamis und die Kommandoeinheit von Kayseri gekommen. Wir kamen über Land. Als wir zum Ortseingang kamen, sahen wir, daß der Zufahrtsweg durch ein Feuer versperrt war. Die Flammen erreichten eine Höhe von ca. 10 - 15 m. Wir bezogen Stellung und warteten auf ein Erlöschen der Flammen. 13 Stunden warteten wir mit den Waffen in der Hand und mit Panzern und Kanonen. Wir konnten nicht durch das Feuer gehen. Danach wurden die Flammen kleiner. Jetzt konnten wir daran vorbei. Wir bemerkten, daß kurz dahinter ein Graben und Barrikaden waren. Der Graben von 4 - 5 m Breite zog sich über die ganze Straße und direkt dahinter waren die Barrikaden. Wir begannen die Barrikade zu beschießen. Auch die Haubitzen und Kanonen beteiligten sich an den Feuer. Wir stellten fest, daß unser Feuer nicht erwidert wurde. Unsere Kommandanten befahlen die Überwindung der Barrikade. Gegen Abend des 12. September marschierten wir nach Fatsa ein. Wir begannen alle Häuser einzeln zu durchsuchen. Beim Eintreten begegneten uns entweder alte Frauen oder Männer oder aber ein kleines Kind. Sie gaben uns folgende Antwort: Hier gibt es keine Zwischenfälle, uns geht es gut, nur der Gouverneur Resat Akkaya verursacht Zwischenfälle. In allen Häusern bekamen wir diese Antwort und wir haben sie alle durchsucht. Das Ergebnis war, daß alle in den Bergen waren. Danach wurde die Operation in den Bergen und umliegenden Orten von Fatsa fortgeführt. Bei einer der Operationen wurde einmal auf 4 Freunde von mir geschossen, sie sind aber nicht gestorben. Dann hörten wir aus einem Nachbarort, daß 12 Soldaten umgekommen sein sollten. Niemand erzählte, wie sie getötet worden waren, wofür sie gestorben waren.

Eines Tages machten wir eine Operation in den Bergen. An einer Stelle hatten wir einen Revolutionär umstellt, der Hauptmann an unserer Seite forderte ihn auf sich zu ergeben. Der Mann nahm ein Megafon in die Hand und rief von einer Erhöhung uns zu: "Warum schickt ihr uns Soldaten aus dem Volk. Kommt alleine, Generale und Hauptleute. Die Soldaten sind unsere Brüder. Wir haben mit ihnen nichts auszutragen." Der Hauptmann nahm seine "Thompson" und verletzte den Mann am Bein. Da hat er sich gebückt und den Hauptmann mit seiner 9mm Waffe erschossen. Er ist wieder geflohen und auch danach nicht geschonnt worden. Die Operationen werden Tag und Nacht durchgeführt.

Ich kam schließlich in die Wachmannschaft des Gefängnisses von Perseme (in der Nähe von Fatsa) Hier wurden fürchterliche Folterungen durchgeführt. Ich konnte nachts nicht schlafen, weil die Folterschreie nicht verstummten. Im Gefängnis wurden Frauen, Mädchen, Alte und Junge gefoltert. Bei den Operationen in Fatsa wurden viele Leute gefaßt. Aber es gibt immer noch Leute in den Bergen. Insbesondere bei 6 Leuten, die mit Decknamen in der Bevölkerung bekannt sind, handelt es sich um Berühmtheiten, von denen gesagt wird, daß sie für Fatsa verantwortlich sind. Sie sind immer noch nicht gefaßt worden.

erfahren. Die 7 Genossen waren Mitglieder einer Kampfeinheit von Devrimci Yol. Es wurde berichtet, daß der Denunziant (ein Grauer Wolf), der die 7 Genossen verraten hatte, am 1. August bestraft worden ist.

Nach offiziellen Angaben starben in den sechs Monaten nach dem Putsch in Fatsa 8 Soldaten. Im Mai wurde Ahmet Sahin von Militärs in Fatsa erschossen.

Bei Angriffen der Militärs und deren Helfershelfern, den Grauen Wölfen in der Provinzstadt Tunceli sind in den Monaten Juni, Juli 14 Graue Wölfe und Denunzianten und 3 Soldaten gestorben. Die linken Kräfte haben vier Genossen verloren.

In der Provinzstadt Elazig wurde die Geheimdienstzentrale (MIT) von revolutionären Kräften vernichtet.

Kenan Budak, Mitglied des Hauptvorstandes der DISK (revolutionäre Arbeiterkonföderation) und Vorsitzender der Ledergewerkschaft Deri-Is wurde am 25.7.1981 im Slumgebiet Zeytinburnu von Istanbul von Soldaten erschossen. Er hatte den Befehl, sich zu stellen, seit dem 12.8.1980 nicht befolgt.

Durch einen Hungerstreik haben die politischen Gefangenen in den Militärgefängnissen Mamak in Ankara sowie Hasdal und Metris in Istanbul gegen die unmenschlichen Haftbedingungen protestiert. Der Hungerstreik in Mamak begann am 4. Juli und erreichte zeitweilig eine Beteiligung von ca. 2.000 Gefangenen.

Die genannten Aktivitäten bezwecken zur Zeit, zu überleben, die Volkskräfte zu sammeln und sich am Ort zu behaupten.

IM SCHATTEN DER GALGEN

Ohne Rücksicht auf demokratische Grundrechte und die Menschenrechte haben sie neben den zu Tode gefolterten und bei Operationen Exekutierten nun schon 10 blutjunge Menschen am Galgen aufgeküpfelt. Auswahl haben sie ja genug. Dieses Mal waren es wie schon bei Ahmet Saner und Kadir Tadogan als 7. und 8. Hingerichtete wiederum 2 Linke. Die Junta hat es also nicht nötig, weiterhin neutral zu erscheinen. Sie zeigen jetzt, wo ihr Feind steht, nämlich links.

ISMET SAHIN

Dabei hatte man Ismet S. zunächst als einfachen Kriminellen in der Presse präsentiert der keine politische Überzeugung habe. Er wurde als Mörder aus Blutrache dargestellt, der bei seiner Festnahme einen Soldaten umbrachte. Dafür bekam er am 27.10.80 durch die 3. Kammer des Militärgerichtes in Istanbul die Todesstrafe.

Seine "Mittäter", Ömer Sahin, wurde ca. 30 Jahre Zuchthaus verurteilt. Diese Strafe wurde am 04.06.81 durch das Oberste Militärrevisionsgericht auf 20 Jahre herabgesetzt in der gleichen Verhandlung wurde das Todesurteil gegen Ismet S. bestätigt. (Dies ist auch der Tag, an dem in der Türkei die 5. Hinrichtung vollzogen wurde)

Nach dem Hinrichtungsmonat Juni (4 vollstreckte Todesstrafen) haben die Generäle nun fast 2 Monate gewartet, bis sie wieder ihre Henker aktivierten. Am 20.08.81 wurde außer Ismet S. in Istanbul noch Mustafa Özenc aufgeküpfelt, für den an einem einzigen Verhandlungstag am 15.03.81 das Todesurteil gesprochen worden war.

MUSTAFA ÖZENC

Das Urteil gegen Mustafa Ö. also schon vor der Verhandlung fest. Deshalb ist es auch nicht entscheidend, ob er für den Mord an den Staatsbediensteten am 7.1.81 überhaupt verantwortlich ist, ob er in Notwehr gehandelt hatte oder strafmildernde Gründe in Frage kommen. Er wurde als DEV-YOL-Militär eingestuft und das reicht allemal für eine Verurteilung. Selbst an den Orten, wo das alte Strafrecht noch in Kraft ist, gibt es für Angeklagte kein Armenrecht. Selbstverständlich werden auch keine Pflichtverteidiger bestellt, so daß die Beschuldigten nicht nur während der 90-Tage Folterhaft, sondern auch im Prozeß ohne Verteidiger sind.

Bei Mustafa Ö. war schon aus der Berichterstattung zu entnehmen, daß man an ihm ein Exempel statuieren wollte. So wurde das Urteil gegen den 22-jährigen Linken am 23.06.81 vom Obersten Militärrevisionsgericht bestätigt und der Junta knapp 2 Monate später bekräftigt und in Adana am 20.08.81 um 03.00 Uhr früh vollstreckt.

Der Türkei-Infodienst schrieb in seinem Fall nach der Bestätigung folgendes:

Todesurteile werden zunächst von den zuständigen Militärgerichten gefällt, müssen anschließend vom Obersten Militärrichtungsgericht bestätigt werden und werden dann dem Nationalen Sicherheitsrat vorgelegt. Bei Zustimmung des nationalen Sicherheitsrates wird das Todesurteil binnen 2 Tagen vollstreckt. Die Redaktion ist zu tiefst betroffen und besorgt über die augenblicklich anrollende Hinrichtungswelle in der Türkei. Es ist zu erwarten, daß das unten aufgeführte Todesurteil gegen den Arbeiter Mustafa Özenc noch vor Erscheinen der nächsten Tit-Nummer bestätigt und vollstreckt wird. Wir appellieren daher dringend an die

Presse, die Türkei-Komitees und den privaten Leserkreis, diesen Fall publik zu machen und ihren Protest dagegen durch ein Schreiben an den Nationalen Sicherheitsrat in der Türkei zum Ausdruck zu bringen.

Anschrift des Nationalen Sicherheitsrats in der Türkei:

Devlet Baskani
Orgeneral Kenan Evren
MGK Üyeleri
Genelkurmay Baskanligi
Ankara, Türkei

"Tod durch den Strang" schreiben sie, weil ihnen jede Opposition verhaßt ist. Der Militärstaatsanwalt Takelli einer ihrer "Triumpfkareieren" in Istanbul weiß wie man mit Demokraten umgeht. Er fordert für 52 Gewerkschaftler die Todesstrafe, weil:

(siehe Politische Prozesse Seite 6, die Anklage gegen DISK)



Mustafa Özenc

Wir wollen diese Anklageschrift, die das eigentliche Vorhaben der Junta generäle eindeutig darstellt, nicht lange kommentieren. Dies aber soll unserer Meinung nach ein äußerst wichtiger Appell an die Gewerkschaft dieses Landes sein und gleichzeitig eine ernsthafte Mahnung. Denn ihre Antwort auf die Frage, was sie in einem Land wie der Türkei diesen Bedingungen als Gewerkschaftler gemacht hätten, hat in der Türkei den Strick zur Folge. deswegen ist es auch nicht schwierig, wenn sie sich an ihrer Stelle einsetzen und noch einmal an die bundesdeutsche "Türkeihilfe" denken.

Während die Generäle behaupten, den Bürgerkrieg gestoppt zu haben, führen sie ihn in der Wirklichkeit mittels kompletter Beteiligung aller türkischen Streitkräfte unmittelbar durch. Am 12.9.1980 räumten sie durch einen Staatsstreich endgültig in der Front der Herrschenden auf, von den politischen Parteien bis hin zur legalen faschistischen Bewegung, und griffen vorgeplant und kaltblütig auf einer nur kurzfristig haltbaren Demagogie von "Links-Rechts-Extremismus" gestützt, alle Ebenen und Bereiche der gesellschaftlichen Opposition an. Die extremen Phänomene der direkten Beteiligung der türkischen Armee am Bürgerkrieg sind zweifellos die Gründung der Kiregs(rechts) gerichtete im ganzen Land, die wegen ihrer militärischen Aufbau eine reibungslose Verurteilung (bis hin zum Tode) der politischen Gefangenen ermöglichen. So dürfen auch die Staatsanwälte in Uniform, aufgrund der bei den Folterern bestellten Aussagen, je nach Gefährlichkeit des Angeklagten für die "bestehende Ordnung" (sprich im bestehenden Bürgerkrieg) hin zum Galgen schicken. So besteht zwischen den Phänomenen des Bürgerkriegs keinen grundsätzlichen Unterschied ob ein

Oppositioneller in der Wohnung, in der Folterkammer, durch Strick, Waffen oder Foltergerät exekutiert, vernichtet wird. Genauso bleiben die Oppositionellen Opfer dieses Krieges auf der Seite des Volkes, egal ob sie in Gefangenschaft oder auf der Flucht im Interesse der Herrschenden durch die Militärs ermordet werden.

So ist es schon jetzt abzusehen, daß die Zahl der politischen Opfer im Jahr 1981, (wobei nach Ansicht der Junggeneräle der Bürgerkrieg eingestellt wird), mehr als 2000 sein.

HINRICHTUNGEN SIND EIN VERBRECHEN AN DEN MENSCHENRECHTEN VERHINDERT DAS VERBRECHEN DER JUNTA AN ÜBER 2000 MENSCHEN IN DER TÜRKIE

Seit der Machtübernahme am 12. September 1980 forderten die Militärstaatsanwälte für mehr als 2000 Oppositionelle die Todesstrafe durch den Strang. Diese Zahl von über 1300 bildet gleichzeitig das größte, kaltblütig vorgeplante und sogar bekanntgegebene Massaker unseres Jahrhunderts. Ob die Justiz irgend eines Landes dies durch Gesetze rechtfertigen, begründen kann... Die Militärdiktatur in der Türkei versucht dies durch Gesetze, durch die Artikel des STGB aber auch durch die Religionen zu rechtfertigen. Sie versucht es zu ignorieren, daß sie einen Krieg gegen ein ganzes Volk führt und daß diese Menschen Opfer dieses Krieges sind. Für die Militärstaatsanwälte ist es ein Grund, die Todesstrafe zu fordern, wenn jemand die Meinung hat, daß das gesellschaftliche System in der Türkei schlecht ist und deswegen geändert werden muß. Ob Demokrat, der in einer Massenorganisation diese Idee verbreitet, ob Gewerkschaftler der Steiks organisiert oder ein Kommunist der Barrikaden errichtet wird, jedes Mal mit der Todesstrafe verhandelt.

Sicherlich, die Türkei ist nicht das einzige Land, in dem Hinrichtungen vollzogen werden. Aber ob die Zahl der Opfer mehrere Hundert beträgt, oder 10 wie in der Türkei, der Protest richtet sich in jedem Fall gegen.

FOLTER und kein Ende...

Die Militärjunta geht nun mit "festen" Schritten ihren "Weg zur Demokratie" weiter, nachdem sie das neue "Türkeihilfe" - Päckchen beschmückt mit den Erwartungen des Bundestages erhielt. Genauso "viel" konnten auch die Besorgnisse der demokratischen Institutionen des Westens um die Menschenrechte in der Türkei bewirken, um Junggeneräle von diesem "heilen Weg" abzubringen. Es wäre sogar nicht falsch, wenn man davon spricht, daß diese "Einhaltungen" und die "Ratchalage" auf die Situation in der Türkei sich eher negativ ausgewirkt hat.

Die Europäer sollten niemals vergessen, daß wir, die edle türkische Nation, uns von den kleineren Nationen nichts vorschreiben lassen. Wie schnell haben sie vergessen, daß wir, die edle türkische Nation, uns von den kleineren Nationen nichts vorschreiben lassen. Wie

schnell haben sie vergessen, daß wir schon vor ein paar Hundert Jahren mit dem Schwert in der Hand vor Wien gestanden sind... Doch... wenn eine Nation, wie die unsere vor kleineren Nationen die Hände ausstrecken und um Geld betteln muß, obwohl sie diese einmal beherrscht hat, werden sie selbst vieles vorschreiben wollen. Gegenüber einem starken Staat wird es niemand wagen, eine lose Zunge zu haben. Niemand wird seine Gesetze, Beschlüsse und deren Durchführung kritisieren. Keiner wird es wagen, überhaupt nur den Mund aufzumachen....(K. Evren am 13.6.1981.)

Mit diesen Worten bringt General Kenan Evren die Auffassung der "türkischen Nation" von den Wünschen, Erwartungen und Forderungen der demokratischen Öffentlichkeit des Westens von der Mil-

tärjunta zum Ausdruck. Und er vergißt aber auch nicht, dies gleich zu einer Rechtfertigung für die Fortsetzung der Folter zu machen. "Wir planteten in diesen Tagen die Verkürzung der 90-tägigen Untersuchungshaft. Unsere europäischen Freunde sagten aber, sie würden sonst die Hilfen einstellen. Nun werden wir die Dauer der Untersuchungshaft doch nicht verkürzen. Die 90-tägige Dauer der Untersuchungshaft ist in dieser Situation des Landes eine Notwendigkeit." (K. Evren am 13.6.1981)

Folter in der Türkei nimmt kein Ende

ANGEKLAGTE NEHMEN IHRE AUSSAGEN ZURÜCK:

Mit der rollenden Prozeßlawine, wobei gegen ganze Organisationen mit sämtlichen Angehörigen prozessiert wird, kommen auch immer mehr Folterungen zutage. Die Angeklagten, für die aufgrund der bei den Folterern bestellten "Aussagen" vom "Lebenslänglich" bis hin zur Todesstrafe gefordert wird, lehnen massenweise ihre Aussagen ab und erklären, daß sie unter Folter aufgenommen wurden. Als Beispiele zitieren wir unten einige Meldungen aus der türkischen Presse, die wir wörtlich übersetzt haben:

06.07.81 ALLE ZEUGEN IM TÖB-DER PROZESS GEFOLTERT

Im rozeß gegen 58 Angehörige der Lehrervereinigung TÖB-DER sagten, alle Zeugen, die in anderen Prozessen angeklagt sind, übereinstimmend aus, daß ihre Aussagen bei der Voruntersuchung durch Folter erpreßt worden seien.

Zeuge Nihat Yurtkuhan: "Ich kenne den Beschuldigten mit Namen Süleyman überhaupt nicht. Das höre ich zum erstenmal. Bei der Polizei wurde auf mich Druck ausgeübt und ich wurde gefoltert, damit ich eine solche Aussage mache."

Zeuge Mustafa Aydin: "Ich kenne Süleyman Yasar als Freund seit 1973 aus Agri. Als ich zur Polizei gebracht wurde, habe ich schwere Folterungen erlebt, damit ich eine solche Aussage mache. Um der Folter zu entgehen, mußte ich eine solche Aussage mache." Ihm wurde seine Aussage von der Sicherheitsbehörde vorgelesen. Darauf M. Aydin: "Sie ist nicht wahr. Sie wurde durch Folter aufgenommen."

Zeuge Celal Deniz: "Ich kenne weder Süleyman Yasar noch die anderen Angeklagten. Ich bin nur 27 Tage auf der Polizei festgehalten und gefoltert worden. In dieser Zeit hat man mich viele Blätter unterschreiben lassen."

Zeuge Yalcin Turkmen: "Ich kenne Süleyman Yasar und die anderen Angeklagten nicht. Ich höre hier zum erstenmal, daß ich so etwas über den Angeklagten gesagt haben soll. Ich habe mit Bestimmtheit keine solche Aktivität des Angeklagten erlebt. Auf der Polizeiwache bin ich gefoltert worden. Man hat mich mit verbundenen Augen einige Papiere unterschreiben lassen."

Zeuge Yavuz Kocoglu: "Ich kenne weder Süleyman Yasar noch die anderen Angeklagten. Deswegen weiß auch nichts von einer illegalen Aktivität. Ich bin in der Zeit, in

'Modell Brasilien' für die Türkei?

Für jede ausländische Investition stellt sich darübrhinaus die Frage, was solche Auslandsinvestitionen der Bevölkerung bringen. Am Beispiel des Tourismus versucht eine Ausstellung des Bremer Overseemuseums dies derzeit darzustellen:

"Touristen sind wie Heuschrecken: Sie fressen alles kahl und ziehen weiter. Die Spuren der Touristen sind Betetelei, Prostitution und Kitsch." ... Dort, wo die Touristen "einfallen", haben Sozial- und Wirtschaftsstruktur unterentwickelter Länder keine Chance mehr, sagen die Aussteller. Kultur verfällt zu Kitsch, weil kulturelle Ausdrucksformen systematisch vernichtet werden, weil Urlaubergeschmack und Laredsitten selten übereinstimmen. Bettler werden eingespeert und die politische Opposition unterdrückt, um den von den Urlaubskatalogen gezeichneten "Heile-Welt-Bildern" möglichen nahe zu kommen. Trotz großer Einnahmen verstärken Touristenströme so häufig die Abhängigkeit eines Landes und verhindern seine Entwicklung zu eigenständiger und Selbstversorgung. "Der Tourismus mache aus einem Volk von Bauern und Fischern ein Volk von Dienern und Zimmesbüchern." (Aus einem Bericht der "Südwestpresse", 7.8.1981.)

So bleibt als Ergebnis festzuhalten: Die Türkei wird sich nicht zu einem zweiten "Modell Brasilien" entwickeln, aber der Versuch der Junta, diese Entwicklung einzuläuteln wird für die türkische Wirtschaft noch mehr Abhängigkeit bringen, die gewachsene Infrastruktur von Landwirtschaft, Handwerk und Kleinindustrie steckt schon jetzt in der Krise. Die Politik der Junta wird die Tiefe der Krise noch steigern.

Daraus ergibt sich, daß erhebliche politische und wirtschaftliche Anstrengungen seitens der türkischen Junta notwendig wären, damit ausländische Firmen ihr Nahost-Geschäft gerade von türkischem Boden aus abwickeln würden. Die vom IMF diktierte Sparpolitik des Staates setzt einer solchen Entwicklung auf absehbare Zeit erhebliche Schranken.

So bleibt als einzige ernstzunehmende Alternative der Tourismus übrig. Bislang ist die Türkei im Vergleich z.B. zu Griechenland touristisch unterentwickelt. Seit einiger Zeit tauchen in westeuropäischen Zeitungen immer wieder Anzeigen der jeweiligen türkischen Generalkonsulate auf, in denen die landschaftliche Schönheit etc. der Türkei gelobt wird, um so Touristen in die Türkei zu locken. Der Minister für Tourismus, İlhan Evliyaoğlu, erläuterte die Beschlüsse der Junta dazu:

"Den ausländischen Investoren wird für 99 Jahre Land verpachtet werden. Der Profit aus den touristischen Unternehmen ist bis zu 30% steuerfrei." (Tercüman, 19.6.1981)

Es ist sehr wohl möglich, daß im Bereich des Tourismus in den nächsten Jahren die Türkei eine ähnliche Entwicklung wie z.B. Griechenland nimmt. Doch mit Tourismusmaßnahmen allein läßt sich eine Wirtschaft nicht sanieren.

Eine genauere Betrachtung der wirtschaftlichen Voraussetzungen der Türkei zeigt also, daß die Hoffnung der Junta auf ein "Modell Brasilien" nicht haltbar sind. Sicher ist es möglich, daß einzelne Firmen vor allem im Tourismussektor in der Türkei aktiv werden, aber ein zweites Brasilien wird die Türkei sicher nicht werden.

der ich bei der Polizei war, gefoltert worden. Dort hat man mich eine Reihe Papiere unterschreiben lassen. Wahrscheinlich liegt ihnen ein solches Papier vor."

Zeuge Mehmet Ali Yilmaz: "Ich kenne keinen der Angeklagten. Ali Rıza Aydın habe ich bei der Polizei kennengelernt. Während unserer Folterungen hat man mich mit ihm bekannt gemacht." Die Aussage bei der Polizei wurde vorgelesen. Der Zeuge M.A. Yilmaz: "Die ist nicht wahr. Sie wurde als Ergebnis von Folterungen aufgenommen."

Aufgrund der letzten Aussage wurde festgestellt, dass von den Angeklagten Ali Rıza Aydın keine polizeiliche Aussage in den Akten ist. Der Beschuldigte wurde daraufhin gefragt, ob er den Zeugen bei der Polizei kennengelernt habe. Er sagte, daß sie sich bei der Polizei begegnet seien und dort auch eine Aussage von ihm aufgenommen wurde.

Zeuge Burhanettin Biber: "Ich habe keine Aktivitäten der Beschuldigten beobachtet, daß sie die Ansichten von illegalen Organisationen innerhalb von TÖB-DER durchsetzen wollten. Eine solche Aussage von mir ist mir nicht in Erinnerung. Ich bin allerdings 72 Tage in vorläufiger Haft festgehalten worden. In diesem Zusammenhang wurde auch Gewalt angewandt und ich mußte einige Papiere unterschreiben."

Zeuge Ahmet Telli: "Ich habe von keinem Angeklagten hier Anstrengungen gesehen oder gehört, daß sie die Ansichten von illegalen Organisationen in TÖB-DER verbreiten wollten und daran gearbeitet haben. Für die Dauer meines Verbleibs in Polizeigewahrsam bin ich gefoltert worden."

09.07.1981

Verteidiger beantragt gegen Folter

In dem Verfahren gegen 17 Angehörige der Organisation 'Partizan' beantragten die Verteidiger ein Verfahren gegen die Folter ihrer Mandanten. Sowohl die Beklagten als auch die Verteidiger sagten übereinstimmend aus, daß die Gefangenen gefoltert worden seien. Das Gericht beschloß, den Vorgang zur Kontrolle an die Kriegsverfahrenskommandantur von Ankara zu schicken. Die Verteidiger führten insbesondere folgende Tatsachen an:

"Die Angehörigen der Beschuldigten wenden sich ständig an uns mit der Mitteilung, daß ihre im Gefängnis befindlichen Angehörigen großem Druck und Folterungen ausgesetzt seien. Sie machen uns ständig darauf aufmerksam. Als Verteidiger haben wir es bei unseren Besuchen nicht mit eigenen Augen gesehen, als Anwälte haben wir aber - sowie die Gefangenen selber auch - auf die verschiedenste Weise bei den vorherigen Verhandlungen versucht, die Vorfälle im Gefängnis zu beschreiben und wir hatten gefordert, daß eine Untersuchung gegen die Verantwortlichen eingeleitet werden sollte. Dies wurde durch das Gericht abgelehnt. Jedoch haben wir in letzter Zeit mit eigenen Augen gesehen, daß die Gefangenen bis zu 15 Stunden gefoltert werden. Wir wiederholen die Forderung nach Einleitung einer Untersuchung."

Das Gericht lehnte diesen Antrag mit der Begründung ab, daß sich die Verteidiger, die Beklagten oder aber die Angehörigen jederzeit an die zuständigen Stellen wenden könnten. Auch der Antrag nach Entlassung der Gefangenen aus der Haft wurde abgelehnt.

30.07.1981

Angeklagten nehmen ihre Aussagen zurück

Bei dem Prozeß gegen die mutmaßlichen Mörder des stellvertretenden Vorsitzenden der MHP Gün Sazak, nahmen alle Beklagten ihre vor der

Polizei gemachten Aussagen zurück. Sie sagten, daß ihre Aussagen unter Druck zustande gekommen seien. Der unter Todesstrafe angeklagte Levent Babacan lehnte außerdem seine Aussagen vor der Staatsanwaltschaft und vor Untersuchungsrichter ab.

Im Prozeß gegen 162 Angehörige der Organisation 'Rizgari' und 'Alrizgari' in Diyarbakir wurde mit den Verhörten der Angeklagten fortgefahren. Der Beschuldigte Veysi Lacin sagte:

"Es ist eine Verleumdung. Meine Vernehmung während der Ermittlungen wurde unter Druck und Folter durchgeführt. Ich akzeptiere die Anschuldigungen nicht."

Auch die Beschuldigten M.N. Okan, M.S. Malkoc, N.Lazkan und H. Nevaoglu wandten sich gegen ihre polizeilichen Aussagen.

Ein DISK-Gewerkschafter starb unter der Folter

(Istanbul) In der Türkei richtet sich der Terror der Militärjunta nun verstärkt gegen die Mitglieder, Funktionäre und Betriebsvertreter der Revolutionären Gewerkschaftsföderation DISK.

Ein paar Tage, nachdem der Generalvorsitzende der DISK angegliederten Gewerkschaft ILERICI DEVRIS, Kenan Budak auf offener Straße im Stadtteil Zeytinburnu in Istanbul durch Scharfschützen der politischen Polizei erschossen wurde, kam der stellvertretende Vorsitzende der ebenfalls der DISK angegliederten Gewerkschaft DEVRIMCI SAGLIKIS, Yakup..., in einer Folterkammer des Istanbul Polizeipräsidiums nach schweren Folterungen ums Leben.

Er wurde am 20.7.1981 von einer Gruppe von Zivilpolizisten und Soldaten festgenommen und zum Polizeistützpunkt und zum Polizeihauptquartier von Istanbul gebracht. (Ort der Festnahme ist unbekannt.). Er wurde dort dann sieben Tage lang den schlimmsten Folterungen unterzogen und konnte nur bis zum 27.7.1981 aushalten. An diesem Tag starb er aufgrund der Folterungen im Keller des Polizeipräsidiums in Istanbul.

Weder die Kriegsverfahrenskommandantur, noch die politische Polizei von Istanbul geben irgendeine Erklärung über den Tod des stellvertretenden Vorsitzenden der DISK-DEVRIMCI SAGLIKIS Gewerkschaft ab. Auch die Folterer blieben unbekannt.

90 Folter Tage werden verkürzt

Inzwischen verlautet, daß die Folterhaft von 90 Tagen herabgesetzt werden könne. Zwei Gründe werden dafür genannt.

1. Es gibt nur noch wenig "neue" Häftlinge, Ihre Verhöre können schneller erfolgen.
2. Der Protest des Westens ist nicht mehr zu hören.

Die beiden Feststellungen treffen sicherlich zu. Aber, wieviel "Demokratisierung" bedeutet denn eine Verkürzung der 90 - Tage Frist? Es wird von möglichen Zeiten zwischen 30 und 45 Tagen gesprochen. Also in jedem Fall ein ganzer langer Monat. Auch dies wird reichen, um nach Belieben weiterzufoltern.

Die Aussage der Generäle kann eigentlich nichts anderes heißen als: "Die harten Brocken haben wir geschafft. Den größten Teil der Informationen haben wir zusammen. Für den Rest können wir uns auf kürzere Folterfristen einlassen."

Es ist aber sicher, daß aus dem Westen lobende Stimmen bei der Fristverkürzung kommen werden. Ihnen muß aber gesagt werden, daß auch eine Woche und erst recht ein Monat ausreicht, um Gefangene ohne Kontakt zur Außenwelt psychisch fertig zu machen, zu Krüppeln zu schlagen oder sie zu Tode quälen.

Über die Schwierigkeiten bei Aktionsbündnissen unter den Organisationen aus der Türkei

Über die Zersplitterung der Linken in der Türkei und gleiche Schwierigkeiten der im Ausland tätigen Organisationen ist schon sehr viel geschrieben worden (zuletzt hat sich auch die TAZ dieses Problems angenommen). Insbesondere nach dem Militärputsch vom 12.09.80 haben viele Gruppen ihre Aktivitäten im Ausland und hier vor allem in der BRD verstärkt. Vorerst ist ein gleichmächtiger Gruppenegoismus zu verzeichnen, der die Niederlage der Linken in der Türkei mit verursacht hat.

Es ist aber allen politisch bewußten Kräften längst klar, daß bei der derzeitigen Lage der Opposition in der Türkei und der politischen Atmosphäre in der BRD gegen Ausländer und ihre Organisationen, alle Gruppierungen alleine zu schwach sind, um den erforderlichen Kampf erfolgreich zu führen. Die doppelte Aufgabe, der sich alle Organisationen gegenüber sehen, bezieht sich zum Einen auf die Türkei. Alle Demokraten und Antifaschisten sind gezwungen, eine breitmöglichste Unterstützung des Widerstandes im Heimatland sicherzustellen. Zum anderen sind aufgrund der besonderen Situation im Ausland eine Reihe weiterer Aufgaben zu lösen. An erster Stelle stehen dabei die Interessen der Arbeitsemigranten, die für die Organisationen hier zunächst einmal die Basis darstellen. Aktuell ist es das Problem der 'Ausländerfeindlichkeit' und das drohende Verbot der demokratischen Organisationen, mit denen die Gruppen derzeit konfrontiert sind.

Dabei kann wohl niemand behaupten, daß die Oppositionellen aus der Türkei im Ausland schon schlagkräftige Organisationsformen gefunden hätten, bzw. daß irgendeine der existierenden Gruppen für sich genommen stark genug wäre, um all diese Aufgaben erfolgreich durchzuführen. Aus diesem Grunde heißt das Gebot der Stunde: "EINHEIT IM KAMPF GEGEN DIE FASCHISTISCHE MILITÄRJUNTA UND DIE BESCHRÄNKUNG DER RECHTE IM AUSLAND". Diese Einsicht herrscht in dieser Allgemeinheit sowohl bei den führenden Köpfen der Organisationen als auch bei ihrer Anhängerschaft vor. Aus diesem Grunde sind auch schon häufig an konkreten Punkten (örtliche Demonstrationen, Kindergeld-Kampagne u.ä.) immer wieder Gespräche unter den verschiedenen politischen Richtungen mit dem Ziel auf gemeinsame Aktionen geführt worden.

VERSCHIEDENE PERSPEKTIVEN BEI DER EINHEITSFRAGE

Leider ist in dieser Hinsicht bis heute nicht viel Positives zu berichten. Obwohl die Linke in der Türkei von der Junta längst vereinhheitlicht wurde (weil die Verfolgung alle Strömungen gleichmaßen betrifft), ist es den Vertretern der unterschiedlichen politischen Richtungen bis heute nicht gelungen, sich auf ein gemeinsames Programm zu einigen. Selbst bei ganz konkreten Forderungen werden immer wieder die seltsamsten Begründungen vorgebracht, warum die eine oder andere Organisation sich an eben diesen Aktionen nicht beteiligen kann. Vorrangig ist dabei stets das Problem der Abgrenzung, das dazu geführt hat, daß man politisch anders ausgerichtete Gruppierungen mit den wildsten Beschimpfungen und sogar auch schon mit Waffengewalt angegriffen hat. Ein solches Verhalten wird immer damit begründet, daß man von seinen politischen Prinzipien keinen Abstand nehmen könne. In der Konsequenz heißt das dann, daß man auch bei ganz konkretem Ziel stets seine allgemeine Einsicht der weltpolitischen Lage den

'Massen' vermitteln muß. Gerade hier hat man aber den Punkt, mit dem man sich am besten von den anderen Gruppierungen absetzen kann, den man als Einzigen benutzen kann, um die Berechtigung der eigenen Existenz auch den potentiellen Sympathisanten klarmachen zu können.

Leider haben die Organisationen mit einem solchen Verhalten nicht viel für eine Unterstützung der linken Gruppen sowohl in der Türkei als auch im Ausland bewirken können. Die Basis versteht nämlich nicht, warum Organisationen, die sich die gleichen Ziele gesetzt haben, diese Ziele nicht gemeinsam verwirklichen. Eine weitere Krankheit war außerdem noch bei sehr vielen Organisationen stets zu spüren. Aufgrund der Vielfalt der Gruppen, die sich z.B. nach Moskau oder aber auch nach Tirana ausrichten, entstand unter ihnen eine zusätzliche Konkurrenz, wer sich denn als der 'treuere' Freund des jeweils bevorzugten 'sozialistischen' Systems herausstellen würde. 'Treu' für die politische Heimat bedeutete aber immer, unterschiedenen Kampf gegen die Vertreter des jeweils verfeindeten 'sozialistischen' Lagers.

Es bedarf wohl keiner weiteren Erörterung, daß diese Einstellung wenig für die Unabhängigkeit der Türkei und die Befreiung der Völker in der Türkei bewirkt hat. Im Gegenteil, dieses bornierte Verhalten hat bis auf den heutigen Tag der Befreiungsbewegung im Heimatland und einer Solidaritätsbewegung im Ausland größten Schaden zugefügt. Wenn man aber diese Grundhaltung bei vielen Gruppen kennt, braucht man sich auch nicht über ihre Auffassung von Aktionseinheit und Bündnissen zu wundern.

Es ist für die einzelnen 'Lager' aufgrund der zuvor so vermissen geführten Abgrenzungsversuche nicht vorstellbar, daß sie an irgendeinem Punkt auch nur mit dem verfeindeten 'Lager' in einen Dialog treten; auch wenn sie bei den jeweiligen Forderungen keine unterschiedlichen Ansichten vertreten. Aus dem Grunde pflegen sie Verhandlungen um mögliche Bündnisse stets nur in der eigenen 'Familie', den jeweils zu einem der 'sozialistischen' Länder tendierenden Lager zu führen. Das widerspricht aber dem Gedanken einer breitmöglichsten Einheit zur Erreichung der gemeinsamen Ziele. Stets ein Jahr nach dem fatalen Putsch vom 12.9.1980 müßte das allen Gruppierungen klar sein. Die oben erwähnten Gruppierungen befinden sich aber in dem Dilemma, wesentliche Inhalte ihrer Politik stets mit einer 'Diffamierungskampagne' gegen die nun möglichen 'Partner' betrieben zu haben. Sie können sich auf der einen Seite nicht dem Anspruch einer möglichst breiten Aktionseinheit entziehen, würden sich aber bei einer konsequenten Verfolgung dieses Ansatzes mit ihrer zuvor geführten Politik im Widerspruch befinden.

Unter diesen Schwierigkeiten haben speziell diejenigen Organisationen zu leiden, die sich politisch entweder nach Moskau oder Tirana ausrichten. Aus dem Grunde war es auch nicht verwunderlich, daß für Aktionen zum Jahrestag des Putsches Komkar (Özgürlük Yolu) lediglich die sowjetorientierten Gruppen zu Vorgesprächen einlud, während auf der anderen Seite Halkin Kurtulusu die albanienorientierten Gruppen auf einer gemeinsamen Plattform zu vereinen trachtete. Beide Seiten waren sich aber schon zu Beginn ihrer Verhandlungen darüber klar, daß sie alleine zu schwach sind, um eine wirksame Demonstration gegen die faschistische Militärjunta auf die

Beine zu stellen. Komkar brach deshalb die getrennten Verhandlungen ab, nachdem die zusätzlich eingeladenen Freunde von Devrimci Isci erklärt hatten, daß sie nur u.m.f.a.s.e.n.d. geführte Verhandlungen mitmachen würden. Auch die Partner des 'Bündnisses' um Halkin Kurtulusu beteiligten sich an den von der Türkei-Komitee in der Bundesrepublik initiierten Verhandlungen zu einer Aktionseinheit für eine bundesweite Demonstration am 12.09.1981. Sie versäumten es aber nicht, nach dem ersten gemeinsamen Treffen ein zusätzliches 'Bündnis' unter den befreundeten Organisationen herzustellen und versuchten bei den weiteren Verhandlungen noch weitere Gruppen in dies Bündnis zu bekommen.

Beide Seiten haben an den Verhandlungen nicht unvoreingenommen teilgenommen. Denn jede Seite hatte schon recht bald eine eigene Demonstration angemeldet.

sehr deutlich gesagt werden, daß es mit ihrem Internationalismus doch nicht weit her sein kann, wenn sie zum jetzigen Zeitpunkt immer noch nicht die Notwendigkeit einer umfassenden Türkei-Solidarität begriffen haben. Ihnen steht mithin auch nicht das Recht zu, sich in irgendeiner Form über die Vereinheitlichung der Linken aus der Türkei zu äußern.

Niemand der Beteiligten machte sich Illusionen darüber, daß die Verhandlungen sehr schwierig werden würden. Dazu waren die politischen Differenzen der Teilnehmer doch zu groß. Die Kritiker jedoch, die es für Traumfängerei gehalten hatten, einen solchen Versuch zu unternehmen, sahen sich in ihren Bedenken widerlegt, denn die Teilnehmer verließen nicht schon nach 10 Minuten (wie vorausgesetzt) den Versammlungsraum, sondern haben neben den gemeinsamen Gesprächen auch eine Grundlage für gemeinsames Handeln finden können, das dann allerdings aus anderen Gründen nicht zustande kam.

Es dürfte den verantwortlichen Organisationen schwer fallen, ihre einheitschädigende Haltung der Öffentlichkeit verständlich zu machen, denn eine Einigung auf der politischen Ebene war praktisch schon erzielt worden. Aber zunächst einmal den chronologischen Ablauf der Verhandlungen.

Während bei der ersten Sitzung praktisch nur die Position der einzelnen Gruppen ausgetauscht wurden, ging man bei der zweiten Sitzung daran, nun konkret etwas für eine Einheit zu machen. Bevor man über die Frage des Aufrufes diskutieren konnte, wurde mit einem Protokoll der Versuch einer Einigung gemacht. In diesem Protokoll sollten die Hauptforderungen für die Demonstration aufgeführt werden, ebenso wie die gemeinsamen oder unterschiedlichen Auffassungen zu Problemen im Zusammenhang mit der Demonstration. Hierbei erklärten eine Reihe von Organisationen von vornherein, daß sie kein Protokoll mit anderen vertretenen Organisationen unterschreiben könnten. Zu den Organisationen gehörten DHB, HK, ATIF, DİDF, İscinın Yolu (nahe an den folgenden Verhandlungen als Halkin Yolu teil) und FİDEF.

Alle anderen Organisationen erklärten am Ende der Verhandlung ihr Einverständnis mit dem Protokoll und bekräftigten dies durch ein Bekenntnis, daß sie es auch unterschreiben könnten. Auch die Gruppen, die eine Unterschrift auf prinzipiellen Gründen verweigert hatten, waren inhaltlich mit

Fortsetzung Seite 4

dem Protokoll einverstanden. Warum dann also die Verweigerung der Unterschrift? Der einzige Grund lag darin, daß man nicht mit den ärgsten "Feinden" in einer Reihe auf einem Dokument erscheinen wollte. Welch eine lächerliche Haltung, wenn man sieht, wie weit sie doch auf der anderen Seite mit den anderen Beteiligten übereinstimmen.

Hier nun der Wortlaut des Protokolls vom 25.7.1981:

PROTOKOLL Köln, den 25.7.81

der Versammlung für die Vorbereitung einer bundesweiten Demonstration zum ersten Jahrestag des Militärputsches in der Türkei - 12. September -

Anwesende Organisationen und Solidaritätsstrukturen:

Devrimci Sol/Komitee für unabhängige Gewerkschaften/BWK/Türkei-Ko. Darmstadt/KL/Birlik Yolu/Iscinini Yolu/DİDF/ATIF/Komitee Freiheit für die Türkei/DHB/Halkin Kurtulusu/Yol/Türkei-Kurdistan/Ko. Bochum/Rizgari/Türkei-Kurdistan AK Mülheim-Ruhr/Arbeiterinitiative Duisburg/GIM/Türkei-Ko. Aachen/Isci Gerci/Kurtulus/Türkei-Ko. Bielefeld/Türkei-Ko. Bonn/Devrimci Isci/Türkei-Ko. Köln/Türkei-Ko. Düsseldorf/Iscinini Sesi/ PKK/ KOMKAR/FİDEF/SL/ISA/KKDK/KBW/Emekçiler Birliği/Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD/BDP/BDJ/Bunte Liste Köln/KB.

Vorbemerkung:

a) Folgende Organisationen haben aus prinzipiellen Gründen die Unterzeichnung dieses Protokolls abgelehnt: DHB/Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD/Halkin Kurtulusu/ATIF/BDP-BDJ/DİDF/Iscinini Yolu/FİDEF

b) alle anwesenden Organisationen haben verbindlich erklärt, daß sie bei einer gemeinsamen Demonstration am 12.9.1981 auf Angriffe gegen beteiligte Organisationen verzichten werden.

Die unterzeichnenden Organisationen und Solidaritätsstrukturen haben sich auf folgendes Protokoll geeinigt:

Die Vertreter der unten genannten Organisationen erklären ihre Bereitschaft eine gemeinsame Demonstration am 12.9.1981 - dem Jahrestag des Militärputsches in der Türkei - in Köln durchzuführen.

Diese Demonstration wird sich richten:

1. Gegen die herrschende Militär-Junta in der Türkei

Eine Mehrheit der anwesenden Organisationen schätzt diese Junta als faschistisch ein.

2. Für die Stärkung des Widerstandes gegen die Junta in der Türkei

Folgende Organisationen halten eine Konkretisierung dieses Punktes für notwendig: FİDEF/Devrimci Sol/PKK/ Isci Gerci/Kurtulus Die Möglichkeit einer Konkretisierung wurde auf ein weiteres Treffen verschoben.

3. Für das Selbstbestimmungsrecht des Kurdischen Volkes

4. Gegen die finanzielle, militärische und politische Unterstützung der Militärjunta durch die Bundesregierung und den Weg

Zur Frage der Agitation und Propaganda auf der Demonstration gab es drei Positionen:

- Für vollständige Freiheit der Agitation und Propaganda

- Für die Agitations- und Propagandafreiheit im Rahmen der vier oben genannten Punkte

- Gegen die Freiheit der eigenen Agit./ Prop., da man eine gemeinsame Linie gefunden hat, die für die Demonstration ausreichend und verbindlich sei.

Eine Entscheidung in dieser Frage wurde ebenfalls auf das nächste Treffen, am 01.08.81 in Köln vertagt.

Aus diesem Protokoll ergibt sich nun, daß alle anwesenden Gruppen eine einheitliche Demonstration befürworteten (und auch grundsätzlich keine Einwände gegen andere Beteiligte hatten). Die einzigen Bedenken, die vorgebracht worden waren, wurden stets mit Sicherheitsaspekten begründet. Das, was auf der einen Seite zur Verweigerung der gemeinsamen Unterschrift geführt hatte, wurde nun in anderer Form so vertreten, daß man einigen Organisationen nicht vertrauen könne, weil sie schon in der Vergangenheit jede Gelegenheit zum Angriff genutzt hätten. Aber auch diese Bedenken waren zum größten Teil schon in diesem Protokoll aus dem Weg geräumt, da alle Organisationen erklärten, bei der Demonstration auf Angriffe gegen andere Beteiligte zu verzichten.

Lediglich ein weiteres Problem war offen geblieben. Dies war die Formel für die Agitations- und Propaganda während der Demonstration. Die Haltung der Gruppen zu diesem Problem war sehr unterschiedlich. Auf der einen Seite vertraten Organisationen, wie DHB und ATIF die Meinung, daß es bei allen Aktionen eine totale Agitations- und Propagandafreiheit geben müsse. Dies wird von ihnen so interpretiert, daß innerhalb irgendeiner Aktion es die oberste Aufgabe der "Komunisten" ist, ihre Analyse der allgemeinen Weltlage den breitesten Massen zu vermitteln. Aus diesem Grunde treten bei ihnen häufig die konkreten Ziele hinter ihre Einschätzungen im sogenannten internationalen Rahmen zurück.

Die Haltung der Freunde von Halkin Kurtulusu kommt demgegenüber einem Interesse an gemeinsamen Aktionen näher. Sie erkennen zunächst einmal an, daß jede Aktion eine bestimmte Stoßrichtung hat und man sich auf dieses Ziel ausrichtet. Darüber hinaus lehnen sie aber jegliche Verbote innerhalb der Agitation und Propaganda ab.

Völlig konträr dazu stehen die Vorstellungen des sowjetorientierten Lagers, die gemeinsam mit FİDEF die Meinung vertreten, daß eine gemeinsame Aktion nur dann sinnvoll ist, wenn die Gemeinsamkeiten anhand von einem gemeinsamen Flugblatt und gemeinsamen Lösungen und Transparenz (quasi als einheitliche Organisation) durchgeführt wird. Es ist unzweifelhaft zu erkennen, daß für die Demonstration am 12.09.81 eine solche Einigung nicht erzielt werden könnte.

Das Problem stellte sich so da, daß es galt zwischen den beiden Positionen einen Kompromiß zu finden. Der bot sich in der dritten Ansicht zur Agitprop-Frage an, die im wesentlichen von Devrimci Isci vertreten wurde. Danach sollte es kein Verbot geben, aber die Demonstration im Rahmen der gemeinsamen Forderungen, die jeder noch konkretisieren konnte, stattfinden. Hiermit blieben die Ziele der Aktion im Vordergrund und - da man sich auf gemeinsame Forderungen geeinigt hatte - war auch das Mißtrauen untereinander nicht mehr angebracht.

Es gab zunächst zwar etliche Bedenken gegen diese Formel, insbesondere durch den Vertreter der DHB, der weiterhin darauf bestand, auch die Lösung von "Sozialfaschismus" und "Sozialimperialismus" zu propagieren. Laut Forderung 4 sollte sich die Demonstration aber gegen die Hilfe des

Westens und nicht auf eine Kritik der sozialistischen Lager konzentrieren. Schließlich bekannt sich aber auch der DHB-Vertreter dazu, den Rahmen der 4 Forderungen nicht zu verlassen. Da andere Gruppen untereinander mißtrauisch über gegebene Versprechungen waren, wurde auch dieses Ergebnis in einem Protokoll festgehalten:

Unterzeichnende Organisationen und Solidaritätsstrukturen:

KB/Bunte Liste Köln/ Emekçiler Birliği/ KBW/KKDK/ISA/ SL/ KOMKAR/ PKK/ Iscinini Sesi/ Türkei-Ko. Düsseldorf/Türkei-Ko. Köln/ Devrimci Isci/ Türkei-Ko. Bonn/ Türkei-Ko. Bielefeld/ Kurtulus/ Isci Gerci/ Türkei-Ko. Aachen/ GIM/ Arbeiterinitiative Duisburg/ Türkei-Kurdistan AK Mülheim-Ruhr/Rizgari/ Türkei-Kurdistan Ko. Bochum/ Yol/ Komitee Freiheit für die Türkei/ Birlik Yolu/ KL/ Türkei-Ko. Darmstadt/ BWK/Komitee für unabhängige Gewerkschaften/Devrimci Sol/

PROTOKOLL

des 3. Vorbereitungstreffens am 1.8.81 für eine bundesweite Demonstration zum Jahrestag des Militärputsches in der Türkei

- TOP:
1. Agitations- und Propagandafreiheit
 2. Aufruf
 3. Rahmen der Demonstration (Leitung, Sicherheit)
 4. Reihenfolge

Als fünfter Punkt werden weitere Aktionsvorschläge zur Debatte gestellt. Da die Diskussion nicht zu Ende geführt werden konnte, wurde dieser Punkt vertagt.

An der Sitzung nahmen teil:

BKW, Devrimci Sol, Proleter Dayanisma, Freiheit für die Türkei, HK, DİDF, DUDAK, Iscinini Sesi, Halkin Yolu, Partizan, ATIF, Tekosin, DHB, Yol, Komitees Duisburg, Köln, Bonn, Bielefeld, Darmstadt, Mülheim-Ruhr, Rizgari, Kurtulus, Isci Gerci, KL, KB, KABB, GIM, Komkar, PKK, FİDEF, Devrimci Isci, HDF als Beobachter teil.

Die Vertreter von FİDEF konnten keine verbindlichen Zusagen machen, da sie zuvor Rücksprache halten müssen.

Komkar nahm an den Entscheidungen zu Punkt 4 als Beobachter teil.

Zu 1: Es wurde noch einmal bekräftigt, daß die an der Demonstration beteiligten Organisationen sich gegenseitig auch verbal nicht angreifen werden. Dies wurde von allen vertretenen Organisationen erklärt. Ebenso einigten sich alle darauf, daß die Agitations- und Propagandafreiheit im Rahmen der 4 zentralen Forderungen herrschen soll. Es herrschte ferner Einigkeit darüber, daß sich insbesondere Flugblätter, Transparente und Parolen auf die Ziele der Demonstration zu konzentrieren haben.

Zu 2:

Der Aufruf wird von allen in der BRD aktiv, überörtlichen Komitees zur Türkei und Türkei-Kurdistan verabschiedet. Die Komitees fungieren somit als Aufrufer, während die teilnehmenden Organisationen und solidarischen Einzelpersonen als Unterstützer aufgeführt werden. Von den Gruppen können zusätzliche Aufrufe verfaßt werden, die den Zielen der Demonstration nicht widersprechen sollen. Diese Aufrufe können mit anderen Gruppen zusammen verfaßt sein.

Zu 3:

Die Komitees bilden auf ihrem Treffen ein Sicherheitskomitee. Jede Organisation benennt einen Kontaktperson, so daß ein ständiger Informationsaustausch gewährleistet ist.

Zu 4: Über die Reihenfolge bei der Demonstration konnte keine Einigung erzielt werden. Einigkeit bestand lediglich darin, daß die Komitees zu-

sammen mit bekannten Persönlichkeiten vorne marschieren sollen. Davon die Organisationen, die sich zuvor schon zu einem Aktionsbündnis zusammengeschlossen hatten, der zweite Platz streitig gemacht wurde, mußte das Los zwischen 'verbündeten' und 'nicht-verbündeten' Gruppen entscheiden.

Mehrere Organisationen äußerten Bedenken gegen das Los-Verfahren, machten ihre Beteiligung aber nicht davon abhängig. Lediglich Komkar sah keine Möglichkeit, sich an dem Verfahren zu beteiligen, da sie eine Entscheidung bei der sie hinter den 'verbündeten' Organisation marschieren müßten, nicht akzeptieren konnte. Das Los entschied, daß die 'nicht-verbündeten' Organisationen an zweiter Stelle und die 'verbündeten' Organisationen an dritter Stelle laufen.

Wie zu sehen ist, wurden an diesem Tag auch andere Punkte behandelt. Laut Beschluß sollten also die verschiedenen in der BRD existierenden Komitees zur Demonstration aufrufen. Auch dies ist ein Zugeständnis an die Engstirnigkeit ethischer Organisationen. Als Organisationen können sie mit dem sogenannten politischen Feind keine gemeinsamen Dokumente unterschreiben, aber auf der Ebene der verschiedenen Komitees, die in praktisch allen Fällen unter dem politischen Einfluß der einzelnen Organisationen stehen, sind sie dazu in der Lage. Warum nicht gleich im eigenen Namen?

Tja, und dann sollte auf diesem Treffen noch der Knackpunkt kommen. Die Frage der Reihenfolge bei der Demonstration gehörte schon zu den formalen Problemen für das Gelingen dieser Aktion. Aber an ihr entzündeten sich die Diskussionen, die schließlich die ganzen erreichten Erfolge auf den Kopf stellen sollten und zu einem Scheitern der Verhandlungen führen sollten. Die Verhältnisse, mit der an diesem Punkt die Diskussionen geführt wurden, erweckten den Eindruck, als sollte sich hier die richtige Linie für die Revolution entscheiden. Nur naive Geister werden jedoch denken, daß ein vorderer Platz bei einer Demonstration auch gleichbedeutend mit der führenden Rolle bei der Revolution wäre.

Von diesem Gedanken waren wohl die Vorschläge getragen, die die stärksten Organisationen nach vorne haben wollten (wer über diese Stärke befinden sollte, war aber unklar). Die dafür angebotene Alternative der alphabetischen Reihenfolge eignet sich vielleicht bei verschiedenen Unterschriften, wenn Gruppen jedoch zusammen marschieren sollen, so werden einige sich besser verstehen als andere, und die sollten dann auch gemeinsam marschieren können. Dieses Prinzip wurde denn auch von allen Anwesenden geteilt. Man einigte sich auch darauf, daß die Komitees und weitere Einzelpersonen vorne weg gehen sollten.

Wer allerdings glaubte, daß sich damit schon das Problem der "Führungsrolle" erledigt hätte, sah sich getäuscht. Für die anwesenden Organisationen wurde der zweite Platz nun zum Wichtigsten. Anspruch auf diesen Platz erhob jedoch nur die Vereinigung der Gruppen mit eigener Plattform. Obwohl die anderen Gruppen nicht den gleichen Anspruch erhoben, machten sie dem sogenannten "Block" aber diesen Platz streitig. Komkar ging sogar soweit, eine Auflösung des "Blocks" zu fordern und definitiv zu erklären, daß sie auf keinen Fall hinter diesen Organisationen marschieren könnte.

Aus diesem Grunde wollte sie auch seinen Losentscheid nicht akzeptieren. Dieses Verfahren war als schlechtes aber einzige Lösung übrig geblieben, weil eine anderweitige Einigung nicht erzielt werden konnte und hierdurch wenigstens das Prinzip der Chancengleichheit gewahrt blieb. Die Forderung nach Auflösung des 'Blocks' war allerdings inzwischen vollständig indiskutabel, da zuvor dieser Punkt schon unter Beteiligung von Komkar entschieden worden war. (Bündnisse innerhalb der demonstrierenden Organisationen sind möglich).

Für das Losverfahren blieben zwei Alternativen zur Wahl. Entweder die 'verbündeten' Organisationen würden vorne laufen oder aber die Gruppen, die keinen weiteren Anspruch stellten und untereinander auch keine weiteren

Bündnisse eingegangen waren. Das Los entschied dann für die 'nicht-verbündeten' Gruppen auf den vorderen Platz. Neben Komkar hatten sich weitere 5 Gruppen gegen ein Losverfahren ausgesprochen, ihre Beteiligung an der Demonstration aber nicht vom Ergebnis des Loses abhängig gemacht. Für Komkar, deren Vertreter an diesem Tag sehr wenig Flexibilität bewies, gab es jedoch keine Möglichkeit sich dem Verfahren zu unterwerfen, da sie auf keinen Fall einen Platz hinter dem "Block" akzeptieren würden. Deshalb erklärten sie sich schließlich zu Beobachtern und versprachen, ihre mögliche Beteiligung an der Demonstration innerhalb einer Woche kundzutun. Die Komkar-Vertreter hatten leider keine Möglichkeit gesehen, von einer einmal eingenommenen starren Haltung Abstand zu nehmen.

Die Tatsache, daß sie im weiteren Verlauf nicht in der Lage waren, ihren Fehler zu korrigieren (obwohl sie ihn anderen Gruppen gegenüber zugeben haben), zeigt ferner, daß das Interesse an einer gemeinsamen Demonstration doch nicht stark genug war, um - wie die anderen auch - Zugeständnisse zu machen. Die weitere Taktik läßt sich nur umfassend als destruktiv und schädlich bezeichnen. Denn bei den folgenden Sitzungen, bei denen noch mehr als 10 Stunden aufgewendet wurden, um Komkar eine Teilnahme zu ermöglichen, brachte nur ein Ergebnis. Komkar stellte auf einmal Bedingungen, von denen sie bei den gelaufenen Verhandlungen schon Abstand genommen hatten. Das heißt nichts anderes, als die Verhandlungen in die Sackgasse zu führen. Ingeheim mögen sie die Hoffnung gehabt haben, daß eine Mehrheit der Anwesenden ihre Forderungen akzeptiert (und der sogenannte "Block" sich aus der Aktionseinheit zurückzieht), aber von einem echten Interesse an einer Einheit kann nicht mehr die Rede sein.

Die 'verbündeten' Organisationen legten auf der anderen Seite alles darauf an, nun konsequenterweise Komkar aus der Aktionseinheit herauszuhalten, wobei sie in der für die günstige Lage waren, sich auf zuvor getroffene Entscheidungen zu berufen. Anscheinend waren die Kontrahenten (insbesondere Komkar) wohl von dem unerwarteten Ereignis einer politischen Einigung so überrascht, daß sie nun andere Gründe für eine Verhinderung der Einheit vorbringen mußten. Im Endeffekt hat leider die überkommene Haltung aus der Vergangenheit gesiegt.

Zum Schluß der Verhandlungen jedenfalls war Komkar wieder soweit, daß sie einen Dialog mit ganz bestimmten Organisationen verneinten, obwohl sie stundenlang mit ihnen zusammen gesessen hatten. Dies ist schlichtweg Schwachsinn, denn für das Ergebnis ist es vollkommen gleichgültig, ob man Leute im gleichen Saal direkt anspricht oder die anwesenden Dritten gegenüber kritisiert. Einen entsprechenden Schritt nach hinten machten auch die Freunde von HK, indem sie in ihrem türkischen Organ über die Einheitsfrage referierten und dabei in alter Manier wieder gegen 'verräterische' und 'Opportunistische' Gruppen vom Leder zogen.

Für die Zukunft wird gerade an diesem Punkt noch Einiges zu lernen sein. Denn auf der einen Seite von Einheit zu reden und auf anderen Seite die möglichen Partner als 'Erzfeinde' zu beschimpfen, ist ein Verhalten, das den Widerspruch schon in sich selber trägt. Sicherlich wird niemand verlangen, daß aufgrund einer neuen geschichtlichen Situation nun plötzlich die ideologische Auseinandersetzung unter den verschiedenen Strömungen ausbleiben sollte. Aber sie sollte eben ideologisch und nicht durch Beschimpfung und andere Ausdrücke der eigenen Ohnmacht geführt werden.

Niemand wird irgend jemandem das Recht auf Abgrenzung absprechen, aber dort, wo Gemeinsamkeiten existieren, sollte man auch den Mut haben, das zuzugeben - und mehr noch, man sollte den Mut besitzen, auch gemeinsame Aktionen für gemeinsame Interessen durchzuführen. Und davon gibt es mehr als genug.

IMPRESSUM

türkei-information
Rosockerstr. 4
2 Hamburg 1

V.i.S.d.P.: Sakir Akhan
Rosockerstr. 4
2 Hamburg 1

Auflage: 10 000
Erscheinungsdatum:
23.6.1981

TÜRK-İŞ IM ABSEITS ...

Als in der Türkei am 12. September 1980 die Lichter der Freiheit ausgingen, wunderte sich der unbefangene Beobachter, daß die Türk-İş (Vereinigung der Türkischen Arbeitergewerkschaften) als einzige Gewerkschaft ihre Tätigkeit nicht einstellen mußte, während alle anderen Arbeiterorganisationen verboten wurden. Welches Interesse konnten die militärischen Machthaber daran haben, die Pforten dieser Organisation nicht zu schließen, oder anders gefragt, welche Kräfte konnten die Militärs veranlassen, auf die Schließung der Türk-İş zu verzichten. Ein Blick hinter die Kulissen dieses Gewerkschaftsverbandes schafft hier schnell Klarheit.

Im Jahre 1952 wurde die Türk-İş mit Hilfe amerikanischer Berater gegründet, und zwar direkt nach Vorbild der AFL/CIO (Sie wurde konzipiert als ein Musterbeispiel einer politisch neutralen Gewerkschaft, die streng antikommunistisch ausgerichtet ist und "über der Parteien" steht. Wie man schon vermuten kann, hatte der CIA hierbei seine Finger im Spiel. Der verantwortliche Mann für den Aufbau der Türk-İş war ein gewisser Irving Brown, seines Zeichens Europa-Repräsentant der AFL (American Federation of Labour) und führender CIA Agent für die Kontrolle des IBFG (Internationaler Bund Freier Gewerkschaften).

Der von der CIA kontrollierte Gewerkschaftsverband AFL/CIO hatte schon immer seine schmutzigen Finger im Spiel, wenn es darum ging, Streiks zu brechen oder das Vordringen des Kommunismus/Sozialismus mit gewaltsamen Mitteln zu verhindern. So war es 1949 in Frankreich und als schlimmstes Beispiel der Politik des CIA 1973 in Chile beim Sturz von Allende. In den 60er Jahren wurden von der AFL/CIO dann internationale Organisationen gegründet, wie die AFLFD (American Institute for Free Labour Development) und für den asiatischen Raum die AAFLI (Asian American Free Labour Institute). Diese waren zuständig für finanzielle Unterstützung rechter Gewerkschafter und für Seminare zu deren Ausbildung. Die Zielsetzung lautete dabei: "Kooperation zwischen Management und Gewerkschaft, Verbreitung der Philosophie vom Ende des Klassenkampfes und Verhinderung kommunistischer Infiltration und dort, wo sie besteht, sich von ihr zu befreien."

Die Türk-İş kam 1963 in die Gunst amerikanischer Unterstützung. Dabei handelte es sich sowohl um direkte finanzielle Zuwendungen als auch um Löhne und Zahlung von Reisekosten für Gewerkschaftsführer. Allein im Zeitraum von 1964-65 erhielt die Türk-İş Unterstützung in Höhe von 7,2 Mio. TL. In der Gewerkschaftszentrale arbeiteten 33 Funktionäre, die direkt aus den USA bezahlt wurden. Die Gewerkschafter der Türk-İş wurden zu Hunderten in den USA auf dort durchgeführten Seminaren ausgebildet, diese Ausbildung hatte die Funktion einer regelrechten Gehirnwäsche und somit verheerende Wirkung auf die Haltung der Gewerkschaft: Allein 91,5 % derjenigen, die an diesen Seminaren teilgenommen hatten, befanden danach nur noch die Lohnauseinandersetzungen für wichtig.

Im Jahre 1972 nahm die direkte Zusammenarbeit zwischen der Türk-İş und dem AAFLI ihren Anfang. Bei einem gemeinsamen Treffen wurden die Leitlinien der zukünftigen Politik der Türk-İş festgelegt: Dies bedeutete eine rein auf Klassenharmonie ausgerichtete Gewerkschaftspolitik. Seither fließen die Gelder der AAFLI Anlässlich des Militärputsches im Jahre 1971 war von Seiten des AAFLI kein Kommentar zu hören. Als Rechte der Arbeiter durch Verhängung des Kriegsrechtes ausgeschaltet wurden, nahm man diese Situation zum Anlaß, die Position der Türk-İş auszubauen, wobei die Stoßrichtung DISK revolutionäre Arbeiter Gewerkschafts-Vereinigung) hieß. Dieser Verband

war Ende der 60er Jahre gegründet worden und hatte vor dem Putsch vom 12. März 1971 riesige Aktionen gegen die konservative Regierung initiiert und durchgeführt. Die gute Zusammenarbeit zwischen der Türk-İş und dem CIA/AAFLI drückte sich auch in einem regen Austausch von Funktionären aus. Der jetzige Vorsitzende der Türk-İş Ibrahim Denizci, z.B. weilte im Jahre 1969 in den USA.

Die Strategie des CIA, man kann es nicht anders sagen, ist in der Gewerkschaftsbewegung der Türkei gut aufgegangen. Die Türk-İş ist zu einer Gewerkschaftsorganisation entwickelt worden, die die Arbeiter zum Maßhalten aufforderte und sie damit in ihren berechtigten Forderungen hinhält. Ebenso wehrte sie sich gegen ein antifaschistisches Bündnis und hat eine streng antikommunistische Position. Herausragendes Beispiel für die Politik der Türk-İş ist die Nichtteilnahme an den Kämpfen gegen die Sondergerichte im Jahre 1976. Diesen Kampf mußte die DISK allein durchstehen und sie tat es auch erfolgreich, danach den Worten des ehemaligen DISK-Vorsitzenden die Türkei "in ein großes Gefängnis verwandelt worden (wäre), vollgestopft mit intellektuellen Gewerkschaftlern und anderen politischen Oppositionellen."

Es liegt klar auf der Hand, warum die Militärs die Türk-İş am Leben ließen. Zum einen ist sie ein Produkt des großen Bruders Amerika, der sich schon immer gegen die Arbeiter und ihre Rechte und für das Kapital und die Militärs engagierte. Auf der anderen Seite braucht man beim jetzt laufenden Neuaufbau des Staatesystems auch für die Arbeitereliten einen zuverlässigen Partner. Und hier bietet sich die Türk-İş natürlich an als Basis für eine neuzuschaffende dem Staat und den Kapitalinteressen treu ergebene Arbeiterorganisation, in der Worte wie Klassenkampf oder Kampf für ein sozialistisches System nicht (mehr) zu hören sein werden.

Die Türk-İş im internationalen Rahmen

Das Image einer Gewerkschaft wird entscheidend mitbestimmt durch ihre Verbindungen zu Arbeiterorganisationen in anderen Ländern und durch die Mitgliedschaft in den verschiedenen internationalen Gewerkschaftsverbänden. Dies trifft natürlich auch für die Türk-İş zu. So wie die Lage sich im Augenblick darstellt, befindet sich die Türk-İş im internationalen Rahmen in einer völligen Isolation, bedingt durch ihre unlaute Politik und ihre massive Unterstützung der Militärs in der Türkei.

Da gerade auch die finanzielle Seite dieses Problems für die Türk-İş von herausragender Bedeutung

ist, besteht vielleicht eine geringe Hoffnung, daß es über den Druck aus den internationalen Verbänden möglich sein wird, die arbeiterfeindliche Politik der Türk-İş zu ändern und die fortschrittlichen Kräfte innerhalb dieser Organisation zu stützen. Doch sollte man sich hier nicht allzuviel Illusionen machen, da wie oben beschrieben, der Einfluß des CIA in der Türk-İş nach wie vor ungebrochen ist. Doch gerade das Beispiel des Arbeitsministers Side auf das wir später noch zurückkommen werden, zeigt, daß eine Einflußnahme durchaus möglich ist. Wir wollen hier kurz darstellen, wie sich die Position der Türk-İş im internationalen Rahmen verändert hat.

Der Bruch mit dem holländischen Gewerkschaftsverband

Den Auftakt zur zunehmenden Isolation der Türk-İş war der Abbruch der Beziehungen zum holländischen Gewerkschaftsverband. Am 26.3.81 war in der türkischen Tageszeitung Cumhuriyet zu lesen: "Der Generalsekretär der Türk-İş Ibrahim Denizci erklärte, daß man alle Verbindungen zum holländischen Gewerkschaftsverband abgebrochen habe."

Die holländische Organisation hatte die Türk-İş und das türkische Regime immer wieder kritisiert. Nur Ibrahim Denizci war dies aber immer einseitig gesehen. Deshalb hatte er versucht, mit dem Vorsitzenden des Verbandes W. Kok zu einer Einigung zu kommen. Das war aber gründlich gescheitert. Deshalb unternahm Denizci den Schritt, den sonst aller Wahrscheinlichkeit nach der holländische Gewerkschaftsverband selbst unternommen hätte. Auf diese Weise sah der Abbruch der Beziehungen nur etwas eleganter aus. Auf der Sitzung des Exekutivausschusses der Vereinigung Freier Asiatischer Gewerkschaften ließ Denizci wissen, daß es nicht nötig sei, daß solche Organisationen, die die wahre Lage der Türkei nicht kennen und nicht wissen wollen, die Türkei besuchen. Nur solchen Kommissionen sei seine Tür offen, die der Türk-İş und der Türkei helfen wollen und die sich bei der Rückkehr der Türkei zu Demokratie hilfreich engagieren wollen.

Dieses Statement ging klar in Richtung des holländischen Gewerkschaftsverbandes, doch außer den Vertretern der Vereinigung Freier Asiatischer Gewerkschaften, konnte er hierbei niemanden auf seiner Seite wissen.

Der Europäische Gewerkschaftsbund verweigert die Mitgliedschaft der Türk-İş

Der Antrag der Türk-İş auf Mitgliedschaft im Europäischen Gewerk-

schaftsbund wurde zunächst mit der einfachen Begründung abgelehnt, daß die Türk-İş "nicht den Richtlinien entspreche". In der späteren Zeitungsmeldung hieß es dann, daß die Türk-İş nicht zugelassen worden sei, da ihre Beziehung zur jetzigen Führung in der Türkei der allgemeinen Politik und dem Verständnis von gewerkschaftlichen Rechten der Mitgliedsverbände zuwiderlaufe.

Der Europäische Gewerkschaftsbund hatte im letzten Jahr vorgeschlagen, die Türk-İş und DISK gemeinsam aufzunehmen, doch hatte Denizci hier mit einem strikten "Nein" geantwortet. Denizci hatte sich während einer Auslandsreise mit dem Vorsitzenden des EGB getroffen, wobei dieser sich besorgt über die inhaftierten DISK Führer geäußert hatte. Auf den Wunsch des EGB eine Kommission in die Türkei zu schicken und dabei mit den inhaftierten DISK Führern zu sprechen hatte Denizci geäußert, daß die Türk-İş dabei nicht beihilflich sein könne und daß er nicht verstehen könne, wie man sich nur für die inhaftierten DISK Führer interessieren könne.

Auch in der ILO wird Widerspruch gegen die Türk-İş laut

Auch in der ILO (Internationaler Verband der Arbeit) wurde Kritik gegen die Türk-İş laut. Auf der ordentlichen Jahresversammlung der ILO in Genf, der im Juni diesen Jahres stattfand, wurde der Vollversammlung von Seiten des Weltgewerkschaftsbundes ein Antrag vorgelegt in dem die Satzung der Türk-İş kritisiert wurde und der Türk-İş das Vertretungsrecht für die Mehrheit der türkischen Arbeiter abgesprochen wurde. Allerdings wurde diese Kritik nicht angenommen und als nicht berechtigt betrachtet. Nachdem die Vollversammlung Nachforschungen über das Vertretungsrecht gemacht hatte, hieß es dann, daß die Türk-İş die Mehrheit der Arbeiter vertreten.

Der Internationale Bund Freier Gewerkschaften friert die Mitgliedschaft der Türk-İş ein

Am 1. Juli 1981 begann in Kopenhagen die Sitzung des Exekutivausschusses des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften. Und hier ging die Bombe hoch, die der Türk-İş die schwere Niederlage des Jahres bereiten sollte. Der IBFG faßte den Beschluß, die Mitgliedschaft der Türk-İş einzufrieren und verlangte von Herrn Side, der gleichzeitig das Amt des Arbeitsministers und das des Generalsekretärs der Türk-İş ausübte, eines dieser Ämter niederzulegen. Der IBFG Vorsitzende begründete den Schritt folgendermaßen: "Unsere Satzung erfordert diesen Schritt. Ich bedaure, daß wir nicht

unseren Prinzipien untreu werden können. Ich hoffe, daß man in der Türkei zur Demokratie zurückkehren wird, da bin ich sicher, dann werden die Rechte der Türk-İş, wie sie bestanden haben, wieder eingesetzt. ... Auch die Situation von Sadik Side widerspricht unserer Satzung. Er kann nicht gleichzeitig eine Aufgabe bei der Türk-İş und das Amt des Arbeitsministers innehaben. Aus diesem Grund brechen wir die Verbindung, die unser Verband mit Sadik Side hat, ab."

Das war nun zuviel für Herrn Denizci. Nachdem er zu Beginn der Versammlung noch mit schönen Worten über die Aktivitäten der Türk-İş berichtet hatte und wie sie sich für die Demokratisierung in der Türkei einsetzt, und nachdem er sogar noch um die Unterstützung des IBFG gebeten hatte, sah er sich jetzt genötigt, um zumindest etwas von seinem Gesicht zu wahren, die Versammlung unter Protest zu verlassen.

Was wird aus Sadik Side?

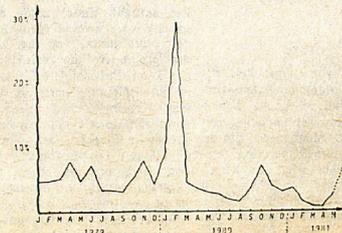
Der von der IBFG gefällte Beschluß löste in den Reihen der Türk-İş eine gehörige Unruhe aus. Bedeutet er doch auch, daß eine bedeutende Geldquelle zur Sanierung der Finanzen der Türk-İş versiegt ist. Doch Denizci und Side zeigten nach außen Stärke. Von beiden wurde in der Presse vertreten, daß nicht im geringsten daran gedacht würde, Side von seinem Amt des Generalsekretärs zu entbinden. Kurz vor der Sitzung des Exekutivausschusses der Türk-İş änderte sich der Ton jedoch ein bißchen. Es wurde davon gesprochen, Side eventuell von seinem Posten in der Gewerkschaftskonföderation zu beurlauben. Der endgültige Beschluß wurde dem Vorstand vorbehalten. In der offiziellen Erklärung zu dieser Sitzung, die am 14./15.8.81 stattfand, war von Herrn Side gar nicht mehr die Rede. Es wurde erklärt, daß der Beschluß des IBFG regelwidrig sei und nicht den Statuten entsprechen würde. Außerdem sei beschlossen worden, neue Schritte im Hinblick auf den IBFG zu unternehmen. Side bleibt also in seinen Ämtern.

Schon anlässlich der Erklärung des IBFG Vorsitzenden Otto Kersten, konnte man an der Entschlossenheit des Beschlusses zweifeln. Er bedauerte es sehr, daß man die Mitgliedschaft der Türk-İş einfrieren mußte. Auch vom IBFG ist bekannt, daß dort der CIA seine Finger im Spiel hat. Und der spielt seine Schützlinge natürlich nicht gegeneinander aus. So ist zu vermuten, daß in der Zwischenzeit hinter den Kulissen einiges Abgelaufen ist, daß der Türk-İş den Rücken stärkte und sie die Side-Frage, wie oben geschil- dert, abklären ließ. Es bleibt hier abzuwarten, was die neuen Gespräche, von denen in der Mitteilung der Türk-İş die Rede war, an den Tag ringen werden. Die konservative und CIA-gesteuerte Gewerkschaftsfamilie wird wohl bald wieder vereint sein. ●

LÜGEN HABEN KURZE BEINE ...

Nach Ansicht des Wirtschaftsexperten der Militärjunta, Turgut Özal, hat die türkische Junta

1. Die Inflation voll im Griff.
2. Dies deshalb, weil die im Januar 80 begonnene Wirtschaftspolitik ihre ersten Früchte trägt.
3. Und der Militärputsch im September 1980 war auch deshalb notwendig, um ein weiteres Davongaloppieren der Inflation zu vermeiden.



Monatliche Inflationsrate verglichen mit dem Vormonat ermittelt anhand des Großhandelspreisindex

Alle drei Aussagen sind Lügen. Die jüngst von der OECD vorgelegten Zahlen über die Inflation in der Türkei weisen dies. Um die statistische Zahlenakrobatik der Junta zu durchschauen, ist es vor allem notwendig, die Inflationsentwicklung in kürzeren Zeiträumen anzusehen. Die Zahlen der OECD geben uns dazu die Möglichkeit und es ergibt sich das folgende Bild:

In dieser Graphik ist dargestellt, wie sich die Inflationsrate seit Januar 1979 von Monat zu Monat entwickelt hat (so stiegen z.B. die Preise von Januar 1979 auf Februar 1979 um 4,7 %). Im Jahr 1980 fallen zwei Spitzenwerte auf: Von Januar auf Februar stiegen die Preise um fast 30 % (!) und von September auf Oktober um 7,1 %. Ein verblüffendes Ergebnis, wenn wir uns gleichzeitig vor Augen halten, was politisch im Januar bzw. im September 1980 geschehen ist:

Im Januar 1980 beschloß die damalige Regierung Demirel (Wirtschaftsminister war ebenfalls Özal!) ihr Sanierungsprogramm für die türkische Wirtschaft. Unter anderem sollte laut diesem Programm die Inflation energisch bekämpft werden. Und das Ergebnis: Als unmittelbare Folge dieses "Sanierungs"-Programms kletterte die Inflation auf die Rekordhöhe von fast 30 % innerhalb eines Monats. Lügen haben kurze Beine!

Im September 1980 putschten die Generäle und beschlossen, daß "Sa-

nierungs"-Programm der Demirel-Regierung noch konsequenter durchzuführen. Sie verboten Streiks, weil diese angeblich die Inflation anheizen. Und das Ergebnis: Als unmittelbare Folge dieser grundlegenden "Sanierung" kletterte die Inflationsrate von 3,5% auf 7,1% innerhalb eines Monats. Lügen haben kurze Beine!

Anfang 1981 sah es kurzfristig so aus, als habe es die Junta tatsächlich geschafft, die Inflation rigoros zu drosseln. Die monatliche Steigerung im März und April lagen mit 0,7 und 0,6% extrem niedrig. Aber diese Werte konnte die Junta nur erreichen, indem sie die türkische Wirtschaft mit dem Pleitegeier verheiratete. Und solche Raskuren helfen nur kurze Zeit: Im Mai stieg die Inflationsrate wieder auf 2,8 % an und die bisher bekannten Zahlen für Juni gehen von über 6 % aus. So steuert die türkische Wirtschaft dem nächsten Inflationsgipfel zu. Wie gehabt: Lügen haben kurze Beine!



Während die Militärjunta immer wieder neue Rekordzahlen bei der Verabschiedung neuer Gesetze erzielt, sind die Gerichte (im wesentlichen natürlich Militärgerichte) damit beschäftigt, die politischen Gegner in Schnellverfahren abzuurteilen. Allerdings haben auch die viel beschäftigten Offiziere als Richter oder Staatsanwälte eine Sommerpause eingelegt. Trotzdem ist es ihnen gelungen, nach dem 12. September 1980 schon mehr als 2.000 Menschen zu verurteilen. Die größeren Prozesse sind allerdings noch nicht abgeschlossen, so daß hier noch einiges an Brutalität in den Urteilen gegen die Opposition erwartet werden kann. Derzeit können nun die Generäle in fast 100 Fällen Todesurteile vollstrecken, wenn ihnen danach ist. Militärische, aber auch zivile Gerichte haben derartig häufig schon entsprechende Urteile gefällt.

Aufschlußreich ist auch die Tatsache, in welchen Prozessen es zu Entlassungen kam. Wir hatten über einige dieser "irrationalen, Freilassungen" berichtet: so u.a. von einem Prozess, in dem ein mit Todesstrafe Angeklagter wieder auf freien Fuß gesetzt worden war. Schon vor etlichen Monaten waren alle Vertreter der faschistischen Gewerkschaftskonföderation MISK freigelassen worden, während man die Politiker der MHP, aber auch der MSP weiter in Haft behalten hatte. Nun wurden auch Erbakan & Co. vor dem eigentlichen Beginn ihres Prozesses wieder aus der U-Haft entlassen. Bei der Beweisaufnahme hatte sich herausgestellt, daß das meiste Material nicht für eine rechtlich begründete Verurteilung ausreichte.

Während die Angehörigen der TÖB-DER und von DISK weiter in Haft bleiben, kam es in anderen Prozessen (so z.B. gegen die Organisationen Ala Rızgari und Rızgari in Diyarbakir) zu weiteren Entlassungen. Offensichtlich scheinen die Gefängnisplätze nicht mehr auszureichen. Die letzten veröffentlichten Zahlen sprechen von über 45.000 rechtskräftig verurteilten Gefangenen und 37.000 Untersuchungshäftlingen (und das bei einer Kapazität aller Gefängnisse von 35.000). Nicht zuletzt deswegen kann es sich Herr Evren jetzt leisten, von einer Verkürzung der 90-Tage Frist zu sprechen. Bei dem Besuch in Trabzon unterließ er es jedoch nicht, diesen Schritt damit zu begründen, daß nun der ausländische Druck fehle und man mit eigenem Willen an diese Entscheidung herangehen könne.

An dieser Stelle muß man sich die Frage stellen, ob eine Verkürzung dieser Frist nun wirklich bedeutet, daß in den Gefängnissen wieder humanere Bedingungen eintreten werden. Sicherlich wird den Untersuchungsbeamten die Zeit für die Folter verkürzt, aber wenn sie es als notwendig erachten sollten, jemanden über einen längeren Zeitraum auszupressen, so werden sie sich weder an eine 45-Tage, noch 90 Tage oder 7-Tage Regelung halten. Aus diesem Grunde braucht man über eine solche angebliche Liberalisierung nicht zu jubeln. Trotz der gegenteiligen Behauptung des Justachefs war der ausländische Druck mit für diese Entscheidung verantwortlich.

PROZESS GEGEN DISK

Am 25. Juni 1981 gab der Militärstaatsanwalt, Hauptman Takkeci, Auszüge aus der Anklageschrift gegen die Funktionäre der DISK bekannt. Er tat dies, obwohl offiziell noch gar keine Anklage erhoben worden war.

Damit löste er einen Sturm von internationalen Protesten aus, die sich insbesondere gegen die 52 beantragten Todesstrafen richteten. Diese Tatsache alleine zeigt, daß sich in Armeekreisen die Vertreter eines härteren Kurses durchgesetzt haben, denen sogar eine internationale Ächtung gelegen kommt, weil sie hoffen, dann nicht mehr auf Kritik von außen reagieren zu müssen. Die Anklagepunkte sind ebenfalls ein Zeichen dafür, wie in der Türkei gegen Oppositionelle vorgegangen wird.

Zitat aus infodienst Nr. 7: "Die Aktionen der DISK, die den Militärstaatsanwalt dazu veranlaßten, für 52 Gewerkschafter die Todesstrafe zu beantragen, sind laut Anklageschrift:

1. Der Versuch, unter dem Vorwand, "allgemeiner Trauertag" einen Generalstreik am 16.9. durchzuführen.
2. Einen zweiten Versuch, zur Durchführung eines Generalstreiks - unter dem Vorwand "Warnung vor dem Faschismus" gemacht zu haben;
3. Der Versuch der Arbeitsverzögerung und der Arbeitsniederlegung am 30.04.1980 im ganzen Land als ein Protest gegen das offizielle Verbot der 1. Mai-Kundgebungen.
4. Die Ausübung von Aktivitäten zur Errichtung einer marxistisch-leninistischen Herrschaft im Land.
5. Der Versuch, den Taksim-Platz in Istanbul durch eine illegale Namensänderung als 1. Mai-Platz in einen blutigen roten Platz umzuwandeln.
6. Aktionen unternommen zu haben, die unter dem Vorwand "Demokratisierungskundgebungen" zur Agitation der Volksmassen in Istanbul und anderen Städten dienen sollten.
7. Mißbrauch des Rechts auf Tarifverhandlungen, in dem sie absichtlich zugespitzt werden und der Versuch, durch dadurch entstandene Streiks den Staat ökonomisch zum Zusammenbruch zu bringen.

Der Militärstaatsanwalt fügte dazu: "Die DISK-Vorsitzenden haben dem Staat den Krieg erklärt." Deswegen gäbe es auch eine Notwendigkeit, gegen die DISK-Vorsitzenden einen Prozeß wegen Verstoßes gegen die Artikel 141 und 146 des Strafgesetzes zu führen.

In derselben Meldung heißt es weiter, daß künftig Prozesse gegen 2.000 Gewerkschafter geführt werden würden, deren Vorbereitung zur Zeit fast beendet sei."

Beispielhaft für die Strafzumessung sind die Urteile gegen Angehörige der Metallarbeitergewerkschaft Maden-Is, die auf einer Versammlung die Internationale gesungen haben sollen. Insgesamt 14 Angeklagte bekamen dafür 5 Jahre und 6 Monate Knast aufgebürdet. Im Vergleich zu anderen Prozessen müssen diese Strafen fast

POLITISCHE PROZESSE.

DATUM	NAMEN	POL.	AUSRICHTUNG	BESCHULDIGUNG	STRAFMAß
22.11.80	L. Uzel	-	-	Autoraub	16 J.
22.11.80	M. Topalar	-	-	Geldbörsenraub	22 J.
22.11.80	M. Birol	DEV-YOL	-	Mitglied u. Waffe	7 J.
17.12.80	H.H. Gül	TDKP	-	Mitgl./Parole schreiben	5 J., 2 M.
16.04.81	M. Serit	links	-	Kommunismuspropaganda	8 J.
02.05.81	E. Tuskan	links	-	Zeitungsherausgabe	14 J.
02.05.81	C. Özden	links	-	'Savas Yolu'	13 J.
16.06.81	M. Oran	links	-	24 Batterien stehlen	10 J.
09.07.81	E. Kaya	rechts	-	Mord an einem Linken	12 J.
14.07.81	Y. Dincberk	links	-	kurdische Artikel	7,5 J.

noch als milde angesehen werden, denn hier wird für reine Organisationszugehörigkeit ein Strafmaß zwischen 7 und 15 Jahren als angemessen betrachtet. Für zwei Mitglieder der Organisation Dev-Sol kamen sogar 36 Jahre Haft heraus, weil sie neben der Mitgliedschaft auch noch Spenden für die Organisation gesammelt hatten (vgl. türkei-infodienst Nr. 7).

Neben einigen kleineren Strafen hat es in den anderen Prozessen gegen Berufsverbände bislang auch noch keine abschließenden Urteile gegeben. Neben den Vertretern der Lehrervereinigung TÖB-DER warten auch Vertreter des Ingenieursverbandes auf ihre Urteile. Einigen von ihnen wird ebenso wie dem Vorstand der Dorfgenossenschaften KÖY-KOOP vorgeworfen, Mitglied in der illegalen TKP zu sein.

TKP

Gegen diese bis vor einiger Zeit aus dem Ausland operierende Organisation wurde erst im Juli der große Schlag geführt. Die Meldungen sprachen von 1.400 bis 2.000 Mitgliedern, die in einer 'Roten Laterne'-Operation festgenommen worden seien. Es wurde über Verbindungen zu ehemaligen Parlamentsabgeordneten und enorme finanzielle Unterstützung aus dem Ostblock berichtet.

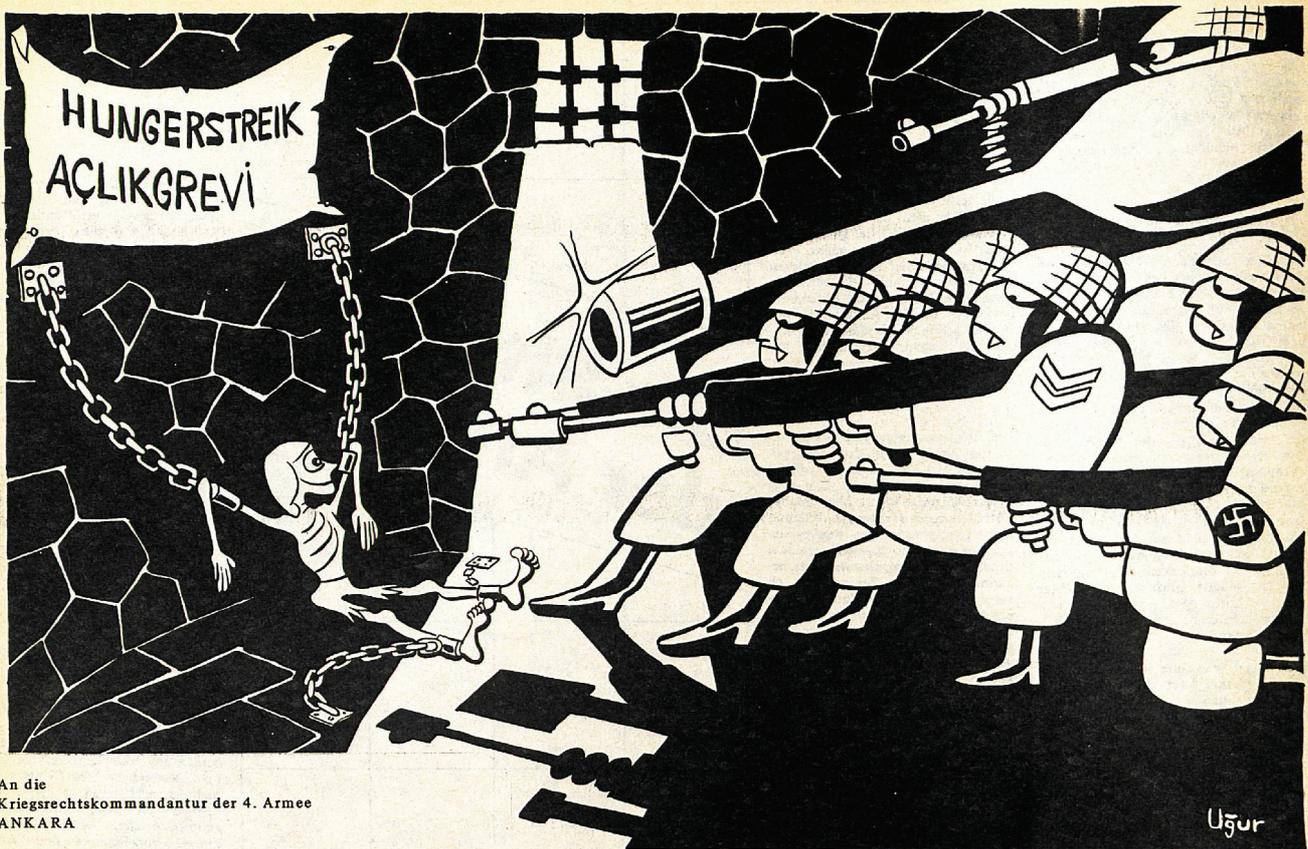
Die TKP war bis Ende der 70er Jahre praktisch nur aus dem Ausland tätig gewesen. Erst sehr spät hatte sie sich über legale Parteien und aktive Gewerkschafter einen gewissen Einfluß in der Türkei selbst erobern können. Ihren Ausweg aus der Krise sahen sie in einer Koalition der progressiven Kräfte, d.h. eine Zusammenarbeit der CHP mit der TKP (oder anders ausgedrückt der Sozialdemokraten mit den Revisionisten). Sie verlangten nach dem starken Staat, der endlich den 'Brudermord' beenden sollte. In gewisser Weise war der Putsch eine Antwort auf ihre Strategie. Deswegen hat sich die Partei auch nicht gegen den Putsch gewandt (und es ist unbestimmt, ob sie jemals eine andere Haltung einnehmen wird).

Die aktuelle Einschätzung der TKP spricht von zwei Flügeln innerhalb der Militärjunta, von der durchaus der 'progressive' die Oberhand gewinnen kann. Insbesondere General Evren ist ihrer Meinung nach ein Vertreter von fortschrittlichen Ideen. Bester Ausdruck dieser Perversion findet sich auf einem Flugblatt, auf dem Atatürk und Lenin (als historische Größen) und Evren und Breschnev (als ihre aktuellen Nachfolger) gefeiert werden. Es ist aber mehr als fraglich, ob diese Anbiederungen von der Junta irgendwann einmal belohnt werden sollten.

MSP

Gegen den Führer der klerikalen Heilspartei, Necmettin Erbakan, und seine Parteifreunde sind schon mehrere Verhandlungstage absolviert worden. Bestimmend bei der Berichterstattung war jeweils die Fadenscheinigkeit der vorgebrachten Anschuldigungen. Im wesentlichen dienten der Staatsanwaltschaft Tonbandaufnahmen als Beweismaterial dafür, daß die MSP gegen den Gedanken des Laizismus verstoßen habe. Die Qualität der Bänder war aber so schlecht, daß es den Beschuldigten nicht schwer fiel, die Authentizität der Bänder anzuzweifeln. Auch der Zusammenhang mit anderen Veranstaltungen konnten den Angeklagten nicht nachgewiesen werden.

Obwohl ihre Jugendorganisation (die Akinclar) für ihre Aggressivität bekannt waren und auch in den Reihen der gestandenen MSP-Mitglieder, der Gedanke des Scheriat's (mohamedanisches Recht) hochgehalten wurde, können die Parteichefgen sich mit diesen Strömungen verneinen. Daß man neben den MSP-Mitgliedern auch eine Reihe der Jugendvertreter wieder aus der Haft entlassen hat, zeigt, daß die Junta derzeit an einer konsequenteren Verfolgung nicht interessiert ist. Auf der einen Seite kann man davon ausgehen, daß das



An die
Kriegsrechtskommandantur der 4. Armee
ANKARA

Die unten namentlich aufgeführten Mandanten von uns haben aus verschiedenen Gründen im Militärgefängnis von Mamak ein Fasten bis zum Tode begonnen und 18 Tage so zugebracht.

Wir haben erfahren, daß nach 20 Tagen Hungerstreik keine medizinische Intervention mehr nützlich ist. Bis zum kritischen Punkt ist es noch ein Tag. Als Prozeßvertreter wünschen wir, daß eine medizinische Intervention erfolgt, damit die Todesgefahr verhindert wird und weil wir über die Untastbarkeit der Verteidigung und des Schutzes des menschlichen Lebens wissen. Auch die Wünsche der Angehörigen der Beschuldigten gehen in diese Richtung.
Hochachtungsvoll. 24.7.1981

Namen der Mandanten
(29)

Unterschriften der Anwälte
(11)

Anmerkung: Dieses Schreiben wurde zur Kenntnisnahme an den

-Nationalen Sicherheitsrat

-Anwaltskammer
-Justizministerium
-Verteidigungsministerium
-Ministerpräsidenten

geschickt.

An die
Oberärztschaft des Mevki-Krankenhauses
ANKARA

Wir haben erfahren, daß 21 unserer Mandanten, die sich mit dem Ziel der Erlangung ihrer menschlichen Lebens- und Verteidigungsrechte seit 18 Tagen im militärischen Gefängnis von Mamak im Hungerstreik befinden, in Ihr Krankenhaus gebracht wurden. Es wurden von den Gefangenen selbst im Prozeß bekundet, daß diese Aktion nicht der Schwächung des Staates dienen soll und auch keine politischen Ziele hat. Wir wissen auch, daß diese Personen eine medizinische Intervention nicht akzeptieren und sich selber dem Tode ausgesetzt haben. In der Zwischenzeit wurde uns eine Besucherlaubnis bei den Mandanten verweigert. Als Prozeßvertreter möchten wir um eine Besucherlaubnis ersuchen, bevor nicht wieder reparable Folgen eingetreten sind, damit wir sie zum Abbruch überreden können. Wir hoffen, daß Sie unter Berufung auf den Medizinereiz, als Menschen, die die Unantastbarkeit des Lebens anerkennen - auch für unsere Mandanten- sich dafür einsetzen werden, daß wir uns mit unseren Mandanten treffen können.
24.7.1981

Es folgen 7 Unterschriften von Anwälten.

-Wertmarken-

Anm.: Obwohl wir versucht haben, dieses Schreiben während der Dienststunden zu übergeben, waren wir gezwungen es mit der Post zu senden, da es nicht angenommen wurde.

Hungerstreik im Militärgefängnis Mamak in Ankara

Mehr als eine Woche dauerte es, bis die Nachricht über den Hungerstreik im Militärgefängnis MAMAK in Ankara bekannt wurde. Bis dahin waren alle Teilnehmer an dem Hungerstreik schon ordentlich durchgeprügelt, viele von ihnen halbtot ins Krankenhaus eingeliefert und allen von ihnen Besuchsverbot erteilt worden. Was war passiert?

MAMAK ist wohl das bekannteste Gefängnis der Türkei. In diesem Militärknast sitzen sehr viele der politischen Gefangenen aus den unterschiedlichsten Gruppen. In dieser Situation, wo die Aktiven außerhalb des Gefängnisses praktisch kampfunfähig waren, die meisten der führenden Köpfe entweder verhaftet oder auf der Flucht waren, schlugen die Sympathisanten von Partizan und Adiciler einen Hungerstreik vor. Sie führten als Grund an, daß außerhalb des Gefängnisses sowieso keine Aktionen mehr möglich seien und man nun aus den Gefängnissen heraus den Widerstand ankurbeln müsse.

Der Vorschlag wurde jedoch nicht von allen Gruppen mitgetragen, die zum Teil Bedenken hatten, da eine solche Aktion zu früh sei, d.h. daß es dafür derzeit noch nicht die notwendige Unterstützung von außen gebe. Trotzdem begannen die Genossen von Partizan und Adiciler ihren Hungerstreik am 6.7.81. Die Forderungen bezogen sich im wesentlichen auf die Haftbedingungen:

1. Verbesserung der Haftbedingungen
 - Verringerung der Belegungszahl (ein Bett für jeden)
 - Einstellung der Folterungen
2. Lockerung der Besuchsregelung
 - Verringerung der Kontaktentfernung auf Berührhöhe
 - längere Besuchszellen (mehr als 5 Minuten)
 - häufigere Besuchsmöglichkeiten
3. Zusätzliche Literatur (zum Atatürk-Kult)
 - Zeitungen und Zeitschriften sollen zur Verfügung gestellt werden.
4. Schluß mit dem Drill
 - keine militärische Ausbildung
 - keine morgentlichen Appells mit Singen der Nationalhymne
 - keine Zusammenlegung mit Faschisten

Bei einer Beteiligung von ca. 150 Leuten an dem Streik begann die Gefängnisleitung sofort entsprechende Repressionsmaßnahmen einzuleiten. Dazu gehörte eine sofortige Kontaktsperre, teilweise Einzelhaft und für alle Prügel durch Spezialteams, die durch die Zellen gingen. Ziel war es, den Hungerstreik zu brechen, noch bevor irgendjemand in der Außenwelt davon gehört hatte. Als jedoch die Nachricht unter den Gefangenen bekannt wurde, daß viele der Hungerstreikenden verletzt seien, traten auch andere Fraktionen - darunter DEV YOL - in einen befristeten Soli-

daritätshungerstreik. Dies war der Zeitpunkt, als es zum ersten Mal überhaupt gelang, etwas von dem Hungerstreik in der Öffentlichkeit zu erfahren.

Während im Ausland langsam auch größere Zeitungen, wie Le Monde oder The Guardian darüber berichteten, konnte man in der türkischen Presse nur zwischen den Zeilen etwas von dem Hungerstreik erfahren. In der Zeitung CUMHURİYET erschienen zweimal Nachrichten über den Prozeß gegen die Angehörigen der Adiciler. Hier hieß es dann in den Prozeßprotokollen:

Angeklagter Burhan Düzgün: "Wir befinden uns seit vier Tagen in einem Hungerstreik. Wir werden im Gefängnis gefoltert."

Der Angeklagte zeigte seinen linken und rechten Fuß. An beiden Füßen, den Gelenken, dem Knie und in beiden Händen waren Blutergüsse und düstere Stellen. B. Düzgün sagte zudem, daß er noch an verschiedenen anderen Körperteilen Folterspuren habe.

Der Angeklagte Halil Güven sagte, daß er in den Händen Spuren von Folter habe. An beiden Händen waren Rötungen zu sehen. Es sagte, daß sie sich einem Fasten bis zum Tode unterworfen hätten und das Gericht seine unabhängige Einstellung zu diesem Punkt äußern müsse.
Der Angeklagte Haydar Yilmaz: "Bezüglich der Folterungen sind auch bei mir noch Anzeichen zu erkennen. Wir haben ein Fasten bis zum Tode begonnen. Dieses Fasten wird wegen der Folterungen durchgeführt. Ich möchte, daß die notwendigen Maßnahmen getroffen werden."
(Cumhuriyet v. 18.7.1981)

Eine Woche später heißt es:
"...Der Rechtsanwalt Asim Hisil forderte die Protokollierung der Namen von den Angeklagten, die wegen ihres Fastens bis zum Tode nicht zur Verhandlung kommen konnten. ... Der Angeklagte Halil Güven teilte mit, daß den Angeklagten S. Ugur, S. Teker, H. Kircicek, B. Düzgin, und B. Balaban keine Fragen gestellt werden können, da sie wegen des Fastens bis zum Tode im Krankenhaus im Koma liegen. ..."
(Cumhuriyet, 25.7.81)

Erst Ende Juli dann konnten auch die zensierten Zeitungen in der Türkei nicht mehr schweigen. Die Nachricht vom Hungerstreik, die sogar im rechtsradikalen 'Terümden' erschien, hatte allerdings den einzigen Zweck, für eine Demobilisierung zu sorgen. Die 'frühzeitige' Berichterstattung der ausländischen Presse wurde dadurch erklärt, daß der Hungerstreik sowieso nur auf Befehl der im Ausland befindlichen Terroristen angezettelt worden sei. Weiter war dann in allen Zeitungen davon die Rede, daß die Gefangenen die zentrale Forderung nach Abschaffung des allomorgentlichen Sings der Nationalhymne in den Mittelpunkt ihres Hungerstreiks gestellt hätten; und außerdem würden Gefangene, die mit ihren Angehörigen reden könnten, den Hungerstreik abbrechen, so daß man das Ganze nicht weiter wichtig zu nehmen habe.

Trotzdem ging der Hungerstreik weiter und hatte zeitweise wenigstens 500 Teilnehmer. Über die Zahl der in Militärkrankenhäuser eingelieferten Gefangenen liegen widersprüchliche Angaben vor. Die Zahlen schwanken zwischen 50 und 350. Gewiß scheint aber zu sein, daß es bei diesen Aktionen auch Tote gegeben hat. Zwei Angehörige der Gruppe Partizan sollen bei dieser Aktion ums Leben gekommen sein, wobei nicht das Hungern, sondern die Behandlung durch das Aufsichtspersonal dafür verantwortlich ist.

Dieser Hungerstreik hat mehrere Sachen deutlich gemacht. Zunächst einmal: es gibt noch Widerstand in der Türkei. Der Kampfeswillen der Genossen ist trotz Folter, Hinrichtungen, Exekutionen und absoluter Lebensbedrohung nicht gebrochen. Dann muß man aber davon reden, daß für schlagkräftige Aktionen derzeit eine funktionierende Organisationsstruktur fehlt. Die Hungerstreikaktion hätte dann mehr Erfolg gehabt, wenn zuvor die Nachrichtenkanäle klar gewesen wären. Mit anderen Worten, nicht nur die Angehörigen und Anwälte, sondern zusätzliche Medien hätten für eine Verbreiterung der Nachricht sorgen müssen. Und als Letztes muß man feststellen, daß im Ausland (und insbesondere in der BRD) kein vernünftiges Informationsnetz existiert, daß eine rasche Verbreiterung der Nachrichten sichert. Die Türkei-Solidaritätskomitees haben bislang sicherlich wertvolle Arbeit geleistet, müssen aber noch schlagkräftiger werden, wenn in solchen Fällen eine effektive Arbeit geleistet werden soll.

Ein Brief aus "Mamak"

Am Anfang möchte ich einen kurzen Eindruck von Mamak nach dem 12. September vermitteln. Während die Bürger über Radio oder Fernsehen vom Umsturz erfuhren, informierte der Hauptmann Raci Tetik die Gefangenen von Mamak vom Umsturz, indem er vor Freude im Garten ganze Magazine in die Luft feuerte. In den folgenden Tagen wurde das gesamte Personal von Mamak ausgewechselt. Viele der Häftlinge aus den Blocks A und B wurden in die Blocks C und D verlegt. Auch bei den Gerichtsbediensteten wurden Änderungen durchgeführt. Demokratisch gesinnte Staatsanwälte wurden entweder versetzt oder aber an einen wirkungslosen Platz berodert. Zusammen mit den Zeiten für den Umschluß (zum frische Luft schnappen) wurden auch die Zeiten für Besuche verkürzt. Insbesondere im Block A begann ein militärisches Ausbildungsprogramm, das ihre ganze Zeit in Anspruch nehmen sollte. Obwohl diese Maßnahmen auch in den anderen Block durchgeführt werden, nehmen sie doch stufenweise ab und werden im Block D durch besondere Aktivitäten ersetzt (Sprachstudien, Schulfächer, Bücher über Atatürk lesen, Zeichnungen, Basteln usw.). Hier können sie etwas mehr an Zeit finden. Die Maßnahmen werden im Block A und B unendlich grob und im Block C und D weniger hart durchgeführt. Der Grund dafür liegt darin, daß sich im Block A und B die kämpferischen Kader der Organisationen befinden, während im Block C und D die Gefangenen aus dem Volk und Sympathisanten überwiegen.

Die vor dem 12. September natürliche Methode der 'Gruppenprügel' wurde aufgehoben. Dafür werden die Gefangenen zu irgend einer Tages- oder Nachtzeit einzeln zum Bad geführt. Dort müssen sie sich unterhalb der Gürtellinie entkleiden und werden nachdem sie naßgespritzt worden sind, der Bastonade unterzogen. Entlassene Leute erzählen, daß es in Mamak auf der Sicherheitsstation alle Foltermethoden außer Strom gibt. Manche Gefangene werden in Isolierhaft gesteckt und durstig und hungrig auch noch zusammengeschlagen. Die Auswahl hierfür wird durch eine Unmenge von Spitzeln im Verein mit der faschistischen Gefängnisleitung vereinbart. Später werden Gefangene, die in der Öffentlichkeit beliebt sind, durch erfundene Protokolle beschuldigt, Auseinandersetzungen provoziert zu haben. Obwohl die Vorfälle der Regel durch die Faschisten heraufbeschworen werden, sollen die Gerichte so gegen die Gefangenen vorgegangen werden. Außerdem werden sehr viele Beschuldigten erneut zur Polizei gebracht. Wenn man erneut eine Aussage eines Untersuchungshäftlings aufnehmen will, kann das nur durch die Erlaubnis des militärischen Staatsanwaltes geschehen. Trotzdem werden die Gefangenen ohne Befehl des Staatsanwalts, nur durch die Willkür der Gefängnisleitung wieder der Polizei

vorgeführt. Durch die Fertigstellung des Gebäudes vom C-Block wurde die Polizeistation jetzt auch nach Mamak geholt. Jetzt können die Stellen besser zusammenarbeiten, die für die Folter verantwortlich sind. Bis heute wurden schon sehr viele Fortschrittliche in C-5 "befragt".

Trotz all dieser Maßnahmen wurde der Hungerstreik am 4. Juli im Block A und am 7. Juli im Block B begonnen. Neben den Acilclier beteiligten sich sofort die Mitglieder von Partizan und später auch von TIKB und TKP. Dadurch stieg die Beteiligung von zunächst 45 auf 200 Leute an. Devrimci Yol beteiligte sich nicht an dem Streik, da sie behaupteten, daß bei einer gerade

erst begonnenen Verschärfung der Maßnahmen in Mamak man seine letzte Gegenwehr nicht am Anfang durchführen solle. Diese Ansicht wurde durch Halkin Kurtulus unterstützt. Es gab jedoch keinen Gruppenbeschuß, so daß sich einzelne Leute doch an dem Streik beteiligt haben. In der Zwischenzeit boykottierten die nicht am Hungerstreik beteiligten Gruppen, das Kantinensessen. Vorm Ende des Streiks, ca. eine Woche vorher, waren bei Devrimci Yol Überlegungen zu erkennen, daß man die Sache aufgrund der Vorkommnisse ausweiten könne, aber aufgrund der Wünsche der aus dem Krankenhaus Zurückkehrenden in Richtung auf Beendigung des Streiks wurden keine Schritte in diese Richtung mehr gemacht.

Während des Streiks wurden fast 100 Leute stationär behandelt und alle Besucherlaubnisse wurden aufgehoben. Zu Beginn teilten die Hungerstreikenden unter der Gefahr geprügelt zu werden, ihren Angehörigen die Lage im Innern mit. Sie wollten, daß sie eine Öffentlichkeit über die Bedingungen im Gefängnis herstellen. Während des Streiks war die Haltung der Angehörigen bemerkenswert. Alle diejenigen, für die Besuchsverbot erteilt worden war, versammelten sich im Garten, obwohl sie zum Verlassen aufgefordert worden waren. Sie fanden sich in der Folgezeit immer stärker zusammen und haben sogar Abgesandtschaften zum Kriegsrechtkommandanten geschickt. Sie setzten sich für dem Nationalen Sicherheitsrat in Cankaya nieder und wurden schließlich auch vorgelassen. Zudem mit den Angehörigen der nicht am Streik Beteiligten wurden diese Aktivitäten weitergeführt. Man hat alle möglichen Stellen, bis an beschränkt. Man wollte sich gemeinsam gegen Einmischungen der Polizei. Als einmal die Polizei einen jungen Mann forttragen wollte, haben ihn die Frauen und Mädchen wieder befreit. Mit anderen Worten, sie haben sich vollständig mit den Gefangenen solidarisiert. Dies ist in den letzten 8 Monaten in Mamak nicht mehr vorgekommen.

Fortsetzung von letzter Seite

Demokratisierung = Institutionalisierung des Faschismus

In der ganzen Zeit der Bewerbungen vom 15.07. bis zum 15.08.81 blieb die Junta stumm. Nur ein einziges Mal durchbrach der Juntachef Evren das Schweigen, als er sich in Trabzon am 24.07.81 erneut zu dem vorgeesehenen Zeitplan äußerte. Er sagte:

"Ich möchte betonen, daß wir der neuen Herrschaft, die von uns übernommene Türkei als von Anarchie und Terror gestäubert, mit einer auf einer gesunden Basis stehenden Wirtschaft und an ein demokratisch-parlamentarisches Regime gewöhnt übergeben werden. Während wir das tun, werden wir die Sachen aber nicht überstürzen und keine halben Sachen übergeben."

Ich weiß, weil ich das so sage, werden sie im Innern und Äußern und insbesondere im Ausland eine negative Propaganda beginnen. Die Verräter, die ins Ausland geflohen sind, sich dort mit solchen wie sie selber zusammen getan haben und um den Preis des Spaltens des Vaterlandes Organisationen gegründet haben, werden diesen Punkt wie alle andere Punkte benutzen. Sie werden sagen, daß wir kein Programm zur Rekonstruktion der Demokratie und keine Zeit für normale Wahlen genannt haben. Das sagen auch unsere Freunde. Unsere Antwort an sie ist folgende: Zu gegebener Zeit werden wir es erklären. Wir werden zum demokratischen parlamentarischen System zurückkehren. Aber nicht weil ihr es wollt, sondern weil es unsere Nation will. Und weil es das angemessenste Herrschaftsmodell für diese

Nation ist. Bevor nicht das erste Stockwerk eines Gebäudes fertig ist, kann man nicht mit dem zweiten anfangen. Wißt ihr, was die nur wollen? Wir geben es bekannt und sie machen ihre verräterische Pläne dementsprechend und verwirklichen, was sie wollen. Wir werden es nicht erlauben, daß sie einen solchen Plan machen.

Eine Armee, die angreifen will, wird dies natürlich nicht vor der Zeit bekanntgeben. Wir stehen einem Feind gegenüber. Wir werden den Angriffsplan jetzt noch nicht bekanntgeben. Erst wenn es an der Zeit ist, werden wir ihn bekanntgeben."

Dies waren exakt die Worte, die der Pascha Evren in Trabzon benutzte. Er bezeichnete die 'Redemokratisierung' als Angriffsplan. Wer soll denn hier angegriffen werden, fragt man sich da. Evren nennt sie die 'Feinde' ohne näher darauf einzugehen. Er hat im Augenblick nur einen Feind zu fürchten. Das sind die Feinde der Diktatur und somit Verfechter der Demokratie. Sollte also sein Angriff in Wirklichkeit auf die Demokratie und demokratische und demokratische Demokraten abzielen? Für Kenner der Lage ist dies eigentlich keine Frage. Denn von Beginn an war klar, daß dieser Putsch nur einen Zweck hatte. Er sollte den Bestrebungen nach Unabhängigkeit und Sozialismus in der Türkei ein für allemal ein Ende setzen und gegen die Interessen der Arbeiter ein Modell in der Wirtschaft durchsetzen, durch das eindeutig das Großkapital gestützt wird.

Deswegen ist jetzt schon klar, daß das Gerode von 'Demokratisierung' und 'Rückkehr zur Demokratie' nur leeres Geschwätz ist. Die ganzen Überlegungen für eine neue Verfassung, neues Wahl- und Parteiengesetz sind ausschließlich von dem Gedanken getragen, wie eine erneute Opposition im Lande verhindert werden kann. Weitere Spekulationen über die konkreten Lösungen brauchen deswegen auch nicht angestellt werden. Den Versprechungen nach wird es wieder ein Parlament geben, aber wieviel Parteien daran beteiligt sein werden, ist unbekannt. Es wird wieder eine zivile Regierung geben, aber wieviel Macht sie haben wird, ist ebenfalls unbekannt. Es soll ein Präsidialsystem a la USA oder Frankreich geben, wer aber der Chef wird, ob ein ziviler Staatspräsident oder der Generalstabschef ist ebenfalls unbekannt.

Bekannt ist aber, daß eine strenge Kontrolle in Zukunft nicht aus der Hand gegeben wird. Das durch die Junta eingerichtete Kontrollgremium für die Vereine und alle staatlichen Organisationen soll auch in Zukunft durch den Staatspräsidenten besetzt werden. Außerdem sollen auf allen beruflichen Zweigen und zu allen Interessensgebieten in Zukunft nur noch Einheitsvereine gegründet werden. Die Rechte der Arbeiter, die derzeit durch die willkürlich arbeitenden Schiedsstelle mit Füßen getreten werden, sollen auch in Zukunft stark beschnitten werden. Man hat sich zwar noch nicht geeinigt, ob es besser ist, die Türk-Is als Einheitsgewerkschaft zu deklarieren oder durch die Gründung verschiedener Gewerkschaften zu einer Zersplitterung der Arbeiterklasse beizutragen. Aber die Verhandlungen über Streikrecht und Tarifautonomie zeigen eindeutig, wohn die Bestrebungen gehen. Restriktion auf allen Ebenen, um die drastischen Programme im Auftrage des Internationalen währungsfonds und Großkapitals durchführen zu können.

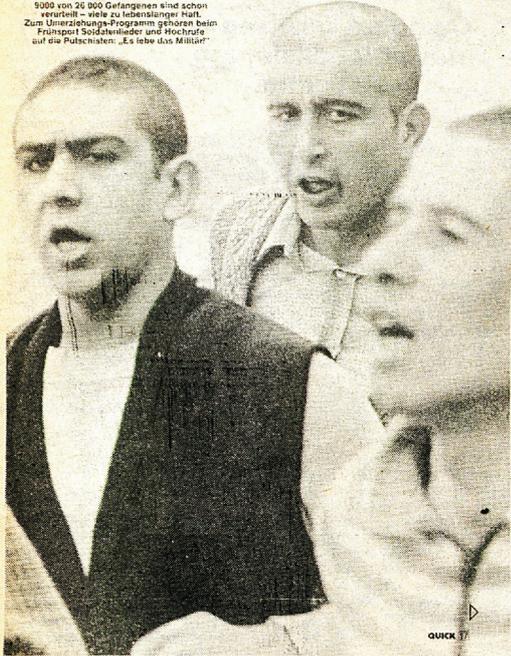
Das Modell 'Türkei' hat in Spanien schon im Februar dieses Jahres Anhänger gefunden als Mitglieder der 'Guardia Civil' einen Putsch a la Evren versuchten. Das Modell 'Türkei' hat deswegen eine enorme Bedeutung. Denn hier wird in einem in der Entwicklung zum Kapitalismus befindlichen Land versucht, eine Gewaltherrschaft des Kapitals zu errichten. Dieser FASCHISMUS VOM KOLONIALEN TYP, der nun mit der großangelegten Aktion der Generäle des 12. September endgültig installiert werden soll, könnte

dann Signalwirkung auch auf andere Länder der dritten Welt haben. Gerade aus diesem Grunde ist eine Opposition gegen die faschistische Militärdiktatur so wichtig.

Aber nicht nur die Tatsache, daß die Generäle auf irgendeine Weise wieder den Rückzug in die Kasernen antreten ist wichtig, sondern der langfristige Kampf der Massen um eine wahre Volksdemokratie muß während der Junta und ganz sicher auch noch nach der Junta geführt werden. Eine Tatsache hat sich weder vor noch nach dem Putsch geändert: DER EINZIGE WEG IST DIE REVOLUTION.

Als Sträflinge leben sie in der Hölle hinter Stacheldraht

1000 von 20 000 Gefangenen sind schon verurteilt - viele zu Lebenslange Haft. Zum Umwälzungsprogramm gehören beim Frönsset Sozialwähler und Wochenschrift auf die Putschisten. „Es lebe das Militär“



Frage: Du bist Rechtsanwalt in der Türkei, unter anderem auch politischer Gefangener, die Kurden sind. Der Hungerstreik der Gefangenen im Militärgefängnis wirft seine Schatten auf die Haftbedingungen in allen Gefängnissen dieses Landes. Seit längerem läuft in Diyarbakir im kurdischen Teil der Türkei der Militärprozess gegen die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) und am 13.7. hat der Prozess gegen die kurdische Organisation Rizgari (Befreiung) in dieser Stadt begonnen, der am 3. September fortgesetzt wird. Weitere Prozesse gegen kurdische Gruppen werden folgen. Sind die Verhältnisse im Militärgefängnis Diyarbakir mit denen von Mamak zu vergleichen?

RA: Ich hatte im Rahmen meiner beruflichen Tätigkeit die Gelegenheit, mehrere Gefängnisse der Türkei von innen zu sehen. Diyarbakir erscheint mir im Vergleich zu Mamak von den Haftbedingungen her eher noch den internationalen Bestimmungen für politische Gefangene zu widersprechen. Doch will ich zunächst etwas über die Gefangenen dort sagen...

Frage: Wieviele Gefangene sind dort untergebracht?

RA: Zur Zeit sind es etwa 3000. Ich sage etwa, weil es offizielle Zahlen nicht gibt, die genaue Auskunft geben. Zum einen liegt das daran, daß offizielle Zahlen nur nach Zugehörigkeit zu einer bestimmten politischen Gruppe gegeben werden, weil der Prozess nicht einem einzelnen Angeklagten gemacht wird, sondern der jeweiligen Organisation ein Massenprozess. Man sollte eher Schluß ziehen, daß die Anklage des Militärstaatsanwalts gegen die Ziele der Gruppe richtet, auf der Grundlage der Ausnahmeartikel 141, 142, 146 der türkischen Verfassung, auch wenn diese von der Junta mit dem Putsch vom 12. September außer Kraft gesetzt wurden. Staatsrechtlich gibt es also keine Gesetzesgrundlage für die Anklage. Die Militärs handeln hier nach ihren eigenen Gesetzen. Die Darstellung all dieser Militärprozesse in der Öffentlichkeit dient der Verteufelung dieser Organisationen und der Abschreckung von oppositioneller Tätigkeit in diesem Land überhaupt.

Die öffentliche Abstempelung lastet auf den Häftlingen und macht jede Verteidigung nach juristischen Maßstäben aussichtslos. Dies sollte ich vorausschicken, weil es nicht nur die

physischen Bedingungen der Haft sind, die im Zusammenhang mit den Prozessen gesehen werden müssen...

Frage: Wie sind die Gefangenen untergebracht?

RA: Das Gefängnis von Diyarbakir, das mit seinen fünf parallel liegenden Trakten wie eine moderne Fabrik aussieht, ist vollkommen überbelegt. Die Häftlinge sind in Gemeinschaftszellen untergebracht, die für 30 Personen gebaut sind. Jetzt hat man bis zu 60 Häftlinge hineingepfercht. Sie schlafen in Kojen, die bis zur Zahl von fünf an den Wänden hochgebaut sind.

Frage: Wie sind die sanitären Anlagen?

RA: Die Gemeinschaftszellen haben keine eigenen Toiletten. Die Gefangenen müssen jedesmal über den Korridor, um die Gemeinschafts-Toiletten zu erreichen. Die Wachmannschaften auf dem Flur greifen oft zu der Schikane, die Gefangenen in die Zelle zurückzuschicken. Außerdem ist die Anzahl der Toiletten nicht ausreichend, denn durch die Überbelegung des Gefängnisses sind mehrere Toilettenräume zu Einzelzellen umgebaut worden. Diese Einzelzellen dienen zur Unterbringung besonders wichtiger Häftlinge, wie höhere Kader kurdischer Organisationen oder als Strafzellen. Wer immer von der Wachmannschaft eines Ordnungsvorgangs beschuldigt wird, bekommt Schläge und sofern genug Einzelzellen vorhanden sind, Einzelhaft. Eine andere Methode der Disziplinierung ist, linke Häftlinge mit Faschisten zusammenzusperrn. Faschisten werden zwar nicht unbedingt besser behandelt als Linke, haben aber, allein schon durch ihre geringere Zahl, eine Sonderstellung. Linke Gefangene müssen ständig gewahrt sein, von ihnen denunziert oder ausgehört zu werden. Das Zusammenschließen von Linken und Faschisten ist deshalb besonders widerwärtig, weil vor dem Putsch etliche Genossen und Familienmitglieder heutiger linker Gefangener von Faschisten ermordet wurden. Ich erinnere mich, daß kurz nach dem Putsch in der Presse behauptet wurde, die beiden Seiten hätten in den Gefängnissen nun endlich Frieden miteinander geschlossen. Die Wahrheit ist, daß sie gegen ihren Willen in dieselben Zellen gesteckt wurden.

Der Name des Rechtsanwaltes wird hier aus Sicherheitsgründen nicht genannt.

Diese Einzelzellen sind für zwei Personen gebaut. Die Wachmannschaften stecken jetzt drei Personen hinein, so daß immer ein Häftling nicht schlafen kann. Er muß in der Ecke, vor dem Bett oder an der Zellentür, "Nachtwache halten". So nennen das die Wachsoldaten, die auch die ganze Nacht über kontrollieren, ob der Häftling sich entgegen ihrem Befehl von der Stelle gerührt hat.

Frage: Sind das Gefängniswärter?

RA: Nein, bis zum Putsch waren es einfache Soldaten, die in der Garnison von Diyarbakir ihren Militärdienst absolvierten. Das Gefängnis liegt direkt gegenüber der Garnison. Jetzt hat man sie gegen eine speziell ausgebildete Truppe aus Mamak ersetzt.

Zu ihrer Ausbildung gehörte nicht nur, wie man sich jederzeit und durch jedes Mittel Autorität bei den Häftlingen verschafft, sondern extra für ihren Einsatz im kurdischen Diyarbakir wurde ihnen beigebracht, daß sie als Türken eine den Kurden überlegene Rasse sind und die Kurden, erst recht kurdische "Separatisten", es nicht wert sind, wie Menschen behandelt zu werden. Alle linken Häftlinge in Diyarbakir sind nicht nur des Aufruhrs gegen den Staat sondern des "Versuchs der Spaltung der türkischen Nation" angeklagt, d.h. die Wachmannschaften haben gegenüber der Mehrheit der Häftlinge ein regelrecht von Haß geprägtes Verhältnis.

Die Militärverwaltung von Diyarbakir hat sich zur Verschärfung dieses Verhältnisses noch etwas Besonderes einfallen lassen. Die Wachmannschaften dürfen das Gefängnis nach Ende ihrer Schicht nicht verlassen. Sie könnten Informationen für die Gefangenen hinausschmuggeln, heißt es. Sie sind im Verwaltungsstrakt des Gefängnisses untergebracht und leben durch diese Bestimmung fast selbst wie Gefangene. Jeden Abend werden sie also durch ihr Ausgehverbot daran erinnert, daß sie wegen dieser Kurden dort sind.

Die Soldaten versuchen, Unmut an den Gefangenen auszulassen. Häftlinge der Einzelzellen müssen jedesmal die Wachen fragen, ob sie aufs Klo dürfen. Nicht nur wegen dem Mangel an Toiletten, sondern weil die Wachen den Häftling jedesmal dorthin bringen müssen, verweigern die Wachen den Häftlingen diese Erleichterung. Die Folgen sind fast unbeschreiblich. Die Häftlinge verrichten ihre Notdurft in irgendeiner Zellencke. Epidemien breiten sich in Diyarbakir aus. Viele Gefangene sind an Typhusfieber und Darmpilzen erkrankt...

Frage: Gibt es eine Krankenstation im Gefängnis?

RA: Der Grundriß des Gefängnisses sieht ein Krankenzimmer vor. Es ist jedoch seit längerem bereits zu einer Zelle umgebaut worden. Wenn ein Häftling krank wird, muß er das der Wachmannschaft melden. Da kein Arzt ins Gefängnis kommt, mußte der Gefangene ins Stadt Krankenhaus von Diyarbakir gebracht werden. Die Behandlung wird den Häftlingen jedoch so lange verweigert, bis sie bereits in Lebensgefahr schweben. Die Fälle dieser Art haben sich in letzter Zeit durch die Ausbreitung der Epidemien gehäuft, da auch die Waschgelegenheit, ein normales Hamam (türkisches Bad) von allen gemeinsam benutzt, durch die Überbelegung nicht in ausreichendem Maße zur Gesunderhaltung der Häftlinge ausreicht. Der harte Drill, die ständigen Schläge und vor allem die geringe Essenszuflutung zehren an den Widerstandskräften der Gefangenen...

Interview

Frage: Wie sieht der Tagesablauf der Gefangenen aus?

RA: Um sechs wird geweckt. Ohne Frühstück geht es in den Hof zu Lauf-, Spring-, Roll- und Robbübungen. Dazwischen wird marschiert, im Paradeschritt, wobei die Knie weit hoch gehoben werden müssen. Während des Marschierens müssen die Häftlinge Marsch- und Kampflieder brüllen. Sie sollen der Bildung nationaler Gesinnung dienen. Ein Beispiel: "Wir kommen aus einer Rasse, die den Donner erfunden hat. Wir kommen aus einer Geschichte, die voller Wolkenbrüche ist. Wir gründeten diese Republik mit Blut und Wissenschaft. Lang lebe die Kadettenschule. Deine Stärke kann nie zerstört werden. Eine Stimme vom Himmel sagt: Du bist die Sinne über türkischer Erde, die nie untergeht."

Ein besonderer Spaß für die Offiziere, die den Drill befehlen, ist es, die Häftlinge Sextlieder singen zu lassen. Zum Frühstück müssen sich 10 Gefangene die Ration von sechs Häftlingen teilen. Dies gilt auch fürs Mittag- und Abendessen. Die Gefangenen werden systematisch hungriig gehalten, um ihren körperlichen Zustand zu schwächen. Als sich ein Häftling beim PKK-Prozess über die schlechte Ernährung beklagte, weil er dadurch zu schwach wurde, um dem Prozeßverlauf richtig zu folgen, fuhr ihn der Richter an: "Du wirst vom türkischen Staat ernährt und der türkische Staat weiß, wieviele Kalorien Du am Tag brauchst." Der militärische Drill wird mit einem Unterricht über die Prinzipien Atatürks abgewechselt. Ich nenne einige Beispiele, um deutlich zu machen, wie Gefangene, die entweder für Sozialismus und Demokratie und/oder sogar darüberhinaus noch gegen die besondere Unterdrückung der Kurden in diesem Land gekämpft haben, von diesem Unterricht absichtlich in ihren Gefühlen und Zielen getroffen werden sollen.

Das Militär gab nach dem Putsch ein Buch mit einer Sammlung von Atatürk-Aussprüchen heraus: "Die Türkei ist ein unteilbares Ganzes", "Die vornehmste Aufgabe ist, die Nation gegen äußere und innere Feinde zu verteidigen", "Ein Türke weigt die ganze Welt auf", "Es gibt nichts Schöneres, als sich Türke zu nennen", "Die Armee ist die Säule der Nation". Bei diesem Unterricht ist es den Gefangenen bei Schlägen und anderen Strafen verboten, miteinander zu sprechen, aufzustehen, sich umzudrehen oder auf die Toilette zu gehen. Wer vor Schwäche einschläft, wird mit Schlägen wieder in seine richtige Haltung befördert.

So geht das den ganzen Tag. Als ich einmal mittags einen Mandantenbesuch gemacht habe, hörte ich, wie die Häftlinge im Hof zwischen den Trakten rennen mußten. Es war sehr heiß. In Diyarbakir kann das Thermometer im Sommer bis über 50 Grad klettern. Die Häftlinge wurden immer wieder von dem befehlenden Offizier und den wachhabenden Soldaten von einem Ende des Hofes zum anderen getrieben. Der Boden des Hofes ist aus Beton. Mehrmals habe ich das Klatschen von Schlägen auf die Körper der Häftlinge gehört.

Frage: Haben die Gefangenen Schuhe an?

RA: Bei meinen Mandantenbesuchen, die in einem Extra-Raum stattfinden, hatten sie immer Schuhe an. Fragen, ob sie auch während des Drills Schuhe tragen, konnte ich nicht, denn bevor mein Mandant geantwortet hätte, wäre er von den beitzenden Soldaten geschlagen worden. Vom Gefängnisdirektor, ebenfalls ein Offizier, wurde uns strikt untersagt, Fragen über den Zustand der Gefangenen oder etwas, was sich innerhalb des Gefängnisses

abspielt, zu stellen. Das meist habe ich von entlassenen Häftlingen erfahren, einiges, wenn die beitzenden Soldaten gerade nicht hingehört haben und mein Mandant es versteckt ausgedrückt hat.

Frage: Wie oft kannst Du Besuche machen?

RA: Nicht öfter als dreimal die Woche, auch nicht vor oder während des Prozesses. Jeder Besuch dauert in Diyarbakir nicht länger als 5 Minuten. In Mamak sind immerhin 15 Minuten genehmigt, was natürlich auch viel zu kurz ist. Es ist mir oft passiert, daß die Soldaten nach 3 Minuten gesagt haben: "Es ist genug" und meinen Mandanten wieder hinausgeführt haben. Ich kann kaum die dringenden formalen Angelegenheiten besprechen. Vollkommen unmöglich ist es, gemeinsam die Prozeßdokumente durchzugehen und über das geschickteste Verfahren zu diskutieren. Mein Mandant kann mir noch nicht einmal bestimmte Sachen im Vertrauen sagen, die ich für eine Durchkreuzung der Anklage taktik brauche, weil er zwischen zwei Soldaten sitzt und zwischen ihm und mir eine Gitterwand ist. Vorbeugen würde sofort Schläge und den Abbruch des Besuchs bedeuten. Irgendwas zustecken kann weder er mir noch ich ihm.

Wie können sich die Gefangenen selbst vorbereiten?

RA: Bereits der Tagesablauf, wie ich ihn geschildert habe, läßt kaum Zeit und erst recht keine konzentrierte Ruhe übrig. Durch den Drill und die nationalstische Gehirnwäsche sollen die Gefangenen selbst am Denken gehindert werden. Sie bekommen zwar die Anklageschrift, da es meist Massenprozesse sind, werden nur wenige Kopien derselben Anklageschrift an viele ausgeteilt, so daß die Häftlinge sie untereinander für nur kurze Zeit austauschen müssen.

Da die Prozesse Wochen, wenn nicht Monate dauern, wäre es gut, wenn nicht nur die Rechtsanwälte die Dokumente der vorangegangenen Gerichtssitzungen bekommen würden, weil auch das Erinnerungsvermögen der Angeklagten durch die Haftbedingungen mehr und mehr nachläßt. Sie bekommen jedoch nicht mehr als die Anklageschrift. Da sie wieder Papier, Bleistifte noch Rechtsliteratur bekommen dürfen, ja was bleibt da noch an Möglichkeiten der Prozeßvorbereitung? Und Widerstand, um diese Bedingungen zu verbessern? Zu Beginn ihrer Haft haben etliche Mitglieder der PKK sich noch geweigert, Befehle Folge zu leisten beim Drill, oder an dem Unterricht teilzunehmen. Sie sind so sehr und fortlaufend mißhandelt worden und durch Hunger, Krankheit und Schlaflosigkeit geschwächt, daß ich die meisten bei den Prozeßterminen nur noch als apathische Leiber erleben konnte. Ich erinnere mich an den Fall eines Angeklagten, dem der Richter befahl, aufzustehen. Der Angeklagte sagte nur: "Entschuldigen Sie, ich kann mich nicht auf den Beinen halten. Ich bin froh, daß ich noch lebe." Ich meine das ist tägliche Folter, um ihre Willenskraft zu brechen.

FRAGE: Die türkische Junta hat vor kurzem ein neues Gesetz erlassen, das der Polizei erlaubt, Verhaftete, die bereits von ihnen verhört worden sind, nach ihrer Inhaftierung, also wenn die Gefangenen dem Zugriff der Polizei entzogen sind, wieder zu Verhören abzuholen. Wie wirkt sich das auf die Häftlinge und den Prozeßverlauf aus?

RA: Ja, die Polizei kann einen Antrag an den Militärstaatsanwalt stellen, einen Gefangenen erneut zu verhören. Wenn der Staatsanwalt das für nötig und berechtigt hält, stimmt er zu. Im Gegensatz zu

mit einem Rechtsanwalt kurdischer Gefangener

Istanbul und Ankara, wo die Untersuchungsgefängnisse der Polizei getrennte Einrichtungen von den Militärgefängnissen und -gerichten sind, liegt beides in Diyarbakir zusammen. Links an der Straße nach Urfa ist das Gefängnis, rechts die Garnison. In der Garnison liegen die Gebäude der Polizei und des Geheimdienstes. Zuständig für alles zusammen ist der Kriegrechtskommandant der Region Diyarbakir. Für die Häftlinge ist das neue Gesetz sehr schlimm. Waren sie bisher im Gefängnis vor der Folter durch die Polizei sicher und konnten sich darauf konzentrieren, die Haftbedingungen zu ertragen, so leben sie jetzt wieder in der Furcht, noch einmal und vielleicht noch mehrere Male abgeholt zu werden...

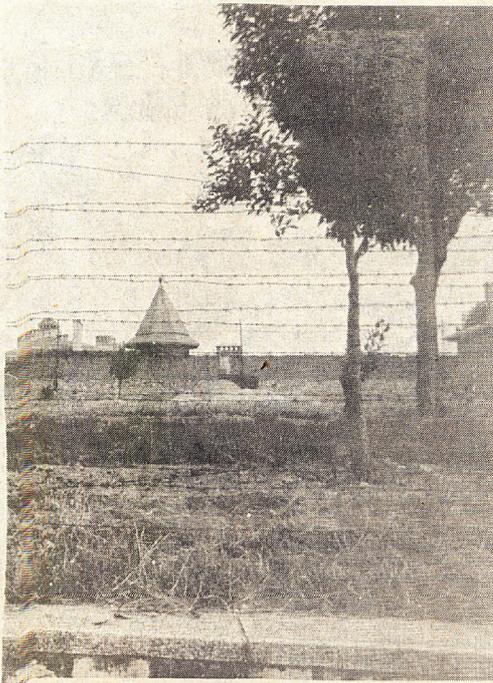
FRAGE: Was heißt Folter?

RA: Was das heißt?... Das heißt, wenn eine verhaftete Person nicht geständig ist oder wenn nichts zu gestehen ist, sie nicht das sagt, was die Verhörspezialisten der Polizei wissen wollen, auch wenn sie dabei ständig beleidigt und geschlagen werden meist auf den Kopf, dann werden intensivere Mittel angewendet.... Die verhaftete Person wird an den Armen oder Händen aufgehängt, am Kopf wird eine Kathode durch die Schädeldecke gestossen und Strom eingeleitet. Das wird abwechselnd auch an anderen Körperteilen gemacht. So z.B. an den Schläfen, auf dem Handrücken, an der Zungenspitze, an den Genitalien, am After usw. Diese Spezialisten nehmen Stöcke und vergewaltigen die Häftlinge damit, indem sie sie in den After oder in die Vagina stoßen. Häftlinge werden manchmal bis zu mehreren Tagen in stießendes Wasser gelegt, bis sie keine Körperfunktionen mehr spüren und ihnen die Glieder absterben.

Um die Verhafteten völlig fertig zu machen, haben sich die Folterspezialisten noch etwas neues eingefallen lassen. Nachdem sie mit ihnen all das vorher Beschriebene gemacht haben, wobei ich noch die Bastonade, die "falakka" vergessen habe, das Schlagen auf die Fußsohlen, wobei die Knöchel einen aufklappbaren Holz- oder Eisenbalken mit runden Aussparungen festgebunden werden oder zwischen die Rückenlehne eines Stuhles geklemmt werden. Nach dem sie all das bereits ausprobiert haben, sagen sie den Verhafteten, daß sie jetzt erschossen werden. Sie werden an einen anderen Ort gebracht. Die Augen sind ihnen sowieso während aller Verhöre, egal welcher Art verbunden, damit sie die Folterer später nicht wiedererkennen können. Dann wird auf sie geschossen, entweder an ihnen vorbei oder mit Platzpatronen. Oder es wird ihnen gesagt, daß sie jetzt gehängt werden. Ihnen wird eine Schlingengasse umgelegt, sie müssen auf einen Stuhl steigen und die Schlinge wird so befestigt, daß die Nackenwirbel nicht brechen, wenn der Stuhl umgestoßen wird... Ich bin kein Mediziner, aber all diese Verletzungen haben z. Teil unwiederherstellbare Schäden bei den Gefolterten hinterlassen, wie Impotenz, beschädigte innere Organe und in den meisten Fällen psychische Schäden wie Gefühlslosigkeit, schwere Depressionen und erheblicher Gedächtnisschwund, von Verfolgungsangst, ständigem Schreien im Schlaf usw. gar nicht zu reden....

FRAGE: Wie werden die Gefangenen während des Prozesses behandelt?

RA: Ich will mit dem Weg vom Gefängnis zum Gerichtsgebäude beginnen. Der Weg ist nicht weit, vielleicht 1 km weil alles so eng zusammen liegt. Dennoch werden die Gefangenen schlimmer transportiert, als man das mit Schafen macht. Ich habe selbst mit eigenen Augen ansehen müssen, wie Angeklagte des



PKK-Prozesses verladen wurden. Die Armee hat einen Spezialtransporter, einen LKW mit einem Ladekasten aus Stahlplatten. Dieser Kasten ist so heiß durch die Sonnenstrahlung - es waren 45 Grad C - daß man ihn nicht anfassen kann. Außer einem Loch vorne zum Fahrerhaus, daß kleiner ist, als ein Kinderkopf gibt es keine Öffnung in diesen Stahlplatten, keine Löcher und kein Schlitz, wenn die Türen geschlossen sind. Die Gefangenen wurden hineingepfercht bis der Kasten voll war und gedrückt worden wären. So fuhr der LKW über die steinige Abfahrt der schlechte Asphaltstraßen bis zur Garnison. Als vor dem Militärgericht die Tür geöffnet wurden, fielen die ersten Häftlinge heraus. Im Inneren des Kastens waren mehrere von ihnen ohnmächtig geworden. Die Fahrt dauerte vielleicht fünf Minuten.

Im Gerichtssaal sitzen die Angeklagten getrennt von Rechtsanwälten, eng auf mehreren Bänken, umringt von Soldaten. Sie dürfen nicht miteinander, auch nicht mit den Rechtsanwälten reden. Überhaupt kein Kontakt ist erlaubt, auch keine Gesten oder Handzeichen. Als ich einmal während einer Sitzungspause den Gang zwischen den Bänken der Rechtsanwälte und der Angeklagten entlang zur Tür ging, habe ich einem der Angeklagten aufmunternd zugeblinzelt. Ein Soldat, an dem ich vorbeifußte, sah das und herrschte mich an: "Was soll das. Du bist nicht hier, um schöne Augen zu machen, verschwinde!"

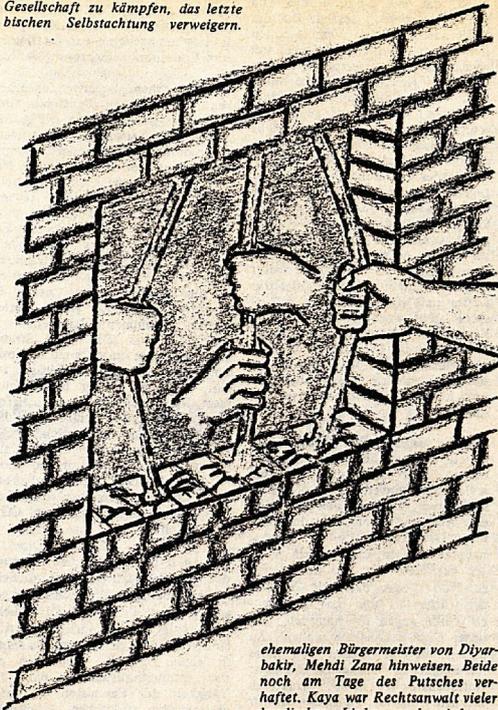
Wann Pause oder Ende der Sitzung ist, entscheidet der Militärrichter. Weder Angeklagte noch Rechtsanwälte haben dabei etwas mitzureden. Die Angeklagten dürfen auch während der Pausen ihre Plätze nicht verlassen, auch nicht um auf die Toilette zu gehen. Da ein Mensch zwar in der Lage ist, den Urin für einige Stunden zu halten vor allem ganzen Tag zu halten vor allem wenn er eine Entzündung der Darm- und Harnwege hat, bleibt den Angeklagten nichts weiter übrig, als dort wo sie sitzen, Wasser zu lassen und sich in die Hosen zu machen. Ich glaube es gibt nichts entwürdigenderes als eines Menschen, der sowieso entgegen seinem eigenen Rechtsempfinden auf der Anklagebank

sitzt, in der Öffentlichkeit eines Gerichtssaals und zudem im Scheinwerferlicht des anwesenden Fernsehens zu zwingen, heimlich seine Notdurft zu verrichten. Diese Militärjustiz will Menschen, die stolz auf sich waren, für eine bessere Gesellschaft zu kämpfen, das letzte bische Selbstachtung verweigern.

haben die meisten Mitglieder kurdischer Organisationen weder die Universität, noch das Gymnasium, ja manchmal nicht die Mittelschule besucht. Sie müssen zwar in der Grundschule türkisch lernen, bleiben sie jedoch in ihrem Heimatdorf oder in Kleinstädten der kurdischen Gebiete im Osten der Türkei, dann bleibt türkisch für sie eine Fremdsprache, die sie nur gegenüber der Polizei, dem Militär und zivilen Behörden gebrauchen müssen. In den kurdischen Organisationen wurde selbstverständlich kurdisch gesprochen, wenn auch Ausdrücke politischer Zusammenhänge entweder türkische oder dieselben Fremdwörter wie Türkischen sind.

Ich erinnere mich an einen Fall, wo ein Angeklagter des PKK-Prozesses bereits bei der Erklärung zur Person in kargem falschen Türkisch darauf hin wies, daß dieser Sprache nicht mächtig ist und trotz aller Befehle, Beschimpfungen, Tricks und Drohungen seitens des Militärrichters immer nur sagte: "Ich verstehe nichts, ich will Übersetzer!" Im Türkischen sind das drei Worte. Nach einem regelrechten Affentanz bekam er den Übersetzer. Das war ein Soldat, der selbst kurdischer Herkunft war. Seit diesem Fall halten sich die Militärrichter mit diesen peinlichen nationalen Zwischenfällen nicht mehr so lange auf, sondern befahlen einem anwesenden Soldaten zu übersetzen. Staatlich anerkannte Übersetzer für das Kurdische gibt es nicht, weil das Kurdische vom Staat nicht anerkannt wird.

Davon sind allein über 1500 Mitglieder der PKK. An prominenten Gefangenen will ich auf den Rechtsanwalt Serafettin Kaya und den



FRAGE: Wie wird mit Kurden verfahren, die nicht genügend türkisch können, um ihre Sache im eigenen Sinne zu vertreten?

RA: Dieses Problem ist ein besonderes in Diyarbakir. Alle bisherigen laufenden Prozesse sind gegen Kurden. Im Gegensatz zu den meisten Organisationen der türkischen Linken in denen auch viele Kurden Mitglieder waren, sofern sie außerhalb der kurdischen Gebiete aktiv waren,

Die Behinderung der Verteidigung beginnt eigentlich schon an dem Punkt, wo der Inhaftierte einen Anwalt sucht. Da er weder telefonieren noch schreiben darf und ein Rechtsanwalt, der von seiner Inhaftierung gehört hat und ihn verteidigen will ihn nicht besuchen kann, solange er keine Vollmacht des Inhaftierten hat, ihn zu verteidigen, bleiben viele Inhaftierte lange ohne Verteidiger. Nur über Verwandte, einmal pro Woche ein Besuch erlaubt wird, kann dieser erste Schritt zur Verteidigung überhaupt gemacht werden. Die Verweigerung einer Besuchsgenehmigung selbst bei Vorlage einer Vollmacht ist die nächste Art der Behinderung. Eine solche Verweigerung kann u.U. auch für den Verteidiger zur Gefährdung werden. Ein Kollege von mir hatte einen Gefangenen gefragt, was ihm passiert sei, weil er einen Verbannt um den Kopf hatte. Der anwesende Soldat trug es zum Offizier, der meinen Kollegen beim nächsten Besuch die Verweigerung des Besuchs androhte, wenn er noch einmal solche Fragen stelle. Mein Kollege antwortete, daß er als sein Verteidiger natürlich nach dem Befinden seines Mandanten fragen muß, wenn er ihn in einem solchen Zustand sieht. Daraufhin verweigerte ihm der Offizier den Besuch. Nun hatte der Mandant meines Kollegen sein Zellenfenster zum Gefängnisgang hin und konnte ihn sehen, wie er das Gefängnis verließ. Er rief meinem Kollegen zu, warum er ihn nicht besuche. Mein Kollege rief kurz zurück, warum und dabei durch die Stacheldrahtsperrn am Eingang. Der wachhabende Soldat fing an, meinen Kollegen anzusprechen, daß es verboten sei von außen Gefangenen zuzurufen. Mein Kollege sagte nichts mehr und wollte weitergehen. Weil der Gefangene jedoch mit der kurzen Begründung nicht zufrieden war, die ihm mein Kollege zugerufen hatte, rief er weiter aus dem Zellenfenster hinter meinem Kollegen her. Der Soldat geriet außer sich und schoß in die Luft. Durch die Schüsse angelockt kam der Offizier herausgelaufen, der die ganze Geschichte angeführt hatte. Aber anstatt wie mein Kollege erwartet hatte, den Soldaten zurechtzuweisen, zog der Offizier seine Waffe und richtete sie direkt auf meinen Kollegen mit der Drohung "wenn sie hier Aufruhr machen, erschüsse ich Sie sofort" Glücklicherweise hielt schon der Freund meines Kollegen neben ihm, der mit dem Auto auf ihn gewartet hatte und meine Kollege konnte sich in Sicherheit bringen. Meine Kollegen und ich sehen sich häufig Verfolgungen ausgesetzt, die direkt unsere Arbeit behindern. So sind mir nicht nur einmal Prozeßunterlagen von Soldaten bei einer der häufigen Hausdurchsuchungen in meinem Wohnviertel nach dem Putsch beschlagnahmt worden, weil sie den Namen der linken Organisation auf den Dokumenten lasen, gegen die der Prozeß geführt wurde. Sie behaupteten schlichtweg, die Papiere seien deshalb Propagandamaterial. In einem dieser Durchsuchungsfälle wurde ich sogar für mehrere Tage verhaftet und erst freigelassen, nachdem der Militärrichter ernsthaft nachgeforscht hat, ob gegen mich nichts vorliege. Daß diese Erfahrungen, die sich herumsprechen, nicht gerade behilflich sind, daß Anwälte sich zur Verteidigung Angeklagter linker Organisationen bereiterklären, ist eine bittere Tatsache. So haben die

ehemaligen Bürgermeister von Diyarbakir, Mehdi Zana hinweisen. Beide noch am Tage des Putsches verhaftet. Kaya war Rechtsanwalt vieler kurdischer Linker und wird aus diesem Grund angeklagt. Um mit diesem Fall nicht soviel Aufsehen zu erregen, haben ihn die Militärs in den Prozeß gegen "Risgari" untergemischt, ein Massenprozeß wie alle anderen. Als Vorwand wird die Freundschaft zu Rusan Arslan konstruiert, dem Herausgeber der Zeitung "Risgari". Mehdi Zana war einer der wenigen linken Bürgermeister in der Türkei. Vor kurzem hat der Internationale Städte-Tag ihn zu seinem Ehrenmitglied ernannt.

Aktivitäten der Faschisten in der BRD



'Grauer Wolf' ist in letzter Zeit in der Bundesrepublik ein bekannter Begriff geworden. Ihr Terror sowohl in der Türkei als auch in Westeuropa ist ein Markenzeichen von ihnen. In den letzten Jahren sind diesem Terror einige Tausend andersdenkende zum Opfer gefallen. Wer sind diese Grauen Wölfe, wer sind diese türkischen Faschisten, was machen sie in Westeuropa, zu welchen Gruppierungen haben sie hier Kontakt, welche Ziele haben sie in der BRD? Diese Fragen müssen einmal beantwortet werden, um ihre Aktivitäten aufzudecken. Die türkischen Faschisten sind Mitglieder der faschistischen MHP (Nationale Bewegungspartei). Sie propagieren die Ideen des Faschismus mit den Begriffen Nationalismus, Großtürkisches Reich, Antikommunismus und Antisemitismus. Die Verfassungsschützer wissen, daß MHP und damit offen 'faschistisch' genannt werden können.

Der Name 'Grauer Wolf' stammt von einer Sage in der türkischen Geschichte. Ein grauer Wolf soll damals den türkischen Kriegern den Weg aus unwegsamem Gebirge nach Kleinasien geführt haben. Bei Alp Arslan Türke, Führer der MHP, steht über den Grauen Wolf geschrieben: 'Der graue Wolf hat den türkischen Krieger den Weg nach Kleinasien gezeigt. 'Graue Wölfe' treten für die Ziele der Nationalistischen Bewegung ein. Und für die Propagierung der faschistischen Ideologie hier einige Zitate vom obengenannten A. Türke: 'Die geistigen und körperlichen Eigenschaften der Menschen sind verschieden. Viele große Gelehrte haben festgestellt, daß der türkische Stamm ein wertvoller Stamm ist. Das Türkentum ist von Religion und Rasse geschaffen. Die Rassen und Religion hat Gott gegeben und die türkische Rasse ist wertvoller als alle anderen Rassen'.

Die 'Grauen Wölfe' sind Ende der 60 er Jahre in der BRD entstanden. Sie fanden in der Unzufriedenheit der türkischen Arbeitnehmer durch Diskriminierung jeder Art einen ergiebigen Nährboden für ihre Tätigkeit. Hinter Kultur-, Idealisten- und Islamvereinen versteckt versuchten sie die Probleme der Arbeiter für ihre politischen Ziele auszunutzen. Ihre Politik mußte dazu führen, daß sie von der deutschen Gesellschaft ausgedostert wurden und sich eine Gegenöffentlichkeit bildete. Durch diese Öffentlichkeit wurden sie gezwungen, sich hinter sozialen und kulturellen Tätigkeiten zu verstecken. Religion wurde als Propagandamittel eingesetzt. Durch ihre Islampropaganda konnten sie breitere Massen erreichen.

Weshalb schließen sich türkische Arbeiter faschistischen Organisationen an? Als erstes muß das Bedürfnis der türkischen Arbeiter gesehen werden, die Identität auch in einem fremden Land zu bewahren.

Der zweite Fehler ist der Glaube der türkischen Arbeiter. Die faschistischen Organisationen knüpfen an den islamischen Glauben der türkischen Arbeiter an. Alle anderen wurden als Ungläubige bezeichnet. Das ist für die Türken, die streng gläubig sind, sehr wichtig, und sie unterstützen solche Ideologien, die den Islam in den Vordergrund stellen, wie die Faschisten. Ein dritter Fehler ist die Leichtgläubigkeit der religiösen Türken, die die Ziele der Faschisten nicht sehen können. Ein vierter und wichtiger Fehler sind die Koranschulen, in denen die Schüler außer dem Islam in der faschistischen Ideologie unterrichtet werden.

Die Ziele der Faschisten bestehen darin, daß sie auf kulturelle und soziale Tätigkeiten setzen. Die der MHP nachstehenden Vereine sollen sich besser zusammenschließen, um gegen die Feinde besser anzukämpfen. Der Kampf gegen die linke soll besser durchdacht werden, dabei darf der Kampf gegen den internationalen Kommunismus nicht vernachlässigt werden, um Verständnis bei der deutschen Öffentlichkeit zu finden. Durch ihren Kampf gegen die Linke wurden sie in der BRD bekannt. Was sie gegen türkische Sozialdemokraten, Linke, praktizieren, tritt gar nicht zutage, bis auf einige Ausnahmen wie zum Beispiel die Morde an Neset Danis, Mehmet Yavuz, Celalettin Kesim und Katip Saltan. Die Tatsache sieht so aus, daß türkische Faschisten Andersdenkende durch Telefonterror, Erpressung, Zusammenlagen mit Stöcken und Eisenstangen, schießen aus Autos und werfen von Brandbomben, terrorisieren.

Daß die faschistischen 'Grauen Wölfe' ein Ablegen der ebenso faschistischen MHP sind, geht aus der rechtskonservativen Zeitungsterminen hervor, die sagt, daß die MHP eine Auslandsvertretung in der BRD hat. Die Türk-Föderation behauptet dagegen, daß sie kein Ableger der MHP ist, daß der 'Grauer Wolf' das nationale Symbol der Türken ist und daß die Grauen Wölfe gegen die kämpfen, 'die unser Land zerstückeln wollen'. Zu diesem 'Kampf' haben sich diese Vereinigungen zusammenschlossen: Nationalistische Front, Türkische Idealistenvereine, Türkische Kultur- und Solidaritätsvereine in der BRD Junge Idealisten, sowie Verein zur Befreiung des Kommunismus. Ihre Kampfpapieren sehen dementsprechend aus: 'Vereint euch gegen Türkenfeinde, gegen die gottlosen Kommunisten, Kommunisten, die man zertreten muß, wo sie gesehen werden!'. 'Wir müssen überall, auch in der BRD, unseren blutigen Kampf weiterführen!'. 'Der Kampf gegen Kommunismus, Sozialismus und Demokratie muß auch auf dem Boden der BRD geführt werden!'



Dieser Kampf wird durch türkische faschistische Kader angeführt, die trotz Anwerbestopp mit Hilfe einiger deutscher Gesinnungsgenossen angefordert werden und hier Aufenthaltserlaubnis bekommen, wie zum Beispiel der frühere MHP-Vorstandsvorsitzende in Sisi (Stadtteil von Istanbul) und jetzige Vorsitzende der Türk-Föderation, Serdar Celbi, der in der Türkei ein gesuchter Faschist ist, und sein Vorgänger Lokman Kundaki. Wie der Kampf durchgeführt wird, trat in Frankfurt hervor, wo der Vorsitzende des Faschistenvereins als dringender Tatverdächtiger wie überall auf drei Andersdenkende verhaftet wurde. Bei der Durchsicht der Vereinräume ergab sich, daß die Türk-Föderation mit Rauschgift handelt und mit Prostitution ihren Kampf finanziert. Außerdem fanden die Beamten Hinweise darauf, daß Spenden erpreßt und Schutzgebühren von Kaufleuten und Restaurants eingezogen werden.

Die türkischen Faschisten unterhalten zu folgenden deutschen Institutionen Verbindungen: NPD, Aktionsfront Nationaler Sozialisten, Wehrsportgruppe Hoffmann, Kampfband deutscher Soldaten und Nationalsozialistischer Schülerbund, Viking Jugend und nicht zu vergessen F.J. Strauß, denn kurz nach dessen Treffen am 1.5.78 mit Faschistenführer Türke wurde am 17. und 18.6. 1978 die faschistische 'Föderation der demokratisch-idealistischen Türkenvereine in Europa' gegründet. Auch unterstützen prominente Mitglieder der CDU/CSU wie z.B. F.J. Strauß die Faschisten unter anderem mit der Zusage, der MHP behilflich zu sein, damit sie in der BRD Fuß fassen. Der Christliche Gewerkschaftsbund (CGB), der schon mit der italienischen neofaschistischen Gewerkschaftsorganisation CISNAL zusammenarbeitet, will mit der MHP-Gewerkschaft MISK arbeiten. So ist auch zu verstehen, daß über 100 Faschisten in Berlin dem CGB beigetreten sind.

Der DGB hat inzwischen erkannt, daß die Faschisten in gefährlichem Maße zunehmen, Feindlichkeit gegenüber der deutschen Öffentlichkeit schüren und damit die Ausländerfeindlichkeit steigern. So stand in einem DGB-Schreiben an das Bundesministerium, daß die Tätigkeit der Faschisten die Integration der türkischen Arbeitnehmer in der BRD gefährdet.

Der Teufelskreis ist kurz beschrieben. Die Ausländer werden von der deutschen Bevölkerung abgelehnt, kapseln sich ab und besinnen sich auf die durch die Faschisten propagierten 'alten Werte'. Ihre Lebensweise steht jetzt in solch stärkerem Maße im Widerspruch zur westdeutschen Industriegesellschaft. Diese Andersartigkeit führt zur Steigerung der

Ablehnung, zu einer Feindlichkeit, die auf der gegenseitigen dem Nationalstolz schürt.

An diesem Punkte treffen sich bundesdeutsche und ausländische Neofaschisten. Sie wollten Reinrassigkeit. Deshalb können MHP-Anhänger durchaus die These vom 'Ausländer-Stopp' der NPD unterstützen, denn so wird eine weitere Vermischung vermieden.

AKTIVITÄTEN NACH DEM PUTSCH

Mit dem Militärputsch vom 12. 9. 80 war es unter den Faschisten im Ausland erst einmal sehr still. Während große Teile der Mordkommandos, genannt 'Graue Wölfe' ihre Waffen der Armee übergaben, stellte die Auslandsorganisation der MHP, die Türk-Föderation ihre Aggressivität vorläufig ein. Schließlich hatte der faschistische Terror ja die Generäle auf den Plan gerufen und die Kommandos a la SS hatten immer behauptet, die Sicherheitskräfte des Staates zu unterstützen. Jetzt so meinte sie, habe der Saat sich endlich selbst entschlossen, die Volkfeinde, die Kommunisten zu vernichten.

Kurz nach dem Putsch veröffentlichten einzelne Vereine, in deren Regionen es zuvor zu Auseinandersetzungen gekommen war, Mitteilungen, in den sie ihre Verbundenheit mit den neuen Machthabern in der Türkei betonten. Ein Flugblatt ähnlichen Inhaltes wurde zumindestens in Bielefeld an alle leitenden Kommissariatsleiter verteilt.

Noch während der Pro-Junta-Demonstrationen trauten sich die 'Grauen Wölfe' noch nicht wieder ihre Zähne zu fletschen. Es ist zwar bekannt, daß neben Konsultationsvertretern insbesondere die aktionsfähigen Faschisten ihre Finger mit im Spiel hatten, aber in offener Manier wurde das nicht gemacht.

Erst zum Frühjahr '81 eröffneten sie erneut ihre Initiative. Die Ereignisse von Frankfurt und Kiel dürften allen noch in guter Erinnerung sein. In Kiel unternahm der Vereinsvorsitzende einen Massenmordversuch, indem er mit seinem PKW in die Menschenmenge fuhr. Aber auch hier wird wohl wieder die Interpretation von Familienfeinden durchschlagen.

Während der niedersächsische Justizminister inzwischen die Existenz von 'Grauen Wölfen' zugeben mußte, so liefert der Verfassungsschutzbericht 1980 von Bayern den besten Beweis, wie Neutralität gegen links und rechts aussieht. Vermutlich haben die Generäle in der Türkei eine Anleihe beim bayerischen Geheimdienst gemacht.

Innerhalb der Schilderung von Links- und Rechtsextremismus heißt es zu den Gewaltakten, daß die 'in der Mehrzahl der Fälle von türkischen Linksextremisten verursacht wurden'. Wenn man hier einmal unterstellt, daß der Verfasser es nicht besser wußte, so braucht man sich nur einmal das Kapitel 'türkische Rechtsextremisten' anzuschauen. Es hat den Anschein, daß unter der Rubrik 'Extremismus' diese Form von Politik verteidigt werden soll.

S.143 des Berichtes steht zu lesen:

'Als Gegengewicht zu den links-extremen türkischen Dachverbänden wurde am 18.6. 78 die ADÜTDF. (Kurz Türk-Föderation genannt, d. V.) mit Sitz in Frankfurt gegründet.'

* An dieser Stelle folgt eine Anmerkung, die folgendermaßen lautet:

Die in den Verfassungsschutzberichten Bayern 1978 und 1979 enthaltene Darstellung, daß die MHP-Zentrale in Ankara die ADÜTDF gründete, wird nicht aufrechterhalten.

Was ist denn das für eine Aussage? Nachdem von den Machthabern der TR die Verbindungen der MHP zur Türk-Föderation zum Prozeßinhalt geworden sind, erdreistet sich Bayern immer noch, das Gegenteil zu behaupten. Den ersten Satz kann man dazu auch kaum mißverstehen. Hier wird gesagt, daß die Gründung von der Türk-Föderation als Gegengewicht notwendig war.

Gegen Schluß des Absatzes folgt dann ein Paragraph, der endgültig die Faschisten reinwaschen will.

Die Angriffe politischer Gegner gegen türkische Rechtsextremisten hielten auch 1980 an. Durch taktisch geschickte Propaganda haben es türkische Linksextremisten verstanden, ihre Kampagne gegen den Terror der Grauen Wölfe und ihre Forderung nach einem Verbot der 'Grauen Wölfe' und ihrer 'Tarnorganisationen' einer breiten Öffentlichkeit zu vermitteln. Das Reizwort 'Graue Wölfe', das dem unkundigen Beobachter das Vorhandensein einer weiterverbreiteten und festgefügten Terrororganisation suggeriert, zielt insbesondere auf die Anhänger der MHP und ihrer in der Türkei bestehenden Jugendorganisation. Es findet darüber hinaus Verwendung bei der Agitation gegen die von der MHP beeinflusste ADÜTDF und ihre Mitgliedsorganisationen, aber auch bei politischen Angriffen, gegen religiös ausgerichtete türkische Vereine und Hinrichtungen, deren Mitglieder an den islamischen Traditionen festhalten und deshalb bei türkischen Linksextremisten als mögliche politische Gegner gelten. Dazu ist festzustellen, daß bei einigen türkischen

Vereinen die Verwendung des Wolfsymbols beobachtet wurde, das der türkischen Mythologie entstammt und später für türkische Patrioten und Nationalisten zum Symbol ihrer politischen Gesinnung wurde. Es gibt aber nach wie vor keine Anhaltspunkte für eine Organisation der 'Grauen Wölfe' im Bundesgebiet.

Also doch keine 'Grauen Wölfe'? Und das nach einem Papsttendent und dem Schauprozess gegen Türke & Co. Das ist nicht einfach Blindheit auf einem Auge, sondern offenkundige Parteinahme für die Faschisten aus der TR.

So überraschte es denn auch nicht, das F.J. Strauß in der Sommerpause einen Blitzbesuch in Istanbul machte. Laut Meldungen der Frankfurter Rundschau vom 19.8.81 soll er dabei mit einem der Ankläger aus dem MHP-Prozess zusammengekommen sein.

FASCHISTEN = GEGNER DER JUNTA?

Eine bemerkenswerte Entwicklung unter den Anhänger der MHP ist in letzter Zeit zu beobachten. Sie sagen sich von der Junta los und fordern ihre Freunde auf, die Politik der Junta zu verdammen. Im wesentlichen werden die Gründe mit der Verfolgung Gleichgesinnter angegeben. In fast allen großen Städten der BRD erschien folgendes Flugblatt (hier in Auszügen wiedergegeben).

Übersetzung eines Flugblattes, das Anfang Juli 1981 im Ruhrgebiet (evtl. auch anderswo) anonym (Postkasten, Auslage in Firmenkantinen etc.) verteilt wurde.

UNSERE VATERLANDSLIEBENDEN ARBEITER- UND STUDENTENBRÜDER

Wir, die vaterlandsliebenden und antikommunistischen türkischen Arbeiter, haben die Machtübernahme unserer heldenhaften Armee am 12. September gegen die Ausbreitung der Sowjets freudig begrüßt. Denn es gab keine andere Möglichkeit...

Wir sind Vaterlandsliebende, die unserer Nation, unserem Staat und unserer heldenhaften Armee wie Verliebte verbunden sind. ...

Trotz all diesem haben uns die Ereignisse in der Türkei in Erstaunen und Schrecken versetzt. Es wurde uns klar, daß wir einer großen Täuschung unterlegen waren. Das Einsammeln des Fußvolkes, ohne den Führungsmannschaften der bewaffneten Kommunisten und Vaterlandspalster etwas anzutun, war in Wirklichkeit nur ein Vorhang, der uns täuschen und hinhalten sollte. Nachdem dieser Vorhang nun geliftet wurde, haben wir gesehen, daß die Vaterlandsliebenden und Antikommunisten noch stärker niedergedrückt und vernichtet werden sollen (wie im Verfahren gegen die MHP).



Viele der bewaffneten Militanten, Vaterlandsverräter werden sich dem Zugriff der Gerichte entziehen. Schließlich werden sie jetzt schon gruppenweise entlassen.

Es folgt jetzt eine Passage, in der die Gefährlichkeit dieses Vorgehens erläutert wird, da man sonst den Sowjets in die Hände fällt. Dann folgt in noch fetterer und großer Schrift:

MIT DER VERNICHTUNGSAKTION GEGEN DIE VATERLANDSLIEBENDEN UND ANTIKOMMUNISTEN WIRD GERADEZU DER SOWJETPLAN DURCHFÜHRT...

Unten auf der Seite heißt es dann in Großbuchstaben:

Die Verantwortung für diese schreckliche Entwicklung werden wir nicht tragen. Wenn deshalb die derzeit Herrschenden, die ihre Vertreterrechte täglich mehr verlieren, ihre heutige Haltung weiterführen, werden wir ihnen alle ideelle und materielle Unterstützung versagen. Wir werden die künftigen Entwicklungen gewissenhaft verfolgen und sie uns auferlegten Aufgaben ohne Zögern erfüllen.

Seite 2:
Unter der Überschrift: EINIGE BEISPIELE DER GEFÄHRLICHEN ENTWICKLUNG werden die Angehörigen der MHP in Schutz genommen, gegen die Folterungen an diesen Menschen und die Prozesse gegen sie protestiert, Klage darüber geführt, daß Kommunisten wieder an verantwortungsvolle Plätze kommen, von der TÖB-DER nur 60 Leute (und nicht 150.000) angeklagt sind, usw. Im letzten Abschnitt heißt es dann in Großbuchstaben:

Wir werden vor Allah, der Nation und der Geschichte nicht die Verantwortung für diese gefährliche Entwicklung auf uns nehmen können. Deswegen entziehen wir den jetzt Herrschenden jegliche Unterstützung. Wir stellen uns entschieden gegen diejenigen, die als ein Zugeständnis an die Verwirrten und Kommunisten ein solches gefährliches Spiel wie die Vernichtung des nationalen Widerstandes anzetteln. Diese Haltung ist zweifellos eine heilige Aufgabe.

Wir rufen alle Arbeiter und Studenten zu dieser Aufgabe auf. Wartet auf unsere späteren Aufrufe.

EINHEITSFRONT AUF DEM WEG ZU EINEM NATIONALEN STAAT UND DEMOKRATIE

Dieses Flugblatt wie auch weiter vor anonym unterzeichnet. Das bedeutet, daß diese Aktivitäten nur illegal betrieben werden. Offiziell stellt sich nämlich der Vorsitzende der Türk-Föderation hin und verneint alle Verbindungen zur MHP, die in diesen Flugblättern so verteidigt werden. Um die Verbindung mit dem Papsttendent zu leugnen veranstaltete er noch ein Pressekonferenz.

Auf der anderen Seite stellt er sich aber hin und schreibt Pamphlete gegen Mitglieder des Generalstabs. Da stellt sich zunächst einmal, was das doppelte Spiel soll? Die Antwort darauf ist relativ klar. Erstens, behält man sich so eine Korrektur der eigenen Linie vor und zweitens steht man offiziell immer noch auf der Politik der Machthaber und vergrault sich nicht die juntafreundlichen Kreise.

Die zweite Frage ist jedoch schwerwiegender. Bislang wurde die Junta von den 'Grauen Wölfen' unterstützt. Warum dieser 'Richtungswechsel'? Zunächst einmal standen in der Armee Beförderungen, Versetzungen, und Entlassungen bevor. Mit dem Angriff auf Mitglieder des Generalstabs waren die Faschisten insofern erfolgreich als sie in mindestens einem Fall eine Umbesetzung erreicht haben. Der zweite Aspekt, der im Auge behalten werden muß, sind die Prozesse gegen die MHP-Anhänger. Diese Scheinanklagen und Schauprozesse können durchaus einen ersten Charakter annehmen; wenn nämlich die Generäle weitere Tribute an das antifaschistische Potential in der Bevölkerung zahlen müßte. Unter den Hingerichteten Waren einer demokratischen Öffentlichkeit wieder stärker unter Druck gesetzt werden, so können sie kein Scheu, noch weiter rechtsorientierte Personen aufzuknüpfen, wenn sie dadurch den Eindruck der Neutralität und ihre 'Anti-Terror-Haltung' demonstrieren können.

Aus diesem Grunde sorgen die 'Wölfe' im Ausland schon jetzt für einen Gegendruck, der anonym gehalten noch weksamer ist, da das Ausmaß der Unterstützung verdeckt bleibt.

Vorläufig ist es nicht anzunehmen, daß die 'Grauen Wölfe' ein klar erkennbares Geheule ansimmen werden. Sollten sie jedoch vollends in den Untergrund gehen, so steht uns anschießend noch einiges in der BRD bevor.

F.J. STRAUSS BEI FREUNDEN FÜR DIE FREUNDE



Der Vorsitzende der CSU Franz Joseph Strauß kam am 28.7.1981 in Begleitung seiner Frau und Bayerns Kultusminister Dr. Kahlberg in Istanbul an.

F.J. Strauß sagte über die neuen Machthaber in der Türkei: "...Es ist bekannt, daß der Bundeskanzler Helmut Schmidt damit einige Probleme hat. Innerhalb der regierenden SPD treten einige Abgeordnete gegen die Bewilligung der Türkeihilfe ein. Für uns ist in der Türkei der Terror zurückgedrängt und das Land wieder in richtige Bahnen gelenkt worden..." (Gümaydin 29.7.1981)

Der zweite Besuch kam unerwartet vor dem am 19.8.1981 beginnenden MHP-Prozess. Laut Frankfurter Rundschau hielt Strauß ein Gespräch mit einem Ankläger des MHP-Prozesses. Die gute Beziehung zwischen F.J. Strauß und dem Faschistenführer Türke reicht mindestens 3 Jahre zurück. Am 28.4.1978 trafen sich die beiden in München. Damals versprach der CSU-Vorsitzende die Schaffung eines positiven Klimas gegenüber den Grauen Wölfen in der Bundesrepublik.

'Modell Brasilien' für die Türkei?

1. ROHSTOFFE

Die wirtschaftlichen Erfolgsmeldungen der türkischen Junta können nicht überzeugen. Pleiten, Arbeitslosigkeit und die Importabhängigkeit haben seit dem Putsch zugenommen. Daß die Junta von ihren eigenen Erfolgsmeldungen nicht wirklich überzeugt ist, zeigt sich daran, daß sie in der letzten Zeit nicht mehr so sehr auf ihren Erfolgen herumtrübt, sondern vor allem eine neue Idee propagiert: "da wir in absehbarer Zeit die Verschuldungspolitik nicht abwenden können, müssen die ausländischen Investitionen ermutigt und angereizt werden." ('Rapor', 31.5.'81). Der Plan der Junta ist es, alle im Interesse einer eigenständigen Entwicklung erlassenen Gesetze und Verordnungen aufzuheben, um so optimale Bedingungen für ausländische Investoren zu schaffen. Die Hoffnung der Junta dabei ist es, daß soviel ausländisches Kapital angezogen wird, daß die Türkei eine Entwicklung nimmt, wie es z.B. Brasilien in den 60er und 70er Jahren getan hat. Bleiben zwei Fragen:

1. Ist dies unter den besonderen Bedingungen der Türkei bei der heutigen Situation des Weltmarktes überhaupt möglich?

2. Was bedeutet es für die türkische Bevölkerung, wenn die Junta diese Politik einschlägt?

Im Gegensatz z.B. zu Brasilien war die Türkei bisher für Direktinvestitionen ausländischer Unternehmen nicht interessant. So hat die BRD in den 70er Jahren in Brasilien gut 25-mal soviel investiert wie in der Türkei. Dennoch sind westdeutsche Konzerne zusammen mit US-amerikanischen die wichtigsten Investoren in der Türkei.

Für die geringen Investitionen der Konzerne in der Türkei werden von bürgerlichen Wissenschaftlern im wesentlichen zwei Gründe genannt:

1. Die fehlende 'politische Stabilität' der Türkei. Tatsache ist, daß bis zum Putsch die Streiks und Unruhe der Arbeiter und Bauern in der Türkei sich aufgrund der krisenhaften Entwicklung erheblich ausgeweitet hatten. Das Vertrauen in das Parlament, das sich als handlungsunfähig erwies, war bei vielen geschwunden. Kurz gesagt, vor dem Putsch war die Türkei für ausländische Investoren ein grauhaft instabiles Land. Mit dem Putsch wurden die Gewerkschaften verboten, das Streikrecht aufgehoben und die Bevölkerung völlig entrechtet. Es wäre anzunehmen, daß die Türkei nunmehr wie viele andere Militärdiktaturen für die großen Konzerne attraktiv geworden ist.

2. Die ausufernde Bürokratie des türkischen Staatsapparates. Zahlreiche bürgerliche Autoren nennen Beispiele, daß Investitionsvorhaben zwar genehmigt wurden, aber erst nach Jahr und Tag. Sie klagen, daß selbst die Neuerrichtung einer zusätzlichen Garage zur Genehmigung über ein Jahr gedauert habe. Mag auch manches Übertrieben sein, Tatsache ist, daß der türkische Staatsapparat ein Meisterwerk der Bürokratie darstellt. Da aber der türkischen Junta ausländische Investitionen so sehr am Herzen liegen, hat sie sich beeilt, für ausländische Investoren der Bürokratie ein Ende zu bereiten. So ist nunmehr nur ein Ministerium für die Erteilung von Investitionsgenehmigungen zuständig und nicht wie bisher im Unlaufverfahren 16 Ministerien. Es wäre auch hier anzunehmen, daß die Türkei nunmehr für die großen Konzerne attraktiver geworden ist.

Dennoch werden sich die Hoffnungen der Junta wohl kaum erfüllen. Denn sie hat zwar auf politischer Ebene Maßnahmen ergriffen, um ausländische Investoren anzulocken, für die Konzerne ist jedoch vor allem interessant, welche wirtschaftlichen Bedingungen ein Land bietet. Dafür gibt es drei Kriterien, die im folgenden untersucht werden:

2. LOHNKOSTEN

Typische Niedriglohnländer wie Südkorea, Taiwan oder Singapur ziehen ausländisches Kapital an wegen der extrem niedrigen Löhne, die dort gezahlt werden. Dies ist jedoch nur der Fall für Industriezweige, die sehr lohntensiv sind (wie z.B. die Textilindustrie). Die Türkei ist kein typisches Niedriglohnländ. Dies beweist auch die Struktur der bisherigen Auslandsinvestitionen in der Türkei: Im Jahre 1978 gab es in der Türkei gerade eine ausländische Textilfirma. Ganz anders bei den kapitalintensiven Branchen: Im gleichen Jahr gab es 22 ausländische Chemiefirmen und 17 ausländische Firmen in der Elektrobranche. Insgesamt floß Auslandskapital acht-mal so stark in kapitalintensive Branchen wie in lohnintensive. Das bedeutet, daß die Türkei für ausländische Investoren nur untergeordnet wegen des Lohnniveaus interessant ist. Der Abbau des Bürokratismus und die Verordnung von 'politischer Stabilität' durch die Junta mag in Einzelfällen auch zu verstärkten Investitionen in den lohnintensiven Sektoren führen. Aber insgesamt wird dies nicht ins Gewicht fallen.

3. MARKTERSCHLIESSUNG

Als VW in Brasilien ein Zweigwerk errichtete, geschah dies nur untergeordnet wegen der niedrigeren Löhne im Vergleich zur BRD. Der Hauptgrund war, den südamerikanischen Markt direkt beliefern zu können. Frachtkosten und Zollschranken wurden dadurch umgangen. Für die Türkei stellt sich deshalb die Frage, welche Märkte für ausländische Investoren interessant sein könnten.

Zunächst einmal der türkische Markt: Er ist durch die Wirtschaftspolitik in der Türkei (und verstärkt durch die Maßnahmen der Junta) so eingegrenzt, daß ganze Branchen der türkischen Wirtschaft fast nur noch auf Lager produzieren. Um den türkischen Markt zu erobern, werden auf absehbare Zeit keine nennenswerten Kapitalsummen in die Türkei fließen. Deshalb setzt die Junta auch auf zwei weitere Märkte: Auf die Länder des Nahen Ostens, die zum Teil aus Erdöleinnahmen zahlungskräftig sind, und auf den verstärkten Tourismus.

Über die bisherigen Wirtschaftsbeziehungen der Türkei zu den Nahost-Staaten schreibt Erol Mantisali, Professor für Wirtschaft an der Universität Istanbul:

"Die Türkei hat die wirtschaftlichen Beziehungen zu den Ländern des mittleren Ostens vernachlässigt und hat die Bedeutung der Region, deren Teil sie ist, nicht beachtet. Unter den Faktoren, die zu dieser Politik geführt haben, können wir anführen:

- Die türkische Wirtschaft basiert auf einer auf den eigenen Markt orientierten Struktur.
- Die politischen Beziehungen zu den Ländern des mittleren Ostens haben sich nicht so entwickelt wie sie sollten,
- die Unzulänglichkeit des Transport- und Kommunikationsnetzes zwischen der Türkei und dem mittleren Osten." (E. Mantisali; Foreign Economic Relations of Turkey; Istanbul, 1979; S. 29; eigene Übersetzung)



Der IWF und die »Sanierung« der türkischen Wirtschaft

2. TEIL

In den vorangegangenen Nummern der Türkei-Information haben wir den ersten Teil dieses Artikels abgedruckt. Er befaßte sich mit der wirtschaftlichen Entwicklung der Türkei bis zum Militärputsch. Der nun folgende zweite Teil befaßt sich mit der Erpressung der türkischen Wirtschaft durch die internationalen Finanz- und Wirtschaftsorganisationen und untersucht die Wirtschaftspolitik der Militärjunta und die Auswirkungen dieser Politik auf die Bevölkerung der Türkei.

DAS EINGREIFEN DES IWF IWF, OECD UND WELTBANK

Der 'Internationale Währungsfond' (kurz IWF) und die 'Weltbank' wurden 1944 gegründet. Offizielles Hauptziel beider Organisationen war die Förderung der internationalen Zusammenarbeit in Währungsfragen und der Aufbau eines marktwirtschaftlichen Handels- und Zahlungssystems. Während die Weltbank langfristige Finanzierungen von Projekten ermöglichen sollte, diente der IWF der kurzfristigen Behebung von Zahlungsbilanzschwierigkeiten zwischen Mitgliedsländern. Zu diesem Zweck sollte jedes Mitgliedsland im IWF einen Beitrag in eine gemeinsame Kasse - eben den Währungsfond - zahlen, so daß der IWF bei Handlungsschwierigkeiten Überbrückungskredite vergeben konnte. Schon damals wurde zusätzlich zweierlei festgelegt:

1. Die Kontrolle über den Fond wird proportional zu den Beiträgen der einzelnen Länder ausgeübt. Da die reichen Industrienationen - allen voran die USA - die bei weitem höchsten Beiträge zahlen konnten und noch immer zahlen, haben sie auch die Kontrolle über den Währungsfond fest in ihrer Hand.

2. Der IWF erhielt die Vollmacht, die Vergabe von Krediten an bestimmte Auflagen zu knüpfen. Das heißt, er konnte massiv in die Innen- und Wirtschaftspolitik eines Schuldnerlandes eingreifen, andernfalls erhielt das betreffende Land keinen Kredit.

Heute gehören dem IWF 138 Länder an, an der Weltbank sind 132 Nationen beteiligt, jeweils auch die Türkei. Vor allem der IWF hat sich zu einer der mächtigsten Institutionen für ökonomische und politische Einflüsse entwickelt. Er verfügt über etwa 40 Milliarden Dollar, aber nicht diese Summe ist es, die ihn so bedeutungsvoll macht, sondern die Möglichkeit, sich in die inneren Angelegenheiten von Schuldnerländern einzumischen. Denn keine Regierung eines westlichen Industrielandes ist heute bereit, einem Entwicklungsland einen größeren Kredit zu geben, wenn nicht zuvor ein Pilotkredit des IWF vergeben worden ist und damit eine bestimmte Innen- und Wirtschaftspolitik erzwungen wurde.

Neben IWF und Weltbank spielt auch die OECD eine wichtige Rolle bei der Durchsetzung wirtschaftlicher Programme im Sinne der Industrienationen. Die OECD wurde 1962 gegründet. Ihre Arbeitsgebiete sind nach ihrem Selbstverständnis die Förderung des Wirtschaftswachstums und die Inflationsbekämpfung und auch die Lösung von Umweltproblemen. Ihr gehören 20 westeuropäische Länder (auch die Türkei) sowie die USA, Kanada und Japan an.

"Im Rahmen der OECD wurde 1962 das sog. Türkei-Konsortium als 'Hilfe zur Selbsthilfe' gegründet. Es gewährt der Türkei aufgrund bilateraler Vereinbarungen jährlich Kredite zum Import der für die Durchführung ihrer Projekte erforderlichen Waren und zur Erleichterung ihres Schuldendienstes mit dem Ziel, die Türkei in den Stand zu versetzen, aus eigener Kraft ihr Bruttosozialprodukt zu steigern und die Anpassung an die moderne industrialisierte Welt in angemessener Weise zu erreichen." (Gros, Hermann: 'Die deutsch-türkischen Wirtschaftsbeziehungen', in: Die Türkei in Europa, Göttingen, 1979, S. 173)

Schon seit Jahren vergeben der IWF und in seiner Nachfolge andere Institutionen und einzelne Länder Kredite an die Türkei. Immer jedoch sind diese Kredite an die Erfüllung von wirtschaftlichen Bedingungen geknüpft. Am Beispiel des jüngsten Vertrages zwischen IWF und der Türkei werden im folgenden die Bedingungen der Kreditvergabe - der 'Anpassung an die moderne industrialisierte Welt' - untersucht.

Die Forderungen des IWF

Am 12. Juni 1979 kam es in Paris zu einer Einigung zwischen dem IWF und der Türkei. Die Türkei akzeptierte die Forderungen des IWF, der IWF sagte Kredite zu. Daß der Währungsfond nicht mit sich spaßen läßt, zeigte sein Verhalten davor:

"Der Weltwährungsfond, der bei der Türkei-Sanierung eine Schlüsselrolle spielt, hatte bereits zwei Raten der vorgesehenen Finanzhilfe ausbezahlt, weitere Zahlungen aber verweigert, weil Ankara sich nicht bereit fand, die wirtschaftlichen und finanzpolitischen Auflagen zu erfüllen, die der Weltwährungsfond im Hinblick auf eine größere Finanzierung als unerlässlich zur Bedingung stellte." (Vogel, Rudolf: 'Sanierungswerk Türkei', in: Südosteuropa-Mitteilungen Nr. 2/1979, S. 17 f. Vogel selbst war vier Jahre lang Deutscher Botschafter bei der OECD in Paris und weiß also, wovon er spricht.

Auch wird an der Einigung vom Juni 1979 deutlich, wie eng die verschiedenen Institutionen gemeinsam operieren:

"Die Verhandlungen hierüber (über die Kredite/d. Red.) sind deswegen so zeitraubend und schwierig, weil auf verschiedenen Ebenen gleichzeitig operiert werden muß. Da ist der Weltwährungsfond in Washington mit seiner Schlüsselrolle, dann das Türkei-Konsortium bei der OECD in Paris, ... Und schließlich als Mitbeteiligte die Kommission der Europäischen Gemeinschaft in Brüssel. Nicht zu letzt bemühen sich aber auch 227 ausländische Banken, die über 2,5 Milliarden von der Türkei zu fordern haben, um die Sanierung." (Vogel, Rudolf: a.a.O., S. 20).

Abkommen zwischen dem IWF und einzelnen Ländern werden normalerweise nicht veröffentlicht. Zwar unterliegen nach Art. 102 der UN-Charta internationale Verträge einem Veröffentlichungszwang, aber der IWF umgeht diese Verpflichtung, indem er seine Abkommen als 'Nicht-Verträge' definiert. So sind die Forderungen, denen sich die türkische Regierung beugt hat, nicht im Wortlaut bekannt. Übereinstimmend werden jedoch folgende Punkte von verschiedenen Autoren genannt:

- 1) Abwertung des türkischen Pfundes
- 2) Drosselung der Banknotenproduktion
- 3) Förderung des Sparens durch Zinserhöhungen
- 4) Erhöhung der indirekten Steuern, damit der Verbrauch eingedämmt und das Steueraufkommen des Staates verbessert wird
- 5) Einschränkung der Subventions- und Kreditpolitik gegenüber den staatlichen Betrieben, die mit Defizit arbeiten
- 6) Senkung der Staatsausgaben
- 7) Einfrieren von Löhnen und Gehältern
- 8) Ausbau der einheimischen Energieproduktion um die Importe von Erdöl zu senken
- 9) Erhöhung der Energie- und Treibstoffpreise, damit Brennstoffe sparsamer verbraucht werden
- 10) Ausbau der devisenbringenden Produktions- und Dienstleistungsbereiche insbesondere des Tourismus
- 11) Die Bedingungen für ausländische Kapitalbeteiligungen und Firmeninvestitionen in der Türkei verbessern.

WIRTSCHAFTLICHE AUSWIRKUNGEN

Betrachten wir die einzelnen Punkte und ihre Wirkung auf die türkische Wirtschaft:

Die ersten drei Punkte weisen den IWF als Anhänger der Theorie des Monetarismus aus: Diese Theorie besagt, daß die Gesundung einer Wirtschaft im wesentlichen durch eine gezielte 'Geldpolitik' erreicht werden kann, also im Fall der Türkei durch Kontrolle der Banknotenproduktion, Zinspolitik und Wechselkursanpassung. Die Überlegung der Monetaristen ist dabei, daß durch Geldpolitik die Inflation bekämpft werden könne und das Außenhandelsdefizit behoben würde. Das - so ihre Theorie - führe ziemlich automatisch zum Anwachsen des Bruttosozialproduktes und zur Senkung der Arbeitslosigkeit. Im einzelnen soll dies so funktionieren:

- Durch die Abwertung des türkischen Pfundes werden türkische Waren im Ausland billiger, wodurch der Export angekurbelt werde. Gleichzeitig werden durch die Abwertung ausländische Waren in der Türkei teurer, wodurch der Import gesenkt werde. Der IWF schlußfolgert, dadurch würde das Außenhandelsdefizit abgebaut.

In Wirklichkeit schafft die Abwertung des türkischen Pfundes der türkischen Wirtschaft in doppelter Hinsicht Probleme:

a) In der Tat wird für verstärkten Export ein Anreiz geschaffen. Aber woher sollen die Waren für den

Export kommen? Die wichtigsten Exportgüter der Türkei, nämlich landwirtschaftliche Produkte, lassen sich nicht vermehrt erzeugen, wenn nicht durch eine grundlegende Landwirtschaftliche Reform die Voraussetzungen für höhere Produktivität und damit höhere Erträge geschaffen werden. Hier verpufft der Anreiz zu mehr Exporten, weil dieser Anreiz allein kein Anwachsen der Erträge erzeugen kann.

Im Bereich der industriellen Güter ist eine Exportsteigerung möglich, wenn die Industrie ihre Produktion auf Waren umstellt, die international gefragt sind. Diese Umstellung ist nur in einem geringen Teil der Industrie möglich (wie zum Beispiel soll die aufgebühlte Bauindustrie auf Export umstellen), dort wo es möglich ist, ergibt sich jedoch sofort ein neues Problem: Umstellung auf exportware ist gleichbedeutend mit verminderter Produktion von Waren für den türkischen Markt, denn die Maschinen, mit denen nun Exportgüter hergestellt werden, fehlen für die einheimische Produktion.

Insgesamt ist anzunehmen, daß die türkische Wirtschaft durch die Abwertung des türkischen Pfundes zwar in einzelnen Teilen den Export steigern kann, aber nur um den Preis einer schlechteren Versorgung der türkischen Bevölkerung mit Industriegütern.

b) Die Einschränkung der Importe durch die Abwertung führt zu ähnlichen Problemen für die türkische Wirtschaft: Sinkende Importe würde bedeuten, daß die Türkei über weniger Erdöl und über weniger Industriegüter verfügen kann. Beides verbessert keinesfalls die Situation der Wirtschaft.

- Die Drosselung der Banknotenproduktion ist ein Patentrezept der Mentaristen gegen Inflation. Aber die hohe Banknotenproduktion ist nicht Ursache der Inflation, sondern eine Auswirkung. Der Mangel an lebensnotwendigen Produkten wird durch die Drosselung der Notenproduktion nicht beseitigt. Es mag zwar sein, daß nach offizieller Statistik die Inflationsrate sinkt, aber um den Preis, daß ein Teil der Waren zurückgehalten wird und ein anderer Teil über den Schwarzmarkt und andere von der Statistik nicht erfaßte Bereich verteuert auf den Markt kommt.

- Die Zinsanhebung, um das Sparen zu fördern, heißt auf der anderen Seite auch, daß die Banken Kredite ebenfalls zu höheren Zinsen verkaufen. Durch vermehrte Spartätigkeit haben deshalb die Banken einerseits mehr Geld zur Verfügung, aber außer für große Unternehmen werden Kredite unerschwinglich. Sofern überhaupt verstärkte Neuinvestitionen stattfinden, führen diese zu einer Konzentration der Wirtschaft, denn zahlreiche Kleinunternehmen gehen bei erhöhten Kreditzinsen pleite, weil für sie ein Kredit unerschwinglich geworden ist.

Zusammengefaßt bedeuten die monetaristischen Maßnahmen, die der IWF fordert:

Ein gewisses Anwachsen der Exporte und ein offiziell festgestelltes Sinken der Inflation ist möglich. Der Preis dafür ist eine Verschlechterung der Versorgungslage der Bevölkerung und verstärkte Schwierigkeiten der Wirtschaft vor allem bei Kleinbetrieben und Wirtschaftszweigen, die nicht auf Export umstellen können (z.B. Auto- und Bauindustrie).

Die weiteren Forderungen des IWF haben das Ziel, die geldpolitischen Forderungen zu unterstützen. So

dienen die Forderungen 4 bis 6 der Gesundung des Staatshaushaltes. Betrachten wir wiederum die Folgen:

Die Erhöhung der indirekten Steuern senkt den Verbrauch, denn die Waren werden teurer. Dies ist vom IWF beabsichtigt mit der Begründung, daß damit mehr Güter für den Export zur Verfügung stünden. Aber einerseits ist nur ein Bruchteil der so 'eingesparten' Waren für den Export geeignet, zum anderen läuft die Erhöhung der indirekten Steuern dem Ziel der Inflationsbekämpfung zuwider, vor allem aber ist es wieder die arbeitende Bevölkerung, auf deren Rücken der Staatshaushalt saniert wird.

Die Senkung der Staatsausgaben erfolgt sicher nicht im Bereich der Rüstung, dem stehen die NATO-Verschuldungen der Türkei im Wege. Ein Teil der Senkung der Staatsausgaben dürfte entsprechend der fünften Forderung des IWF durch weniger Subventionen an Staatsbetriebe erreicht werden mit dem Effekt, daß ein Teil der Staatsbetriebe Arbeiter entläßt, die Produktion drosselt oder gar ganz einstellt. Also sicher kein Beitrag zu Wirtschaftswachstum und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Die siebte Forderung ist das Einfrieren der Löhne und Gehälter als direkten Angriff auf die Lebenssituation der Mehrzahl der Bevölkerung. Politisch ist dies gleichbedeutend mit Streikverbot, denn letztlich läßt sich nur über die Aufhebung des Streikrechts ein Einfrieren der Löhne und Gehälter erzielen.

Die Forderungen 8 und 9 betreffen die Importsenkungen im Hauptimportsektor Erdöl. Die Erhöhung der Energie- und Treibstoffpreise wirkt sich direkt auf die Lebenshaltungskosten der Bevölkerung aus und bedeutet für die Industrie höhere Kosten. Auch hier geraten wieder die einzelnen Forderungen des IWF miteinander in Konflikt, denn die angestrebte Senkung der Importe wird mit einer Verteuerung, also dem Anheizen der Inflation, erkaufte, und aus den letzten Jahren ist bekannt, wie verheerend für die türkische Wirtschaft eine Senkung der Ölimporte wirkt.

Zur kurzfristigen Maßnahme der Verteuerung der Energie kommt die langfristige Überlegung, die einheimische Energieproduktion zu erhöhen. Im Prinzip eine sehr richtige Überlegung, aber der Ausbau einer einheimischen Kohle- und Erdölförderung und Verarbeitung kostet viel Geld. Vor allem unter dem Diktat von Einsparungen im Staatshaushalt wird die Türkei aus eigener Kraft wenig ausrichten können. Wenn die türkischen Kohle- und Erdölvorkommen verstärkt abgebaut werden, dann um den Preis, daß dies vor allem von ausländischen Konzernen bewerkstelligt wird. Diese aber sind nur bereit, Rohstoffe abzubauen, wenn Förder- und Verkaufsbedingungen von ihnen festgelegt werden. Ihre Preise werden sich daher am internationalen Preisniveau orientieren, so daß die Türkei dann zwar eigene Rohstoffe verbraucht, aber zu ähnlichen Preisen wie heute die ausländischen Rohstoffe.

Der Ausbau der devisenbringenden Produktions- und Dienstleistungsbereiche insbesondere des Tourismus ist die Fortsetzung der Politik des Westens, den Dienstleistungssektor der Türkei aufzublähen. Bislang ist die Türkei vom Westtourismus weitgehend verschont geblieben (etwa im Vergleich zu Griechenland). Eine Steigerung der Deviseneinnahmen durch verstärkten Tourismus wäre von daher möglich. Doch die Auf-

blähung des Dienstleistungssektors bedeutet auch hier wieder Inflation und verstärkte Einfuhr ausländischer Waren. Letztlich würde die Wirtschaft dadurch weder gesünder noch unabhängiger.

Die Türkei verfügt über Rohstoffvorkommen und im internationalen Vergleich über billige Arbeitskräfte. Kein Wunder, daß ausländische Firmen ein Interesse an Niederlassungen in der Türkei haben.

"Starker Zufluß internationalen Kapitals heißt nach landläufiger Meinung, den oft maroden Entwicklungsländern bitter benötigten Fortschritt zu bringen. Oft ist jedoch das Gegenteil der Fall. Um Auslandskapital anzuziehen, müssen von Gläubigern bedrängte Regierungen ein günstiges Investitionsklima schaffen. Repressive, vom Ausland unterstützte Regierungen verhängen Preissenzen. Kritiker werden kurzerhand eingesperrt oder gar umgebracht ... Das repressive 'Vertrauenklima' bringt den Fluß heißer, auf schnellen Gewinn ausgehender Gelder kurzfristig in Gang. Eine Flut von Dollars, Mark und Schweizer Franken ergießt sich auf die Konten der Zentralbanken. Die Devisenreserven steigen schlagartig. Geschwächte einheimische Betriebe werden verschleudert. Das Öffnen der Importschleusen verstärkt das 'Vertrauenklima'. Die bodenständige Fertigung bricht zusammen und kommt zum Erliegen; überall in den Finanzzentren der Welt aber wird das entstandene Wirtschaftswunder gefeiert." (Mirow, Kurt Rudolf: Die Diktatur der Kartelle; Hamburg 1978, S. 60)

Damit sind wir beim Wirtschaftswunder, das nach Aussagen der Militärrunta in der Türkei herein gebrochen zu sein scheint.

DIE "ERFOLGSBLANZ" DER JUNTA

Am 24. Januar 1980 beschloß die damalige Regierung Demirel ein Maßnahmenpaket, das sich wie eine Durchführungsverordnung der Forderungen des IWF liest. Punkt für Punkt wurden die Forderungen des IWF erfüllt, nur ein Punkt bereitete der Demirel-Regierung Sorgen: 1980 erlebte die Streikbewegung in der Türkei einen großen Aufschwung. Selbst offizielle Statistiken geben zu, daß in den ersten acht Monaten des Jahres 1980 mehr Arbeitstage durch Streik verloren gingen als in den davorliegenden fünf Jahren zusammen. Die Last der Inflation war so groß geworden, daß sie die Arbeiter und Angestellten zum Streik zwang. Dies widersprach den Forderungen des IWF, aber Demirel und die militärische Führung hatten Angst, offen gegen die Streiks vorzugehen und damit Gefahr zu laufen, daß sich Teile der Armee mit den Streikenden solidarisierten.

Dies ist eine wichtige Ursache für den Militärputsch vom 12. September 1980, denn nach dem Putsch konnte das Militär unter dem Deckmantel der nationalen Sicherheit und der Bekämpfung des Terrorismus den Streiks ein Ende bereiten. Das Streikrecht wurde aufgehoben, die Gewerkschaften verboten.

Daß damit keine neue Politik begonnen wurde, sondern durch einen taktischen Schachzug (den Putsch) die alte Politik konsequent zu Ende geführt wurde, läßt sich am besten daran ersehen, daß der Wirtschaftsfachmann der Demirel-Regierung Turgut Özal auch nach dem Putsch Wirtschaftminister ist und selbst mehrfach die Kontinuität der Wirtschaftspolitik hervorgehoben hat.

Damit waren alle kurzfristigen Forderungen des IWF erfüllt: Die türkische Lira war um über 30 % abgewertet, die Zinsen waren freigegeben worden und kletterten auf schwindende Höhe. Die Preise für Grundnahrungsmittel und Brennstoffe wurden gleich nach dem Putsch um 20 bis 45 % erhöht. Die Streiks waren beendet.

Als demagogisches Trostpflaster verfügte die Militärrunta eine Lohnerhöhung von 70 %, verkündete aber

sogleich auch ein neues Steuerge setz, das einen Großteil der Erhöhung wieder aufhob. Übrig blieben unterm Strich 10 bis 15 % bei einer Inflationsrate von über 100 %.

Anfangs 1981 kamen dann die ersten Meldungen, die türkische Wirtschaft habe sich erholt. Die Beschlüsse der Demirel-Regierung vom 24. Januar 1980 und die Konsequente Durchführung dieser Beschlüsse durch die Junta würden sich auswirken.

"Die im Januar 1980 ergriffenen und im Verlaufe des Jahres verstärkten Stabilisierungsmaßnahmen haben die stark angeschlagene türkische Wirtschaft wieder einigermaßen funktionstüchtig gemacht. Die neue Politik, die mit einer kräftigen Kredithilfe von Seiten der westlichen Industrieländer verbunden ist, begann in der zweiten Jahreshälfte die ersten Früchte zu tragen." (Neue Züricher Zeitung, 28. April 1981)

Noch optimistischer gibt sich Turgut Özal: "In den letzten Monaten zeigte sich deutlich, daß wir eine absolute Kontrolle über die Inflation erreichen konnten... Die Preise wurden stabilisiert. Der Preis einiger Waren ist sogar im Sinken begriffen." (Nach: Hürriyet, 19.04.1981)

Und bezüglich der Exportsituation schreibt das Mittelungsblatt "Diplomat": "1980 stiegen die Exporte um 28,7 % (von 2261,2 Mio Dollar im Jahr 1979 auf 2910,1 Mio Dollar). Dieses beinahe 30 %ige Anwachsen wurde vor allem im letzten Vierteljahr erzielt, also nach dem 12. September." (Diplomat, hrsg. von Uras, Vedat (Ankara), Nr. 229)

Hat sich die türkische Wirtschaft wirklich erholt?

DER EXPORT

Die gestiegenen Exporte scheinen ein Anzeichen für die Gesundung der türkischen Wirtschaft zu sein. Doch zwei Punkte sprechen dagegen:

a) Eine Steigung des Exportes für sich allein besagt noch wenig. Auch von 1977 auf 1978 sind die Exporte um ca. 30 % gestiegen (bei rückläufigen Importen; vgl. Abb. 9), aber schon im folgenden Jahr, konnte dies nicht mehr beibehalten werden. 1980 sind die Importe im Gegensatz zu 1977 nicht gesunken, sondern erheblich gestiegen. Nach Berechnungen der OECD ergibt sich folgendes Bild:

	1979	1980	1981
Export	2,261	2,910	3,800
Import	5,069	7,200	9,000
	Mrd. Dollar		
Defizit	2,808	4,290	5,200

Das heißt, daß sowohl 1980 als auch nach den offiziellen Schätzungen im Jahr 1981 das Außenhandelsdefizit ansteigen wird. Durch die internationalen Kredithilfen konnte die Türkei es sich erlauben, die Importe zu steigern. So standen Rohstoffe und Maschinen für die Industrie zur Verfügung. Die Industrie konnte ihre Kapazitäten besser auslasten und mehr produzieren. Bezeichnenderweise ist der Zuwachs im Export im wesentlichen auf die Industrie zurückzuführen, nicht auf die Landwirtschaft (Financial Times, 19.05.1981). Das heißt, daß nur die Industrie zu einer kurzfristigen Steigerung der Produktion voll fähig ist und verdeutlicht, die Schwierigkeiten der türkischen Landwirtschaft.

Auf jeden Fall hat die türkische Wirtschaft die Steigerung der Exporte nur um den Preis eines erhöhten Außenhandelsdefizits erreicht. Ein Aufschwung auf Kreditbasis ist jedoch nicht von Dauer; in absehbarer Zeit holen die Schulden die Wirtschaft ein, und mit der Exportoffensive ist es dann vorbei.

b) Sicher hat zur Exportsteigerung beigetragen, daß die Militärrunta

die Preise für Grundnahrungsmittel erhöht hat. Nur so ist zu erklären, daß auch Agrarprodukte verstärkt ausgeführt werden, wenn auch nicht so stark wie Industrieerzeugnisse. Aber diese Politik einer Schrumpfung des Inneren Marktes hat sich auf die Wirtschaft verheerend ausgewirkt: In den ersten hundert Tagen des Jahres 1981 gingen 912 Firmen pleite. Zwei Wirtschaftszweige, die sich nicht auf Export umstellen können, weil sie international nicht konkurrenzfähig sind, nämlich die Autoindustrie und die Baubranche sind tief in die Krise gestürzt. 1980 ging die Autoproduktion um 26,5 % zurück, inzwischen wurde die Produktion vorübergehend eingestellt, weil sich keine Autos mehr verkaufen lassen.

Ähnlich geht es der Bauindustrie. Die Zulieferindustrie für beide Branchen, die zum Teil im letzten Jahr noch Produktionszuwachs zu verzeichnen hatte (z.B. Autoreifen + 10,2 %), wird als Folge ebenfalls ihre Produkte nicht mehr absetzen können. Das heißt, daß sowohl bei den Pleiten als auch bei den Produktionsrückgängen noch kein Ende abzusehen ist.

Zusammengefaßt bedeutet dies, daß die Exportsteigerung erkauft wurde mit einer weiteren Steigerung des Außenhandelsdefizits und der Ruinierung von wichtigen Teilen der türkischen Industrie. Für die Bevölkerung bedeutet diese Politik ein Anwachsen der Grundnahrungsmittelpreise und mehr Arbeitslosigkeit wegen der Pleiten.

DIE INFLATION

Die offiziellen Angaben zum Großhandelspreisindex gehen von über 100 % Inflation Mitte letzten Jahres aus und behaupten, daß die Inflation nunmehr auf 40-60 % gesunken sei. Özal behauptet, einige Preise seien sogar gesunken. Dies stimmt auch, Autos sind in der Türkei so billig wie schon lange nicht mehr. Kein Wunder, denn die Absatzschwierigkeiten der Autoindustrie veranlassen die Händler, mit dem Preis herunterzugehen, um wenigstens noch einige Autos abzusetzen. Aber für die Mehrzahl der Bevölkerung ist ein Auto unerschwinglich und die sinkenden Preise daher uninteressant.

Einen Eindruck von den wirklichen Steigerungen der Lebenshaltungskosten geben die Preiserhöhungen der letzten Monate. Im April stiegen die Strompreise um 47 %, die Preise für Milchprodukte um 5-20 % und die Fahrpreise in Istanbul um 50 %. In den Krankenhäusern wurden die Pflegesätze drastisch erhöht, so für Intensivpflege von 500 auf 5000 TL täglich. Im Juni stiegen die Preise von Zucker um 8 %, Benzin um 13 %, Filterzigaretten um 40 %, filterlose Zigaretten um 100 %. Es ist zu erwarten, daß bis zum Ende des Jahres noch weitere Preiserhöhungen folgen werden. Auf das Jahr gerechnet dürften dann Lebenshaltungskosten ähnlich hoch wie im vergangenen Jahr sein. Vor allem aber ist in diesem Jahr die Bevölkerung den Preissteigerungen ausgesetzt ohne durch Streiks eine Lohnverbesserung erzielen zu können.

ERGEBNIS

Die Exporte sind gestiegen, die offizielle Inflationsrate ist zurückgegangen. Dagegen aber steht:

- Erhöhtes Außenhandelsdefizit
- Ruinierung ganzer Industriebranchen
- Gestiegene Arbeitslosigkeit
- Senkung des Lebensstandards
- Verbot von Gewerkschaften und Streiks
- Folter und Unterdrückung zur Durchsetzung der 'Sanierung' im Interesse der Industriellen.

Die weitere Entwicklung wird diese Probleme noch verschärfen, wird die Frage des Widerstandes der Bevölkerung immer dringlicher auf die Tagesordnung setzen.

kurz kurz

Inflationsrate 70 % ?

Auch das türkische Handelsministerium veröffentlicht Zahlen über die Inflation in der Türkei. Danach betrug die Inflationsrate im Juni 6,4% bei eindeutig steigender Tendenz. Selbst wenn in den restlichen 6 Monaten des Jahres der monatliche Zuwachs bei 6,4% bliebe, läge die Inflationsrate für 1981 über 66%.

Wirtschaftshilfe vertagt

Im Rahmen der OECD-Hilfe hatte die BRD versprochen, der Türkei 630 Millionen DM zu zahlen. Die Zahlung wurde nun auf den September vertagt, angeblich weil die erforderliche Zustimmung des politischen Ausschusses vor der Sommerpause nicht mehr zu erhalten war.

Noch mehr Arbeitslose

In den Staatsbetrieben rollt eine Entlassungswelle heran. Feststeht bisher, daß in 16 Betrieben 20 000 Beschäftigte entlassen werden sollen.

Mehr Auslandskapital ?

Das Amt für Auslandskapital beim Staatlichen Planungsamt meldet, daß in den ersten sechs Monaten dieses Jahres mit 172,96 Millionen Dollar ein neuer Rekord für in die Türkei strömendes Auslandskapital erreicht wurde. Doch wir dies der türkischen Wirtschaft wenig bringen, denn erstens besteht diese Summe zu 87 % aus nicht abgesicherten Schulden; das heißt, ausländische Firmen, die Waren an die Türkei geliefert haben, haben für die Waren bisher kein Geld gesehen, weil die Türkei angelegt wird. In den meisten Fällen wird das Geld aber so rasch als möglich wieder abgezogen werden. Zweitens legen die ausländischen Firmen ihr Geld deswegen nicht in Neuinvestitionen an, sondern zu 67 % werden damit Wertpapiere gekauft, wovon die Wirtschaft sicher nicht saniert wird.

Von Zinsen leben ?

Bei Zinsen von teilweise 60 % tragen die Reichen mit Vorliebe ihr Geld auf die Bank und lassen es für sich 'arbeiten'. Die Zeitung Cumhuriyet (27.7.1981) hat ausgerechnet, daß 600 000 Lira mehr Zinsen bringen als das höchste Beamtenehalt beträgt. Notwendige Investitionen werden durch diese Hochzinspolitik verhindert, denn auf der Bank und durch Spekulationen ist auch für Kapitalisten leichter Geld zu verdienen als über Investitionen.

Wohnungsbaugesetz verabschiedet

Um die Baugiganten vor der sicheren Pleite zu schützen, hat die Junta ein neues Wohnungsbaugesetz verabschiedet. Demnach soll jedes Jahr 5% des Staatseinkommens zum Zwecke des Wohnungsbaus in ein Fonds eingezahlt werden. Aufträge unter 200 Wohneinheiten werden dabei nicht vergeben. Die Regierung erhofft sich von dieser Maßnahme eine Neubelebung der miesen konjunkturellen Lage. Angesichts der verschwindend kleinen Nachfrage auf dem Markt muß man jedoch fragen, ob dies eine Rechnung ohne den Wirt ist!

TWF-Kredit auf September verschoben

Der im Juli fällig gewesene IWF-Kredit in Höhe von 113 Millionen Dollar wurde auf September verschoben. Wie verlautete, fordert der IWF die Aufhebung der Subventionen in staatlichen Betrieben. Es wird erwartet, daß die Regierung in Kürze umfassende Massnahmen zur 'Sanierung' der Staatsbetriebe ergreift.

Die Notenpresse läuft

Die türkische Zentralbank hat erneut 7 Milliarden Lira in den Umlauf gebracht. Damit wurde seit Jahresbeginn die Geldmenge um 50 Milliarden Lira auf 328,3 Milliarden erhöht. Allein 42 Milliarden wurden für die Staatskasse verwendet. Immer mehr Geld bei stagnierender Wirtschaft ist jedoch gleichbedeutend mit dem Anheizen der Inflation.

Liquidationen

Liquidationen und Kapitalerweiterungen nehmen zu. In den ersten 6 Monaten des Jahres wurden 1.371 Firmen liquidiert. Das ist ein Anstieg um 150 % gegenüber dem Vorjahr. Im gleichen Zeitraum erweiterten 927 Firmen ihr Betriebskapital um 36 Milliarden TL. Die Vergleichszahlen für das Vorjahr waren 675 Betriebe mit einem Kapitalzuwachs von 29 Milliarden TL.

Kapitalisten fordern Verstaatlichung der Banken

Wie schwer die Hochzinspolitik den Kleinkapitalisten zu schaffen macht, erlebte man sehr eindrucksvoll auf der Sitzung der Istanbul Industriellenkammer am 16.7.80. Gleich nach der Eröffnung ergiff der Kleinkapitalist Murteza Celikel, angefeuert von seinen Fans, das Wort und hielt eine beschwörende Rede. Er verurteilte das (im Juli 1980 in Kraft getretene) Banksystem forderte die Verstaatlichung der Banken.

Darauhin straten mehrere Kapitalisten an das Rednerpult und kritisierten Murteza Celikel. Nurallah Gezgin meinte: "Wer unter diesem Dach die Verstaatlichung der Banken fordert, der verneigt das Privateigentum." Desgleichen sagte der Generaldirektor der Bau- und Kreditbank, Halit Soydan: "Käme diese Forderung aus anderen Schichten der Bevölkerung, so wären wir nicht verwundert. Wir sind jedoch äußerst entsetzt über die Tatsache, daß diese Forderung in einer Hochburg des Privateigentums zur Sprache gekommen ist. 'Anschließend entartete die Kritik an Murteza Celikel mehr und mehr zu einer Selbstdeklaration der türkischen Industriellen, wobei es an interessanten 'Bekanntnissen' nicht fehlte. So bekannt z.B. der Kapitalist, Ertugrul Soyasl: Ich glaube nicht, daß die Banken degenerierter sind als andere Industriezweige. Es gibt ganze Industriezweige, die degenerierter sind als die Banken und gänzlich von Familienclans beherrscht werden... Bis zum 24. 1. 1980 haben alle Regierungen uns, die Industriellen, unterstützt. Mit einem Eigenkapital von 10 % haben wir große Geschäfte gemacht. Die Bevölkerung hungerte und dürrste, um durch niedrige Zinsen ihre Ersparnisse an uns abzutreten. Heute hoffen wir wieder auf Staatshilfe. Wir haben Angst, daß sich das argentinische Beispiel bei uns wiederholt. Das ist eben freie Marktwirtschaft. Wir werden standhalten und die Krise überwinden."

Gerade um die Jahreswende 80/81, als die Diskussionen im Ausland sich verstärkt mit der Situation der Menschenrechte in der Türkei auseinandersetzte, wandte sich der Juntachef Evren mit der Verlautbarung an die Öffentlichkeit, daß im Herbst die verfassungsgebende Versammlung zusammengetreten werde. Dadurch sollte der Eindruck entstehen, daß die Armee nur vorübergehend an der Macht sei, und daß sie wie schon nach den Putschen von '61 und '71 nun auch im Jahre '81 sehr bald wieder die Macht im Staate einer zivilen Regierung und einem gewählten Parlament überlassen werde.

In der Folgezeit scheuten sich die Verantwortlichen jedoch, weitere Angaben zu dem Vorgehen zu machen. Selbst ein genauer Zeitplan für die geplante 'Demokratisierung' wurde nicht bekanntgegeben, obwohl der Europarat einen weiteren Verbleib der Türkei in diesem Gremium von konkreten Zeichen auf die Schritte der 'Demokratisierung' abhängig gemacht hat. Auch die Bedingungen für die 'Türkeihilfe' der Bundesrepublik enthielten die Hoffnung auf eine schnelle Entscheidung in dieser Hinsicht. General Evren ließ aber die Katze erst sehr spät aus dem Sack. Zunächst behauptete er, daß der Nationale Sicherheitsrat (NSR=5 köpfige Junta) nur maximal ein Drittel der Mitglieder bestimmen würde und der Rest aus den Provinzen festlegen.

Erst am 01.07.81 wurde dann die genaue Formel für die konstituierende Versammlung bekannt gegeben. Dieser späte Termin war deshalb so günstig gewählt, weil (insbesondere aus dem Ausland) vermieden wurde. Deshalb waren auch die einzigen Stellungnahmen (wie z.B. Europarlamentarier Häfferkamp) positiv. Man sprach von einem großen Schritt voran in Richtung auf die 'Wiedereinrichtung der Demokratie'. Solche Worte sind aber der blanke Hohn. Denn nicht einmal die zuvor gemachten Versprechungen werden durch das Gesetz zur Einrichtung der verfassungsgebenden Versammlung eingehalten. Denn nicht - wie versprochen - werden zwei Drittel der Mitglieder in den Provinzen gewählt, sondern sie werden lediglich von den Provinzgouverneuren vorgeschlagen. Das Bestimmungsrecht über alle Mitglieder hat der NSR. Vollkommen lächerlich ist die Tatsache, daß die Versammlung nun nur 'beratende Versammlung' heißt. Neben den 160 Mitgliedern dieses Gremiums wird die konstituierende Versammlung erst durch die Generäle komplett. Sie sind das entscheidende Element, nicht nur bei der Besetzung der Versammlung, sondern auch bei der Verabschiedung der Gesetze. Die Junta kann die Vorschläge der Versammlung komplett ändern und dann die Gesetze rechtskräftig verabschieden. Erst durch ihren Spruch gewinnen irgend welche Vorschläge überhaupt Rechtskraft. Ein Organ, das in Konfliktfällen entscheidet, gibt es nicht. Hier nun eine Skizze zu dem Modell der konstituierenden Versammlung in der Türkei.

Aus dieser Skizze wird klar, wie unbedeutend die 160 Leute im Vergleich zu der 5 köpfigen Junta doch sind. Sie sollen bei der Entwicklung der Verfassung, des Wahl- und Parteigesetzes zwar mitwirken, aber entscheidende Befugnis haben sie nicht. An dieser Stelle sei zuvor noch auf die genaue Aufgabenteilung (lt. Gesetz) verwiesen.

ZITAT AUS INFODIENST Nr. 8

Das Gesetz über die konstituierende Versammlung mit der Gesetzesnummer 2485 und Zustimmungsdatum 29.6.1981: Art. 1: Aufbau der Konstituierenden Versammlung

1. Die konstituierende Versammlung besteht aus dem Nationalen Sicherheitsrat (NSR) und dem Beratungsrat, dessen Gründung, Pflichten und Ermächtigungen in diesem Gesetz genannt werden.

Demokratisierung = Institutionalisierung des Faschismus

2. Bei den Angelegenheiten, die die Artikel dieses Gesetzes nicht betreffen, erfüllt der Nationale Sicherheitsrat die Pflichten des Parlaments und des Senats und macht ebenso von deren Ermächtigungen Gebrauch.

Art. 2: Die Aufgaben der konstituierenden Versammlung

- die Vorbereitung der neuen Verfassung und des Gesetzes über die Abstimmung der neuen Verfassung durch das Volk,
- Die Vorbereitung des Gesetzes über die politischen Parteien, das nach Inkrafttreten der neuen Verfassung durch die Volksabstimmung auch in Kraft treten wird.
- Die Vorbereitung des Wahlgesetzes, wobei die Artikel der neuen Verfassung und des Gesetzes über die politischen Parteien berücksichtigt werden,
- Die Erfüllung der Pflichten: Gesetzgebung, -änderung, -aufhebung, bis durch die Generalwahlen, deren Datum noch durch NSR festgelegt wird, das neue Parlament gegründet wird und tatsächlich in Aktion tritt.

Art. 3: Der Beratungsrat - sein Aufbau

Der Beratungsrat besteht aus 160 Mitgliedern, von denen 120 durch den NSR unter den Kandidaten, die nach den unten genannten Bestimmungen durch die Städte festgestellt und gewählt werden. Die weiteren 40 Mitglieder wird der NSR durch direkte Ernennung bestimmen.

Art. 4: Die Bedingungen für eine Mitgliedschaft

- Um in den Beratungsrat gewählt zu werden, müssen die Kandidaten folgende Bedingungen erfüllen: Sie müssen
 - türkischer Bürger sein,
 - das 30. Lebensjahr vollendet haben,
 - ein Hochschulstudium absolviert haben,
 - das Recht auf ein Amt im Öffentlichen Dienst darf nicht verwirkt oder eingeschränkt sein,
 - den Wehrdienst absolviert und die anschließende 'Ersatzzeit' erfüllt haben, oder nicht zum Wehrdienst verpflichtet sein,

f) wegen Straftaten wie Fälschen, Raub, Diebstahl, Bestechung, Schmuggel, gefälschte Konkurserklä- rungen oder Steuerbetrug, Mißbrauch des Glaubens u.ä. nicht verurteilt sein. Sie dürfen nicht mehr als ein Jahr im Gefängnis gewesen sein, g) sie dürfen kein Mitglied irgendeiner politischen Partei am 11.9.1980 gewesen sein.

2. Bei denjenigen, die durch den NSR in den Beratungsrat direkt ernannt werden, wird die Bedingung "Hochschulstudium absolviert" nicht verlangt.

Das Gesetz der konstituierenden Versammlung besteht aus insgesamt 33 Artikeln. Wir führen unten jeweils die Zusammenfassung der weiteren Artikel ab Nr. 5 auf.

"Die Kandidaten aus den Städten müssen die Grund-, Mittelschule oder das Gymnasium in dieser Stadt abgeschlossen haben. Oder sie müssen in der betreffenden Stadt mit Unterbrechungen 5, oder ununterbrochen 3 Jahre wohnhaft gewesen sein.

-Unter diesen Kandidaten wird der NSR die Mitglieder des Beratungsrats wählen.
-Diejenigen, die durch den NSR direkt in den Beratungsrat ernannt werden wollen, müssen einen schriftlichen Antrag bei dem NSR stellen.
- Die Mitglieder des Beratungsrats haben dieselben sozialen Rechte wie die Abgeordneten des Parlaments.
- Die durch die Regierung vorgelegten Gesetzesvorlagen werden zuerst in den zuständigen Kommissionen ausdiskutiert und behandelt und dann auf der Generalversammlung besprochen und abgestimmt. Die un- verändert abgestimmten oder veränderten Gesetze werden dann an den NSR weitergeleitet.
-Der NSR kann den Gesetzesvor- schlägen oder -vorlagen entweder unverändert verändert zustimmen oder sie ablehnen. Die durch den NSR verabschiedeten Gesetzesvorlagen werden im Amtsblatt veröffent- licht und damit in Kraft treten.
- Die durch den NSR beschlossene Verfassung wird zur Volksabstim- mung gestellt.
- Durch die Zustimmung des Volkes wird die neue Verfassung in Kraft treten.
-Die Anmeldefristen und ähnliche Termine werden durch den NSR bestimmt, im Amtsblatt und von den staatlichen Rundfunk- und Fern- sehkanalsten veröffentlicht.
-Alle Straftaten, die gegen die konsti- tuierende Versammlung begangen werden, werden bestraft, als ob sie gegen das Parlament der Repub- lik Türkei begangen worden wären.
-Die Straftaten gegen die Mitglieder der konstituierenden Versammlung werden bestraft, als ob sie gegen die Abgeordneten des Parlaments begangen worden wären.
- Die Mitglieder des Beratungsrates dürfen bei den ersten Generalwahlen in keiner politischen Partei kandi- dieren.

Die Kandidatenzahl der Städte

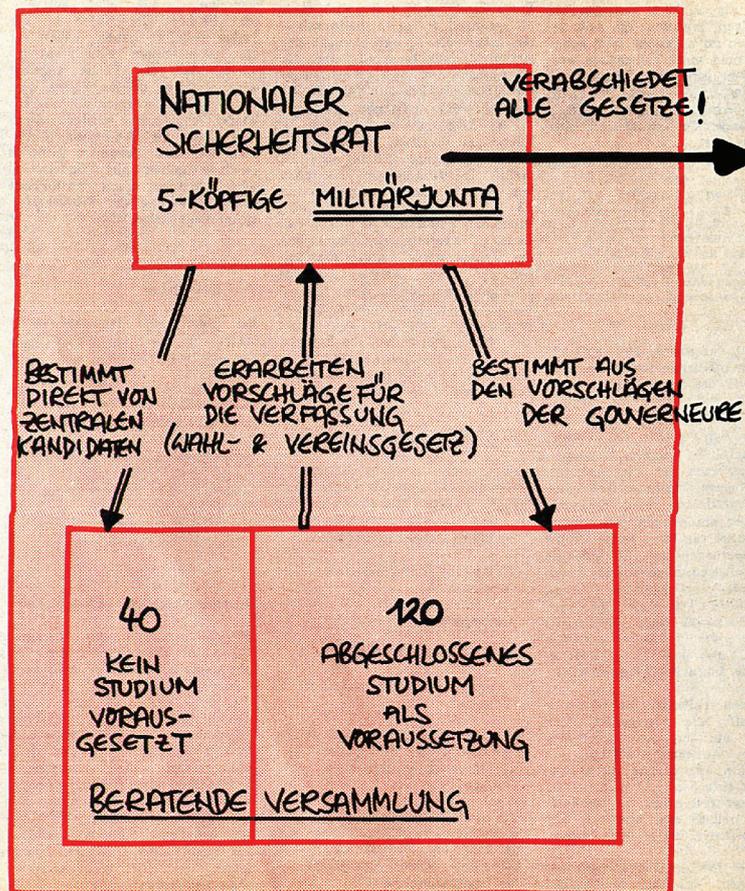
Istanbul : 9, Ankara: 8, Izmir: 5, Konya:4, Adana:4, Bursa:3, Sam- sun: 3, Zonguldak:3. Die Städte, die in dem Beratungsrat mit 2 Mitgliedern vertreten sind: Afyon, Antalya, Aydin, Balikesir, Corum, Denizli, Diyarbakir, Erzurum, Gaziantep, Hatay, Icel, Kars, Kayseri, Kocaeli, Malatya, Manisa, K.Maras, Ordu, Sivas, Tokat, Trabzon, Urfa.

Weitere Städte werden im Beratungsrat je 1 Mitglied stellen.

Kein Wunder war es deshalb, daß sich auf den Aufruf der Junta ab 15.07.81 nur wenige Kandidaten meldeten. Für die Presse war es ein Leichtes, bei allen Kandidaten eine genaue Analyse vorzunehmen. Denn schließlich wollte die Öffent- lichkeit auch wissen, welche Bevölkerungsschichten vertre- ten waren. Aber schon nach ein paar Tagen wurde die Kommentierung der Kandidatenlisten verboten. Von nun ab durften nur die Zahlen der Bewer- ber veröffentlicht werden. Wäh- rend zuvor von Fehlern bei den Bewerbungen die Rede war, konnte man anschließend nur noch weit überhöhte Zahlen lesen. Obwohl für die engere Auswahl nur das Dreifache an Plätzen in Frage kam, d.h. höchstens 480 Kandidaten zur Auswahl stehen würden, sollten sich kurz vor Anmeldeeschluß am 15.08. 1981 über 4.000 Kandidaten gemel- det haben.

Andere Meldungen zur konsti- tuierenden Versammlung waren in der ganzen Zeit nicht zu verneh- men. Die Tatsache, daß niemand von den 'alten' Politikern an der Versammlung teilnehmen würde, hatte Evren "Pascha" ja schon vor- her betont. Bei den Bewerbungen mußten die Kandidaten auch jedes Mal ihre Nichtmitgliedschaft in einer Partei am 11.09.1980 nachweisen, was erklärlicherweise den meisten Kandidaten große Schwierigkeiten bereitete. Deswegen verwundert es auch nicht sonderlich, daß ein Groß- teil der Kandidaten für die berate- nde Versammlung sich aus den militärischen Kreisen rekrutiert, d.h. die Nato-Offiziere werden wohl unter sich bleiben.

KONSTITUIERENDE VERSAMMLUNG



Fortsetzung Seite 9